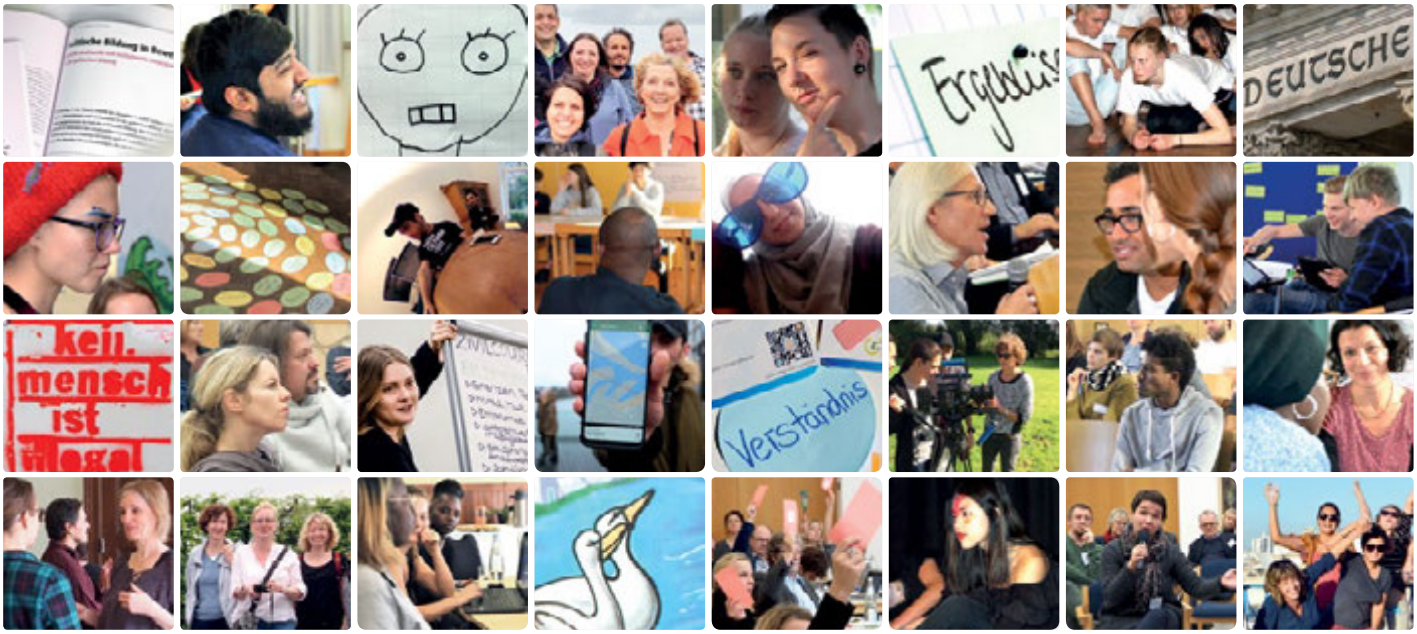
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.

Jahresbericht 2017

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten



Politische Bildung in Bewegung

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)
Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: (030) 400 401 00
Fax: (030) 400 401 22

info@adb.de
www.adb.de

Der AdB wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes.

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

© AdB Berlin, 2018

Jahresbericht 2017
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in jeder Legislaturperiode ist die Bundesregierung verpflichtet, einen Kinder- und Jugendbericht vorzulegen. Der 15. Kinder- und Jugendbericht ist 2017 erschienen – eine über 550 Seiten starke Bestandsaufnahme über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Erfreulicherweise nimmt die politische Bildung in diesem Bericht breiten Raum ein. Die Autorinnen und Autoren sehen aufgrund von „Rechtspopulismus, Skepsis gegenüber der Demokratie, Vorbehalte gegenüber Rechtsstaat und Pressefreiheit, wachsenden Komplexitäten im Gefolge von Globalisierung und dem Zusammenwachsen Europas, die neue Rolle der sozialen Medien im Bereich öffentlicher Meinungsbildungsprozesse und dem politischen Agendasetting“ die dringende Notwendigkeit, Jugendliche mehr und besser politisch zu bilden. Ist dieser Analyse noch uneingeschränkt zuzustimmen, verwundert die Schlussfolgerung der Expertinnen und Experten doch sehr. Sie mahnen eine Weiterentwicklung der politischen Bildung an, in deren Mittelpunkt „nicht mehr allein oder vordergründig die Aneignung von Techniken oder Verfahrensweisen politischer Entscheidungsfindung in Parlamenten und Gremien“ steht. Wer so schreibt, kann die aktuelle politische Bildung nicht kennen. Von einer Institutionenkunde weit entfernt, richtet sie sich an den Interessen, Bedarfen und Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus, hat sich von ihren Anfängen bis heute beständig entwickelt und professionalisiert, ist vielseitig aufgestellt und immer daran interessiert, neue Themen aufzugreifen, veränderte Formate anzubieten, Methoden weiterzuentwickeln.

Nachzulesen ist das im vorliegenden Bericht des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB), der aufzeigt und dokumentiert, welche Themen und Schwerpunkte, Veranstaltungen und Publikationen, nationale und internationale Projekte der Verband und seine über einhundert Mitgliedsorganisationen im Jahr 2017 durchgeführt haben. Gemeinsam mit zahlreichen Bildungsstätten und Bildungswerken wurden allein drei Modellvorhaben realisiert: das europäische Projekt „STEPS – Survival Toolkit for EDC in Postafctual Societies“, das Projekt „anders statt artig“ zur Entwicklung neuer Ideen für interkulturelles Lernen sowie „Empowered by Democracy“, ein großes Gemeinschaftsprojekt im Rahmen der GEMINI, das zum Ziel hat, junge Menschen mit Fluchterfahrungen nicht nur als Teilnehmende, sondern als Teamende für die politische Bildung zu gewinnen.

Als wichtiger Transmissionsriemen zwischen dem Fachdiskurs auf Bundesebene und der Bildungspraxis in den Einrichtungen dient auch unser Programm „Politische Jugendbildung im AdB“.

Vier Projektgruppen sind hier aktiv, die jeweils zu einem aktuellen gesellschaftspolitischen Thema Kurse und Seminare für Jugendliche, junge Erwachsenen und Multiplikatorinnen/Multiplikatoren anbieten. Im vorliegenden Bericht reflektieren sie ihr Thema und zeigen in den anschließenden Projektbeschreibungen anschaulich, wie eine interessante, lebensweltliche, an den Jugendlichen orientierte politische Bildung aussieht.

Auch die internationale politische Bildung wird diesen Kriterien gerecht. Über die Zentralstelle des AdB werden Austauschmaßnahmen mit Jugendlichen und Fachkräften nicht nur gefördert, sondern auch beraten und konzeptionell unterstützt. Eigene AdB-Projekte greifen aktuelle Themen auf und dienen der Vernetzung und Qualifizierung. „Von Krieg und Frieden in Europa: Bosnien 2017" ist ein solches Projekt, das die schwierige Frage nach den Konflikten in Europa aufgriff und in dem diskutiert wurde, wie europäische Bildungs- und Begegnungsarbeit für ein friedliches, menschenrechtsorientiertes und zugleich offenes und freies Miteinander gelingen kann.

Offenheit und Freiheit sind dabei zwei Begriffe, die sich wie ein roter Faden durch viele Projekte und Veranstaltungen des AdB, einschließlich unseres Jahresthemas „Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation" ziehen. Immer wieder standen wir im Vorstand, in der Mitgliederversammlung und in den Fachkommissionen vor der Frage, welche politische Bildung eine postmoderne Gesellschaft und ein Einwanderungsland benötigen, um gleichermaßen diejenigen, die bereits hier leben, und diejenigen, die neu hinzukommen, für die Werte einer offenen und toleranten Gesellschaft zu gewinnen. Leider ist es nicht einfacher geworden, sich mit der Suche nach einer Antwort zu beschäftigen. Einige unserer Mitgliedseinrichtungen werden diffamiert, weil sie angeblich eine „linke" Jugendarbeit machen, in diversen Landesparlamenten wurden und werden Anfragen gestellt, die Jugend- und Bildungseinrichtungen unter Generalverdacht stellen, internationale Maßnahmen konnten zum Teil nicht stattfinden, weil die Eltern ihre Kinder wegen der angeblichen Gefahr durch Geflüchtete nicht nach Deutschland schicken wollten, wieder andere Einrichtungen erhalten telefonische Nachrichten oder Emails mit beleidigenden oder diffamierenden Inhalten.

Eine zentrale Herausforderung der politischen Bildung scheint mir daher aktuell die zu sein, Haltung zu zeigen, sich eindeutig und engagiert gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und jede Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu positionieren und Solidarität mit den angefeindeten Einrichtungen und Trägern zu zeigen. Für die Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen bedeutet dies mehr denn je, Gelegenheiten zu schaffen, Fragen und Probleme offen ansprechen zu können, Fremde und Fremdes kennenzulernen, sich in demokratischen Formen der Auseinandersetzung zu üben sowie die Zuversicht in Teilhabemöglichkeiten und die Fähigkeit, diese Möglichkeiten zu nutzen, zu vermitteln.

Mit unserer Arbeit wollen wir dazu einen Beitrag leisten. Dies funktioniert am besten im Verbund, daher möchte ich an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen des AdB für ihr Engagement im Verband herzlich danken. Ohne die ehrenamtliche Arbeit im Vorstand, die Übernahme von Verantwortung in den Kommissionen, die Mitwirkung im Redaktionsbeirat, die zusätzlichen Aktivitäten zur Entwicklung von Papieren und Positionen oder die Mitwirkung an Publikationen und anderen Veröffentlichungen wäre das Verbandsleben nicht denkbar. Mein Dank geht auch an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das unsere Arbeit fördert und unterstützt.

Ich würde mich freuen, wenn diese Broschüre dazu beitragen würde, die Vielfalt, die Innovationsfreude und den Ideenreichtum politischer Bildung sichtbarer und bekannter zu machen. Und ganz besonders freuen würde es mich, wenn die in dieser Broschüre dokumentierten Aktivitäten des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten Ihr Interesse finden und, sofern noch nicht geschehen, Ihr Interesse wecken würden für eine Mitarbeit oder Kooperation.

Herzlichst
Ihr

Ulrich Ballhausen
Vorsitzender des AdB

Jahresbericht 2017
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Inhalt

06 Politische Bildung in Bewegung
Eine Einführung

11 Das Programm
Politische Jugendbildung im AdB

12 Alles auf Start
Die neue Phase im Programm politische Jugendbildung im AdB ist erfolgreich gestartet

16 „Hier könnte ihre Werbung stehen/dieser Artikel könnte Produktplatzierungen enthalten."
Bericht aus der Projektgruppe „Digitale Medien und Demokratie"

27 Politische Bildung für eine Kultur der Anerkennung
Bericht aus der Projektgruppe „Flucht und Migration – Spannungsfeld für die Demokratie"

36 Deutsche Kolonialgeschichte als Themenfeld der außerschulischen politischen Bildungsarbeit
Bericht aus der Projektgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe"

47 „Es gibt eine Zeit für die Arbeit. Und es gibt eine Zeit für die Liebe. Mehr Zeit hat man nicht."
Bericht aus der Projektgruppe „Arbeit und Lebensperspektive"

54 Ideen – Netzwerke – Synergien
Ausblick und Fazit

55 AdB-Projekte in Bundesprogrammen

56 Kreativität, Phantasie, Toleranz und Vielfalt
Das Projekt „anders statt artig“ entwickelt Neues

59 Politische Jugendbildung und Teilhabechancen in der Migrationsgesellschaft gestalten
Das Projekt „Empowered by Democracy“

63 Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation
Das AdB-Jahresthema 2017

69 Wohin im Europa der postfaktischen Gesellschaften?
Europäische und internationale politische Bildung im AdB

75 Flucht und Geflüchtete – Thema und Zielgruppe politischer Bildung
Eine dreiteilige Fortbildungsreihe für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

79 Politische Bildung – ein dynamisches, sich ständig veränderndes Arbeitsfeld
Die strukturelle Weiterentwicklung des Verbandes

91 Politische Bildung in Bewegung
Ein Ausblick

94 Anhang
Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.
Quellenverzeichnis

104 Impressum

Politische Bildung in Bewegung

Eine Einführung

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) ist ein bundesweit arbeitender Fachverband der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenbildung. Seine über einhundert Mitgliedseinrichtungen sind Jugendbildungs- und Begegnungsstätten, Akademien, Heimvolkshochschulen, Internationale Bildungseinrichtungen und Bildungswerke. Er bietet ein Forum für fachlichen Erfahrungsaustausch, Fortbildung und gemeinsame jugend- und bildungspolitische Interessenvertretung. Als wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur der Jugendhilfe auf Bundesebene wird der Verband vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

„Außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung" – eine sperrige Begrifflichkeit, die nicht im Ansatz widerspiegelt, um was für ein interessantes, lebendiges, innovatives und gesellschaftlich notwendiges Arbeitsfeld es sich handelt. Politische Bildung will Menschen dazu befähigen, gesellschaftliche Strukturen und politische Verfahren zu verstehen, will sie unterstützen, ihre eigenen Interessen zu klären, zu formulieren und das Politische darin zu erkennen, will sie motivieren, sich in Politik und Gesellschaft zu engagieren. Und sie tut dies mit Engagement und Freude, mit Kreativität und der Bereitschaft, sich immer wieder neu auf die Themen und die Interessen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einzulassen.

Die Aufgabe des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten ist es, die Mitgliedseinrichtungen dabei zu unterstützen, ein qualifiziertes Angebot politischer Bildung vorzuhalten. Dafür führt der AdB Fortbildungsveranstaltungen durch und organisiert Fachtagungen, gibt die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung" heraus, informiert, berät und dokumentiert. Dank der Förderung

aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ist der AdB zudem in der Lage, die Mitgliedseinrichtungen finanziell zu unterstützen im Rahmen des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ sowie als Zentralstelle für europäische und internationale Jugend- und Fachkräfteaustauschmaßnahmen. Durch die Konzeptionierung, Organisation und Durchführung bundesweiter Modellprojekte ermöglicht der AdB darüber hinaus seinen Mitgliedseinrichtungen, in einem geschützten Rahmen neue Inhalte, Methoden oder Formate zu erproben. Damit leistet der AdB einen entscheidenden Anteil an der fachlichen Weiterentwicklung der politischen Bildung. Und nicht zuletzt stellt der AdB mit seiner Homepage und seinen Publikationen, mit Pressemitteilungen und Positionspapieren, mit Netzwerkarbeit und Gremientätigkeit Öffentlichkeit für die Anliegen der politischen Bildung her.

Umgesetzt werden die vielfältigen Tätigkeiten des Verbandes durch die Geschäftsstelle in Berlin, in der hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind. Die Steuerung obliegt dem Vorstand, der sich aus acht ehrenamtlich tätigen Fachkräften zusammensetzt, die von der Mitgliederversammlung, dem höchsten beschlussfassenden Organ des AdB, für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Das Zusammenspiel von Haupt- und Ehrenamtlichen sowie die höchst mögliche Partizipation und Beteiligung der Mitgliedseinrichtungen zeichnet den AdB aus und trägt der Heterogenität der Mitgliedseinrichtungen Rechnung. Die unterschiedlichen Wertorientierungen der im AdB zusammengeschlossenen Bildungsstätten und Bildungswerke, die Vielfalt an Inhalten, Methoden und Arbeitsformen, die verschiedenen Größen der Häuser und die mannigfaltigen Schwerpunktsetzungen der Einrichtungen bilden eine Pluralität ab, die als Errungenschaft eines demokratischen Staates gewertet werden muss und zu deren Erhalt der AdB beiträgt.

So vielfältig die Aktivitäten des Verbandes – Fachtagungen, Fortbildungen, Publikationen, nationale und internationale Projekte, Fachkommissionen, Arbeitsgruppen, Netzwerk-, Zentralstellen- und Öffentlichkeitsarbeit – auch sind, so gibt es doch einige „rote Fäden“, die sich durch die verschiedenen Angebote und Maßnahmen ziehen und den Zusammenhang erkennen lassen, durch das Aufgreifen aktueller gesellschaftspolitischer Herausforderungen die fachliche Weiterentwicklung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung sicherzustellen:

Flucht und Migration

Die hohe Zahl an neu hier lebenden Menschen hat auch die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung vor große Herausforderungen gestellt. Es galt und gilt, Menschen mit Fluchterfahrungen und mit Migrationshintergrund als Zielgruppe anzusprechen, sie in die Angebote einzubeziehen, ihre besonderen Erfahrungen und Interessen aufzugreifen und diese in die politische Bildungsarbeit zu integrieren. Der AdB und die Mitgliedseinrichtungen im AdB haben diese Aufgabe in besonderer Weise aufgegriffen und umgesetzt. Der Verband hat sich entschieden, einen Themenschwerpunkt des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ hier zu setzten. „Flucht und Migration – Spannungsfeld für die Demokratie“ heißt demzufolge eine Projektgruppe, in der sich die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten in den kommenden sechs Jahren der Aufgabe widmen werden, mit Bildungsangeboten einen Beitrag zur Verbesserung der Partizipation junger Menschen und insbesondere junger Geflüchteter zu leisten und die Herausbildung einer demokratischen Identität zu unterstützen.

Die Tätigkeit der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten verknüpft sich mit einem Modellprojekt, an dem der AdB im Rahmen der „Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung GEMINI“ teilnimmt. „Empowered by Democracy. Stärken. Bilden. Vernetzen.“ ist dieses Projekt übertitelt, das aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wird. Das Projekt zielt darauf ab, junge Menschen mit Fluchterfahrung in Bildungsmaßnahmen zu integrieren. Darüber hinaus sollen junge Geflüchtete ermutigt und befähigt werden, Teamerin bzw. Teamer zu werden und sich in selbst gewählten Formaten der politischen Bildung mit Themen aus ihrem Lebensumfeld auseinanderzusetzen.

Beide Aktivitäten, sowohl der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten als auch des Projektes, können wiederum von den Erfahrungen eines Fortbildungsangebotes partizipieren, das der AdB in Kooperation mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. (IDA) und mit Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) durchgeführt hat. Hierbei ging es in erster Linie um die Weiterbildung und Unterstützung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung, um qualifizierte Maßnahmen mit geflüchteten Menschen anbieten zu können.

Die erfolgreiche Verknüpfung der verschiedenen Aktivitäten ist wichtig, um sicherzustellen, dass die gemachten Erfahrungen und gewonnenen Erkenntnisse verbreitet und genutzt werden. Daher werden die verschiedenen Maßnahmen auch immer wieder in die Gremien des AdB – Mitgliederversammlung, Vorstand, Fachkommissionen, Arbeitsgruppen – integriert und eingebunden, um für die Distribution der Ergebnisse zu sorgen und gleichzeitig die Rückmeldungen der politischen Bildnerinnen und Bildner in die Maßnahmen sicherzustellen. All dies dient der fachlichen Weiterentwicklung und sorgt für einen Transfer des Fachdiskurses zwischen Bundesebene und Bildungspraxis vor Ort.

Interkulturelle Öffnung

Eng mit dem Thema „Flucht und Migration" verwoben ist die Frage nach der interkulturellen Öffnung – von Bildungsangeboten, von Einrichtungen und Trägern, des Verbandes selbst. Der AdB hat sich diesem Prozess der Öffnung schon seit längerem verschrieben. Ein großes Modellprojekt, gefördert aus dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe", hat dem Anliegen neuen Schwung verliehen. „anders statt artig" ist ein zweijähriges Projekt in Kooperation mit einem Jugendverband des Technischen Hilfswerks, der THW-Jugend NRW. Ziel des gemeinsamen Projektes ist es, die interkulturelle Kompetenz in der THW-Jugend zu erhöhen und einen verbandlichen Öffnungsprozess zu unterstützen, der die gesellschaftliche Ausdifferenzierung und Heterogenität in den Verbands- und Mitgliedsstrukturen des THW widerspiegelt. Dafür wurden neue Formate und Methoden interkulturellen Lernens entwickelt, die grundsätzlich für alle Träger politischer Bildung nutzbar sind. Gleichzeitig hat der AdB mit diesem Projekt auch Neuland betreten und mit einem Jugendverband kooperiert, der bisher nicht zu den Partnern des Verbandes zählte. Diese Öffnung hat sich als Bereicherung erwiesen, die den Horizont der eigenen Erfahrungen geweitet und eine neue Zielgruppe für politische Bildung erschlossen hat.

Eine große Bereicherung für die Arbeit nicht nur in der Geschäftsstelle sind die mittlerweile zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, die im Büro in Berlin ein Praktikum absolviert bzw. hospitiert haben oder als Stipendiatin mit einem Forschungsanliegen gekommen sind. Über das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) kamen in den letzten Jahren junge Fachkräfte z. B. aus Afghanistan, Tunesien und den USA. Seit November 2017 arbeitet eine Stipendiatin aus Brasilien in der AdB-Geschäftsstelle mit. Ihr Interesse ist es, Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der politischen Erwachsenenbildung in Brasilien zu gewinnen. Durch die Hospitation bei verschiedenen Veranstaltungen wird sie eine Sammlung von Fällen zur Weiterbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Brasilien verfassen. Ziel der Fallsammlung ist es, die kritische Analyse eines ausländischen Bildungszusammenhangs und den interkulturellen Dialog zu fördern. Diese einjährige Zusammenarbeit ist dank eines Bundeskanzler-Stipendiums der Alexander von Humboldt Stiftung möglich.

Alle Praktikantinnen und Praktikanten, Hospitantinnen und Hospitanten und die aktuelle Stipendiatin tragen zur interkulturellen Öffnung des Verbandes bei. Sie bringen ihre Sichtweisen und ihre Kompetenzen ein, stellen Gewohntes in Frage, helfen, die eigene Sicht zu hinterfragen und neue Perspektiven einzunehmen, kurzum, sie bereichern die Arbeit des AdB in vielfacher Hinsicht.

Rechtspopulismus

Die beiden erstgenannten Schwerpunktthemen machen deutlich, dass sich der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen für eine demokratische Gesellschaft einsetzen, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft friedlich zusammen leben können, in der eine Vielzahl von Interessen und eine Pluralität von Werten Platz haben und die sich dadurch auszeichnet, dass unterschiedliche Lebensentwürfe und politische Überzeugungen nebeneinander und miteinander existieren können. In jüngster Vergangenheit hat sich jedoch gezeigt, dass das friedliche und demokratische Zusammenleben durch Polarisierung und rechtspopulistisches Agieren fragil geworden ist. Menschen werden wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung ausgegrenzt.

Diese Entwicklung hat den AdB in fast allen Gremien und Arbeitszusammenhängen beschäftigt. Die Kommission Jugendbildung hat sich mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auseinandergesetzt und analysiert, wie sich bereits Sprache und damit auch politische Kultur verändert haben. Ähnliches beschäftigte die Kommission Geschlechterreflektierte Bildung, die u. a. Wahlplakate rechtspopulistischer Parteien untersuchte. Ihr ging es in erster Linie um Geschlechterbilder und Geschlechterpolitik. Während der Arbeit wurde deutlich, wie wichtig es ist, rechte Argumentationen, ihre Funktionsweisen und die von ihnen ausgehende Attraktivität zu verstehen und pädagogisch zugänglich zu machen. Dieses Ergebnis deckt sich auch mit der Arbeit der Kommission Europäische und Internationale Bildung, die angesichts zunehmender Probleme auch in Austauschmaßnahmen Awareness-Konzepte vorstellte und erprobte.

Auch in der internationalen Bildungsarbeit des AdB findet das Thema seinen Niederschlag: „STEPS – Survival Toolkit for EDC in Postfactual Societies" lautet das europäische Modellprojekt mit 16 Partnerorganisationen aus 13 Ländern, das ausloten will, wie im europäischen Kontext mit dem wachsenden Rechtspopulismus umgegangen werden kann und welche Auswirkungen die Entwicklung auf Jugendbildung, Demokratie- und Menschenrechtsbildung hat.

Die Größe dieser Herausforderung hat dann auch dazu geführt, dass der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten sein Jahresthema „Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation" gewählt hat. Zeitdiagnostiker sprechen sogar von einer „neuen epochalen Trennlinie", die zwischen erstarkendem Nationalismus und liberaler Weltoffenheit verläuft. Darunter verbergen sich weitere Konfliktlinien: zwischen materieller und postmaterieller Werteorientierung, zwischen repräsentativer und direkter Demokratie, zwischen Nationalismus

und Kosmopolitismus und auch zwischen Zentrum und Peripherie. Diese Konflikte machen sich bei vielen Bürgerinnen und Bürgern in Form von Unsicherheit sowie Gefühlen von Entfremdung und Überforderung bemerkbar, die Rechtspopulisten für sich nutzen. Die Aufgabe der politischen Bildung, den Wert der Demokratie zu vermitteln, Räume für den demokratischen Diskurs bereitzustellen, Gelegenheiten zu schaffen, Fremde und Fremdes kennenzulernen, die Reflexionsfähigkeit und die Fähigkeit zum Perspektivwechsel zu fördern sowie die Kompetenz für Mitwirkung und Teilhabe zu erhöhen ist eindeutig größer und nicht kleiner geworden. Mit seinem Jahresthema 2017 stellt sich der AdB dieser Aufgabe.

Digitale Entwicklung in postfaktischer Zeit

An diese große Aufgabe knüpft ein weiterer inhaltlich fachlicher Strang der Arbeit im AdB an. Die Digitalisierung hat alle Bereiche des Lebens verändert, damit auch die politische Bildung. Digitale Medien sind selbstverständlicher Bestandteil fast jeden Angebotes politischer Bildung; Alternate Reality Games, Mini-Larps, Geocaching und Barcamps haben die Formatvielfalt der politischen Bildung erweitert und bereichert, die Kommunikation mit Teilnehmenden, mit Politik und Verwaltung gelingt über digitale Medien, die Vor- und Nachbereitung von Seminaren ist mit digitalen Medien erheblich erleichtert, der Informationsaustausch und die Wissensaneignung ohne digitale Medien nicht mehr denkbar und vieles andere mehr.

Der Prozess der Digitalisierung ist aber nicht ein rein technisches, sondern auch ein gesellschaftliches Phänomen. Wie sich Digitalisierung auf das Leben des bzw. der Einzelnen und auf das Zusammenleben mit anderen auswirkt, ist immer auch eine politische Frage. Technik beeinflusst menschliches Verhalten und Denken. Andererseits beeinflussen Menschen aber auch, wie Technologie, und damit auch digitale Technologie, verwendet wird, was sie tut und wie sie funktioniert. Damit ist die Digitalisierung auch ein Inhalt politischer Bildung bzw. hat sie dafür gesorgt, dass sich die Inhalte politischer Bildungsangebote verändern. Die Frage von Mitwirkung und Beteiligung an Politik und Gesellschaft stellt sich im digitalen Zeitalter neu, Fragen von Datenschutz und Menschenrechten verknüpfen sich, Fragen von Politikgestaltung, Transparenz und Vertrauen müssen neu zusammengedacht werden.

Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten in der Projektgruppe „Digitale Medien und Demokratie“ greifen genau diese Fragen mit ihren Angeboten auf. Sie stehen vor der Herausforderung, hoch komplexe Zusammenhänge für Jugendliche

Mitarbeiter/-innen
der AdB-Geschäftsstelle

verstehbar und die Rolle der Medien in und für die Demokratie deutlich zu machen. Mitwirkung und Teilhabe, Grundrechte wie Meinungs- und Pressefreiheit, Hate Speech im Netz, Fragen von Selbst- und Fremdbestimmung stehen dabei im Mittelpunkt.

Der AdB hat ebenfalls einen Aspekt des großen Themas Digitalisierung aufgegriffen und seine Fachtagung im November 2017 unter das Thema „Wer bildet Meinung? Gesellschaftspolitischer Diskurs zwischen Medienfreiheit und ‚alternativen Fakten'" organisiert und durchgeführt. Dabei ging es in erster Linie um die Fragen, wer, wie und in welcher Weise Einfluss auf die (politische) Meinungsbildung von Bürgerinnen und Bürgern nimmt, wie überhaupt Meinung gebildet wird und welche Bedeutung dabei den digitalen Medien zukommt. Meinungsbildung, so ein Fazit, ist ein vielschichtiger Prozess, in dem Medien, das soziale Umfeld einer Person und ihre Persönlichkeit zusammenwirken. Die digitalen Medien sind deswegen so bedeutsam, weil sie die Grenzen zwischen publizistischer und interpersonaler Kommunikation auflösen sowie die Bedeutung persönlicher und sozialer Präferenzen für die Wahrnehmung von Themen und Meinungen verstärken. Genau hier muss die politische Bildung ansetzen, um Meinungsvielfalt zu stärken, Kontroversen aufzuzeigen und den Perspektivwechsel zu ermöglichen.

Die Arbeit des AdB ist vielschichtig und vielfältig, sie greift aktuelle Themen auf, unterstützt und vernetzt die Mitgliedseinrichtungen nach innen und nach außen, sie schafft Verbindungen zwischen der Bundesebene und der Bildungsarbeit vor Ort. Im Folgenden sind die Aktivitäten und Schwerpunkte des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten ausführlich beschrieben und dokumentiert. Im Kapitel „Das Programm Politische Jugendbildung im AdB" stellen sich die Projektgruppen mit ihren fachlichen Überlegungen und ihrer praktischen Bildungsarbeit vor. Es folgen die Ausführungen zu den beiden nationalen Modellprojekten, zum AdB-Jahresthema, zur europäischen und internationalen Bildungsarbeit sowie zur Fortbildungsreihe „Flucht und Migration". Alle weiteren Fach- und Fortbildungstagungen sowie die Netzwerk- und Gremienarbeit finden sich im darauffolgenden Kapitel. Den Abschluss des Berichtes bildet die Übersicht über alle Mitgliedseinrichtungen des AdB. ■

Das Programm Politische Jugendbildung im AdB

Zentrale Arbeitstagung
im wannseeFORUM

Alles auf Start

Die neue Phase im Programm politische Jugendbildung im AdB ist erfolgreich gestartet

Die neue sechsjährige Arbeitsphase des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ startete mit Beginn des Jahres 2017 mit vier neuen Themenschwerpunkten. Diese wählten die Mitglieder des AdB als besonders zukunftsweisende Herausforderungen für die politische Jugendbildung aus.

Dem Programmstart ging ein Verfahren zur Auswahl von Mitgliedseinrichtungen voraus, die sich mit einem Konzept um die Mitarbeit beworben hatten. Insgesamt 25 Einrichtungen wurden unter den über 50 Bewerbungen ausgewählt, die nun mit ihren Jugendbildungsreferentinnen und -referenten und weiteren pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an der Umsetzung des Programms mitwirken.

Die Erfahrungen der vorangegangenen Programmperiode wurden nicht nur in die Themenfindung, sondern auch in die Arbeitsweisen eingebracht. Die Struktur der konzeptionell arbeitenden Projektgruppen und der zentralen Arbeitstagungen (ZAT) wird daher auch in der neuen Programmphase weitergeführt. Sie sind die tragenden Säulen einer bundeszentralen Förderstruktur und stellen die überregionale Weiterentwicklung der in Seminaren, Projekten und anderen Aktivitäten gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse für die Praxis politischer Bildung sicher.

Die erste Zentrale Arbeitstagung der neuen Programmperiode hat vom 13. bis 17. März 2017 in der Stiftung wannseeFORUM in Berlin stattgefunden. Ziel war es, eine erste Orientierung zu geben, die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten miteinander bekannt zu machen und erstes Netzwerken zu ermöglichen. Schnell wurde deutlich, wie divers die Gruppe ist – eine gute Voraussetzung für eine vielgestaltige Bildungsarbeit im Programm. Die neuen Projektgruppen hatten während der Tagung die Möglichkeit, in einen ersten Austausch und Planungsprozess einzusteigen.

Weitere Formate der Zusammenarbeit sind neben der ZAT die selbstorganisierten Treffen der Projektgruppen. Einmal jährlich wird zudem eine gemeinsame Tagung der Projektgruppen organisiert, die dieses Mal vom 15. bis 17. November 2017 im Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen stattfand. Ziel dieser Herbsttagung war es, einen Austausch zwischen den Projektgruppen zu ermöglichen und gemeinsam neue Ideen, Methoden und Themen zu diskutieren und auszuprobieren. In einem Barcamp konnten fachliche Anliegen und Fragen eingebracht werden. So ging es z. B. um das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Anerkennung eines dritten Geschlechts und darüber, was dieses Urteil für die Arbeit der Jugendbildner/-innen bedeutet. Es wurde die neue gemeinsame Homepage www.politische-jugendbildung.de vorgestellt und der kollegiale Prozess zur weiteren Gestaltung organisiert.

Die neuen Programmschwerpunkte

Die neuen Programmschwerpunkte greifen aktuelle gesellschaftspolitische Themen und Fragestellungen auf, die in den Bildungseinrichtungen auf der Grundlage der eingereichten Konzepte didaktisch aufbereitet und in Seminaren, Kursen und Projekten der politischen Bildung umgesetzt werden. Sie sind aber auch als kontinuierliche Weiterentwicklung der vorangegangenen Schwerpunkte zu verstehen, deren Erkenntnisse in die Bildungsarbeit einfließen.

Themenschwerpunkt 1: Digitale Medien und Demokratie
Im Mittelpunkt dieses Themenschwerpunkts steht die Beschäftigung mit den Veränderungen, Herausforderungen und Chancen der digitalen Medien und der Bedeutung dieser Entwicklungen und Möglichkeiten für die Demokratie. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit den Grundrechten, insbesondere mit der Würde des Menschen, sowie der Presse- und Meinungsfreiheit als Bestandteil der Demokratie. Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten beschäftigen sich aber auch mit Aspekten der Selbst- und Fremdbestimmung und mit Fragen des Daten- und Urheberrechtsschutzes. Gegenstand der politischen Bildung soll auch der globale Vergleich mit Ländern sein, in denen Einschränkungen von Meinungs- und Pressefreiheit existieren, insbesondere bei digitalen Medien und in sozialen Netzwerken.

Die meisten Mitglieder dieser Projektgruppe arbeiteten bereits in der vorherigen Arbeitsphase im Themenschwerpunkt „Globalisierung und Medienkommunikation“ zusammen, was den Einstieg in die Arbeit der neuen Projektgruppe begünstigte.

Themenschwerpunkt 2: Flucht und Migration – Spannungsfeld für die Demokratie
Bildungsangebote in diesem Themenschwerpunkt leisten einen Beitrag zur Verbesserung der Partizipation junger Menschen und insbesondere junger geflüchteter Menschen und unterstützen die Herausbildung einer demokratischen Identität. Demokratische Identität entsteht dort, wo Demokratie und demokratische Verfahren als verbindliche Grundlage des Zusammenlebens anerkannt werden.

Inhalte der Bildungsangebote sind u. a. die Auseinandersetzung mit den Grund- und Menschenrechten, mit den gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Migration sowie mit den Gefahren des Rechtspopulismus und den unterschiedlichen Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

In diesem Themenschwerpunkt sollen zudem neue Partizipationsmodelle mit dem Ziel des Empowerments junger Menschen mit und ohne Fluchterfahrung entwickelt werden.

Themenschwerpunkt 3: Erinnerungskultur und Teilhabe
In diesem Schwerpunkt soll eine thematische Öffnung und Erweiterung der Zugänge zu historisch-politischer Bildung erreicht werden. Diese ist notwendig, um alle hier lebenden jungen Menschen zu erreichen und einzubeziehen und so gesellschaftliche Realität abzubilden und Teilhabe zu ermöglichen. Im Sinne einer Multiperspektivität und interkulturellen Öffnung in der historisch-politischen Bildung sollen in diesem Schwerpunkt Seminare und Projekte zur Zeitgeschichte entwickelt und umgesetzt werden.

Neben der Geschichte und den Geschichten der deutschen Einwanderungsgesellschaft werden (nationale) Geschichtsnarrative kritisch hinterfragt und alternative Erinnerungsformen diskutiert, die sich ggf. auch kritisch mit den vorhandenen Formen deutscher und europäischer Erinnerungskulturen auseinandersetzen. Dazu können lokalgeschichtliche Ansätze zu bisher wenig beachteten Opfergruppen und Minderheiten zählen, wie z. B. die Auseinandersetzung mit Verfolgungsgeschichten, die bis in die Gegenwart hineinwirken. Die Öffnung hin zu einer internationalen Perspektive, z. B. im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust, stellt einen weiteren wichtigen Schritt hin zu einer inklusiven und multiperspektivischen Erinnerungskultur dar.

Die Arbeit der Projektgruppe knüpft thematisch an den Themenschwerpunkt „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft" in der vorangegangenen Förderperiode an. Bereits vorhandenes Wissen und didaktische Erkenntnisse können gezielt weiterentwickelt und in der Praxis erprobt werden.

Themenschwerpunkt 4: Arbeit und Lebensperspektive
Die Arbeitswelt ist geprägt von politischen Entscheidungen und den Vorgaben rechtlicher Rahmenbedingungen zur Ausgestaltung von Arbeitsverhältnissen. Dazu gehören auch der Mindestlohn und die Bedingungen für Ausbilder/-innen und Auszubildende. Die politischen und rechtlichen Vorgaben haben auch Auswirkungen auf die individuelle Berufswahl und deren Konsequenzen für die persönliche Lebensgestaltung. Diese Zusammenhänge stehen im Mittelpunkt dieses Themas.

Darüber hinaus sollen in diesem Arbeitsschwerpunkt die Auswirkungen europäischer Arbeitsmarktpolitik auf die Mobilität von Arbeit und Arbeitskräften, die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Verfügbarkeit von Arbeitskräften, die zunehmende digitale Vernetzung („Industrie 4.0") und die Integration von Migrantinnen und Migranten und geflüchteten Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt aufgegriffen werden.

Dabei sollen Anknüpfungspunkte an die Lebenswelten junger Menschen gefunden werden, die sich im Übergang zwischen Schule und Ausbildung sowie zwischen Ausbildung und Beruf, aber auch außerhalb des formalen Systems befinden und sich mit ihrer Zukunft befassen.

Die Angebote politischer Bildung für diese Zielgruppen sollen die zukünftige Gestaltung von Arbeitswelten auch außerhalb der klassischen Erwerbsarbeit, deren politische Dimension sowie die Chancengerechtigkeit in den Blick nehmen. Sie sollen Möglichkeiten der Einflussnahme und der Partizipation in der Zivilgesellschaft thematisieren. ■

Zahlen und Fakten für 2017

Im Rückblick auf das erste Jahr der neuen Programmphase können alle Beteiligten auf ein sehr intensives Jahr mit einer Vielzahl von Aktivitäten zurückblicken. Sie können mit der großen Vielfalt der durchgeführten Veranstaltungen zufrieden sein – gerade vor dem Hintergrund vieler Neuerungen in diesem ersten Programmjahr: Im Vergleich zur vorherigen Programmphase (2011–2016) haben in 11 Einrichtungen die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten gewechselt oder die Einrichtungen sind ganz neu dabei. Zusätzlich kam es zu verschiedenen Wechseln und Vertretungen, da drei Referentinnen/Referenten in Elternzeit gegangen sind.

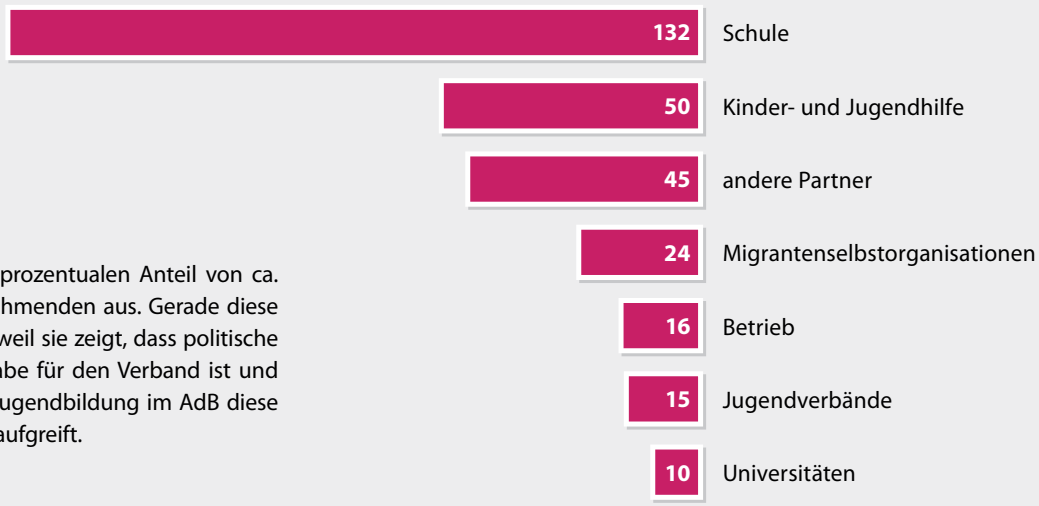
Die Zahl der Veranstaltungen zeigt, dass im Vergleich zum Vorjahr zwar weniger Maßnahmen stattgefunden haben, jedoch im Vergleich zum ersten Programmjahr der letzten Phase nahezu identische Zahlen erreicht wurden.

Von den 293 Maßnahmen, die im Jahr 2017 stattgefunden haben, wurden 77 aus Geldern des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) finanziert. Für alle anderen Veranstaltungen wurden weitere Drittmittel eingeworben. Dies belegt, dass die Förderung durch den KJP nicht nur einen fachlichen, sondern auch einen finanziellen Mehrwert generiert.

Ein Großteil der Maßnahmen hat in Kooperation mit anderen Einrichtungen, Initiativen und Organisationen stattgefunden (vgl. Abbildung 1). Hier ist sehr positiv zu bewerten, dass die Vielfalt der Kooperationspartner wesentlich größer geworden ist. Es sind neue Kooperationen u. a. mit Jugendverbänden und Migrantinnen-/Migrantenselbstorganisationen und Hilfsorganisationen für Geflüchtete hinzugekommen. Diese Entwicklung ist sehr erfreulich und zeigt die Offenheit der Einrichtung gegenüber angrenzenden Professionen.

Ebenfalls positiv zu bewerten ist die Entwicklung der Altersstruktur der Teilnehmenden (vgl. Abbildung 2). Das Motto „politische Bildung von Anfang an und für jeden" scheint sich immer mehr zu verankern. Im vergangenen Jahr haben mehrere Veranstaltungen mit unter 12-Jährigen stattgefunden.

Abbildung 1: Zahl der Veranstaltungen in Kooperation mit …



Diese Zielgruppe macht einen prozentualen Anteil von ca. 10 % der Gesamtzahl der Teilnehmenden aus. Gerade diese Entwicklung ist sehr erfreulich, weil sie zeigt, dass politische Bildung mit Kindern eine Aufgabe für den Verband ist und dass das Programm politische Jugendbildung im AdB diese Aufgabe fachlich und inhaltlich aufgreift.

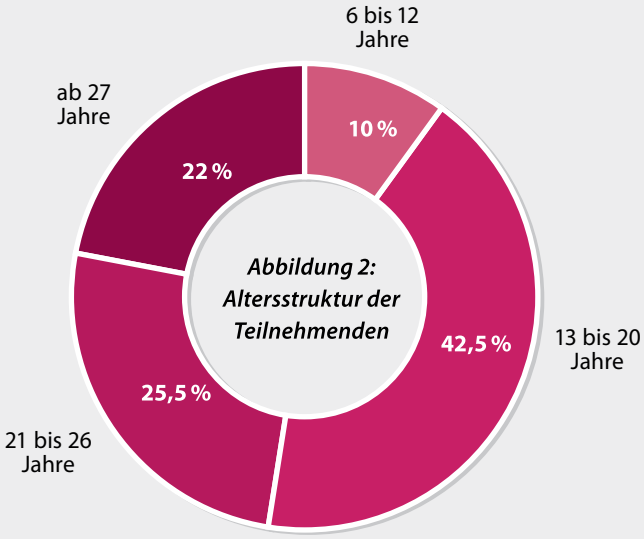


Abbildung 2: Altersstruktur der Teilnehmenden

Seit Beginn der aktuellen Programmlaufzeit wurden die Angaben des Geschlechts nur noch dahingehend erhoben, wie viele Teilnehmerinnen sich als weiblich in den Teilnehmendenlisten eingetragen haben. Eine weitere Differenzierung wird nicht mehr vorgenommen. Daraus ergibt sich im Vergleich zu den vergangenen Jahren eine Verschiebung, die in der Abbildung 3 deutlich wird: Nur noch etwa die Hälfte der Teilnehmenden hat sich als weiblich in den Listen eingetragen.

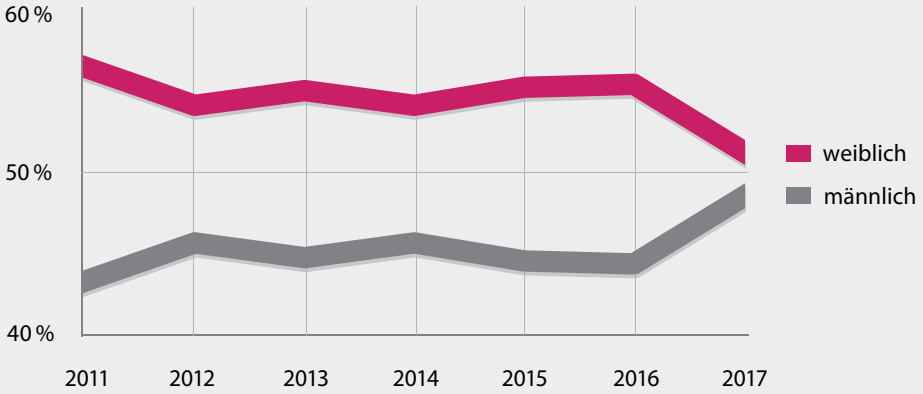


Abbildung 3: Teilnehmende nach Geschlecht (2011–2017), Angaben in %

Im Folgenden wird nun die Arbeit der vier Projektgruppen im Jahr 2017 vorgestellt. Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten beschreiben ihre inhaltlichen Schwerpunkte und machen anhand konkreter Praxisbeispiele deutlich, wie politische Bildung zu den aktuellen gesellschaftspolitischen Themen gelingt.

„Hier könnte ihre Werbung stehen/ dieser Artikel könnte Produktplatzierungen enthalten.“

Bericht aus der Projektgruppe „Digitale Medien und Demokratie“

Im Wahl-O-Mat kam sie nicht vor.[1] Auch in den Parteiprogrammen oder Talkshow-Arenen zur Bundestagswahl tauchte Digitalisierung nur als Randthema auf. Wie zentral sie aber in den Mittelpunkt unseres Lebens gerückt ist, zeigt sich täglich in allen persönlichen und gesellschaftlichen Bereichen.

Fast alle Parteien machten sich Tools der Digitalisierung im Wahlkampf verstärkt zu Nutze. Im Gegensatz zum „Haustürwahlkampf“ wurde über Microtargeting allerdings kaum gesprochen. Dabei werden kommerzielle und politische Botschaften im Netz auf kleinteilige Gruppen zugeschnitten und über Social Media-Kanäle gezielt an diese verbreitet. Insbesondere bei Facebook lässt sich inzwischen aus über 52.000 Merkmalen[2] aussuchen, um Nachrichten speziell an E-Mobil-Fahrer/-innen, Hobby-Angler/-innen, Hacker/-innen aus dem Hochtaunuskreis oder Indonesisch sprechende Migrantinnen und Migranten zu adressieren und ihnen maßgeschneiderte Botschaften und Angebote zu vermitteln. Die Zeitung „The Australian“ berichtete im Mai 2017 über eine interne Unternehmenspräsentation, in der Facebook gar mit der Identifizierung von emotional verletzlichen Jugendlichen als Zielgruppe und damit auch mit verhaltensbasierten Kategorien warb.[3] Der Monopol-Konzern spricht schon längst auch hierzulande offen Politiker/-innen als Kundinnen und Kunden an, „um Bürger direkt und auf persönlicher Ebene zu erreichen“.[4] Datensätze, die weit über so sensible Kategorien wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, Konsumverhalten oder politische Einstellung hinausgehen, standen auch im Bundestagswahlkampf für Microtargeting zur Verfügung.[5] Der Cambridge-Analytica-Skandal und die dort benannte Zahl von 220 Millionen Psychogrammen zu US-Bürger/-innen spiegelt nun im März 2018 die Dimensionen möglicher

Wahlbeeinflussung und offener Fragen zum Verhältnis von monopolisierter Datenmacht und deren weltweiter Nutzung in Demokratien und totalitären Staaten wider. Nachrichten wie diese lassen Ängste vor wahr gewordener Science-Fiction-Düsternis wachsen. „Wir erschaffen eine Dystopie, nur damit Leute mehr Werbung anklicken",[6] kritisiert die Technosoziologin Zeynep Tufekci die intransparente und missbräuchliche Anwendung von selbstlernenden Algorithmen und künstlicher Intelligenz durch Monopolisten und Staaten. Sie fordert eine radikale Veränderung der Arbeitsweise und Anwendung von digitalen Technologien. „Wir brauchen eine digitale Wirtschaft, in der unsere Daten und unsere Aufmerksamkeit nicht für den höchst bietenden autoritären Machthaber oder Demagogen zum Verkauf stehen", zitiert netzpolitik.org aus ihrem TED-Talk vom Oktober 2017.[7] Eine Utopie?

Das Socialmedia Ereignis #metoo aus dem Jahr 2017 kann dagegen als Beispiel angeführt werden, über digitale Wege zivilgesellschaftliche Bewegungen verstärken und Selbstwirksamkeit erleben zu können. Unter einem Hashtag bündeln sich einzelne Stimmen und damit in ihrer Vielzahl vereinte Kräfte, um eine politische Debatte und mit ihr verbundene Forderungen ins digitale „Rampenlicht" zu bringen und eine breite Öffentlichkeit zu schaffen, die Diskussionen und Veränderungsprozesse bewirkt. Lebt hier in der Auseinandersetzung mit sexueller Belästigung und Übergriffen die schon fast verworfene Hoffnung auf ein Netz wieder auf, das Teilhabe und demokratischen Diskurs befördert? Die aktuelle Lage, so scheint es, wirft unzählige dystopische wie utopische Schatten voraus in eine zu gestaltende Zukunft.

„Möge das Web mit dir sein"

Fragen zum Datenschutz, die Kontrolle kommerzieller und politischer Akteurinnen und Akteure sowie das Verhältnis von Staat und Wirtschaft sind zentrale Themen im Programmschwerpunkt „Digitale Medien und Demokratie". Die Rolle von Medien in der Demokratie als Produzent von Öffentlichkeit und möglichem Ort von Teilhabe, die Auseinandersetzung mit Grundrechten wie der Würde des Menschen, mit der Presse- und Meinungsfreiheit und mit Hate Speech im Netz, die Beschäftigung mit Strukturen und Möglichkeiten für Selbst- und Fremdbestimmung in der Digitalisierung stehen im Mittelpunkt von Seminarformaten, Projekten und Methoden, die die Projektgruppe erarbeiten und erproben möchte. Gegenwart und Zukunft von Technologien und Demokratie bilden dafür den Rahmen. Aktuelle Anknüpfungspunkte dazu bot das Programmstart-Jahr 2017 reichlich.

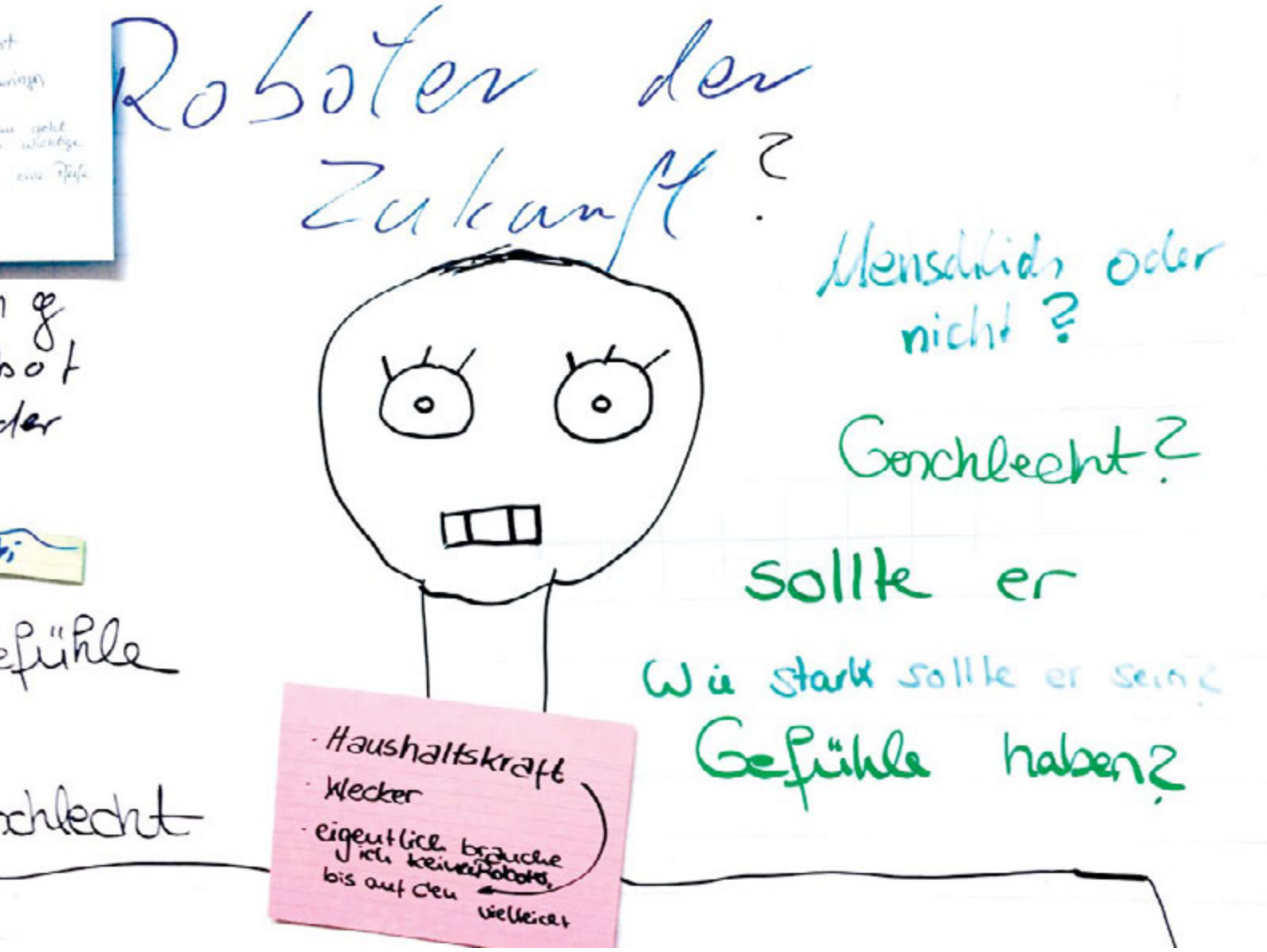
Neben Wahlmanipulation durch Fake News, Datenmissbrauch oder Troll-Farmen ist Entstehung, Inkrafttreten und Anwendung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes ein weiteres Beispiel für aktuelles Konfliktpotenzial bei Rollen, Interessen und Beziehung von Staat und Wirtschaft und deren Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft. Die Übergabe von Verantwortung für die Einhaltung demokratischer Grundregeln auf privatwirtschaftliche Konzerne wie Facebook & Co sehen netzpolitische Akteurinnen und Akteure wie Reporter ohne Grenzen oder netzpolitik.org kritisch. Wie sehen die Regulierung von Hate Speech und die Sicherung von Grundrechten wie Presse- und Meinungsfreiheit aus, wenn sie durch Algorithmen und Personal kommerzieller Player übernommen wird? Wer bestimmt die Grenzen für Freiheit und Sicherheit, für Teilhabe und Ausschluss im digitalen transnationalen Raum? Wer überwacht oder kontrolliert hier wen mit welchem Ziel? Der Aushandlungsprozess dazu muss in der demokratischen Gesellschaft Thema der politischen Jugendbildung sein (vgl. Ullrich 2017). Utopien und Dystopien bieten dafür Ansatzpunkte, die Jugendliche ansprechen und zur Auseinandersetzung mit Digitalisierung und Demokratie motivieren.

„In the year 2525"[8]

Dystopien sind medial allgegenwärtig. Neben Nachrichten zu Überwachungsgefahren sind Serien wie „Black Mirror", „Twilight Zone" oder Videospiele wie „XCOM2", in dem sich Menschen von der Sklaverei durch Aliens zu befreien suchen, die Medienerfahrungen, die Jugendliche in den gemeinsamen Diskurs zu Gesellschaft und Digitalisierung einbringen. 2017 feierte z. B. eine „Blade Runner"-Fortsetzung Erfolge – 35 Jahre nach dem das dystopische Setting nach dem Roman „Träumen Androiden von elektrischen Schafen?" von Philip K. Dick zum ersten Mal im Kino erschien und zum Kultfilm wurde.

Von Fritz Langs „Metropolis" über „Matrix" bis zu „Die Tribute von Panem" reißen die Eindrücke dystopischer Zukunftsvisionen zu Überwachungsstaaten und düsteren Visionen in Filmen der modernen Popkultur nicht ab. Von Umweltkatastrophen, Maschinenaufständen, Totalitarismus, Kriegsvisionen, Cyberpunk bis hin zu „Bloodsport" reicht die Liste der Themenbereiche, die sich in Filmen, Serien und insbesondere auch in vielen Videospielen wiederfinden lassen.[9]

Die Ursprünge dieser düsteren Zukunftsvisionen liegen in der Literaturgattung Utopie: vom Griechischen ou-topos „Nirgends-Raum" oder eu-topos „Gut-Raum". Thomas Morus betitelte 1516 so seine Vision einer „idealen" Gesellschaft, in der Gemeineigentum, alternative Bildungswege, Dezentralisierung und Ablehnung von Luxus herrschen, auf der anderen Seite aber auch sexuelle Unterdrückung, Sklaverei, Todesstrafe und Stellvertreterkriege. Wie viele der frühen Utopien zeichnet auch Morus' Roman ein statisches, staatlich-überwachtes Bild. Totalitäre Haltungen führen hier zu Vorstellungen, die als Alpträume erscheinen. Die Einschätzung, ob eine Idealvorstellung utopisch oder dystopisch ist, hängt dabei jedoch von der Perspektive ab.



Utopien zeigen Wunschvorstellungen von Gesellschaft, in denen auf die Realität bezogene Denkmuster durchbrochen werden. So bieten Science-Fiction-Serien wie Star Trek das Bild einer geeinten Menschheit, die mit vielen außerirdischen Völkern im Frieden lebt. Das zentrale und selten benannte Element der Einigung der Menschheit in dieser Utopie ist jedoch die Abschaffung des Geldes. Durch die Einführung des Replikators (einem besseren 3D-Drucker) ist die Menschheit hier zukünftig in der Lage, alle Dinge des täglichen Bedarfs zu vervielfältigen und auf den Handel von Gütern zu verzichten. Eine Utopie?

Dystopien reichen von den gattungsprägenden anthropologischen Verfehlungen in Huxleys „Schöne neue Welt" über den Überwachungsstaat in Orwells „1984" hin zum postapokalyptischen Endzeitszenario, das in den modernen populären Medien eine große Verbreitung gefunden hat. Indem die Gesellschaftszustände extrapoliert werden, findet bei Dystopien Kritik an den jeweils gegenwärtigen Zuständen statt, die bis ins Gefährliche gesteigert werden. Dabei werden nicht nur totalitäre Staaten und Diktaturen porträtiert, sondern auch die geistige Grundhaltung. Oft steht dabei das Gemeinwohl über dem Wohl des Individuums. Die Warnfunktion in modernen Medien ist jedoch nicht mehr so stark wie noch bei Huxley und Orwell ausgeprägt, weil längst eine Spiegelung der Realität in den Vordergrund getreten ist. Aber auch ohne Extrapolation zeigt die Dystopie nach wie vor Konsequenzen von gesellschaftlichen Handlungen und Einstellungen.

Politische Bildung als Entwurfsplanung

Utopie wie Dystopie bringen so Vorstellungen von Gesellschaft mit sich, über die sich streiten lässt. Sie eröffnen Räume, eigene Ideen zu Gegenwart und Zukunft zu entwickeln, um der real empfundenen Ohnmacht Handlungsmöglichkeiten entgegenzusetzen. „Die Weltrettung steht unmittelbar bevor", verkündet der mehrsprachige Trailer zum Projekt „dieWeltrettung.org" des ABC Bildungs- und Tagungszentrums e. V. Gemeinsam mit der Hüller Medienwerkstatt e. V. und DirectorsCut.ch lädt es Jugendliche unterschiedlicher Herkunft und Sprachen, mit und ohne Behinderung, ein, in einer Workshopreihe filmisch eigene Utopien zum Zusammenleben in einer für alle zugänglichen demokratischen Mediengesellschaft zu entwerfen, im Netz zu teilen und damit Öffentlichkeit für Utopien aus jugendlicher Perspektive zu schaffen. Aus der kritischen Reflexion bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse entsteht hier – statt des Ohnmachtsgefühls – stärkende Ermutigung zum Gestalten.

Kritisch reflektiertes Agieren im digitalisierten Raum ist kein Automatismus, sondern muss als Voraussetzung für bewusstes demokratisches Handeln erst erlernt werden. Der „Digitale Citoyen", wie ihn Caja Thimm, Professorin für Medienwissenschaften und Intermedialität, als „lokal konkret aktiven" von Mediatisierung geprägten mündig Handelnden beschreibt, ist ein kontinuierlich lernender Mensch (vgl. Thimm/Bürger 2013). Projekte der politischen Bildung wie „dieWeltrettung.org" können Rahmen und Angebote für User/-innen bieten, sich selbst als im digitalen Raum konstruktiv Handelnde begreifen zu lernen.

Der Entwurf gewünschter statt gefürchteter Roboter ist ein Ansatz, der z. B. im Dezember 2017 im Seminar „If then else/ Wenn dann sonst? Neue Entwicklungen und Möglichkeiten in der programmierten Gesellschaft" Erzieherfachschüler/-innen zum Seminarstart anregte, sich als Gestalter/-innen von Zukunft zu begreifen und eigene Vorstellungen zu demokratischen Haltungen und Handeln in der Digitalisierung auszuloten: Welche Bedeutung haben Moral, Gefühle und Werte in einer Welt, in der Künstliche Intelligenz eine immer größere Rolle spielen? Durch eigene Medienproduktion von Video über Comic bis zur Programmierung kleiner mbots/Roboter in einer Maker-Werkstatt reichten die Angebote für die Auseinandersetzung mit Fragen zu digitaler Selbst- und Fremdbestimmung als Grundlage von utopischen und dystopischen Gesellschaftsentwürfen und eigenen Handlungsoptionen.[10]

Aus einem multilateralen Blickwinkel entwarfen in „Clips for Europe"[11] – einer deutsch-ukrainisch-französischen Jugendbegegnung in der Begegnungsstätte Schloss Gollwitz – Jugendliche gemeinsam Szenarien für ihre Vorstellung von einem Europa im Jahr 2025. Aus Kombinationen wie unfrei & ungleich, oder gleich & frei entwickelten sie Erklärungen für das Entstehen von Konsequenzen, beeinflusst von unserem heutigen Handeln, und setzten diese in Videoclips um. Es entstanden zum Teil zugespitzte Formen von Dystopien und Utopien wie im Ergebnis „Pandora",

Drei pfiffige Antworten von Halima

Halima, 16 Jahre, aus Usingen, hat 2017 am Seminar „Wenn Klopapier digital wird" teilgenommen. Das Interview führte Christian Kirschner, basa e. V.

Welche Utopie interessiert dich am meisten?

Es hat mich überrascht, wie schnell sich die Medizin weiterentwickelt. Mich interessiert das Ersetzen von Körperteilen. Also wie Menschen durch Technik ergänzt werden. Oder verbessert werden. Aber auch viele Krankheiten beseitigt werden können. Smart City fand ich auch sehr interessant. Das Leben kann einfacher werden, wenn wir viele Sachen nicht mehr machen müssen. Ich habe aber auch ein paar Bedenken, dass Maschinen irgendwann genauso schlau werden wie wir und sich selbst weiterentwickeln können. Es ist spannend zu überlegen, ob Maschinen irgendwann die Sachen selbst in die Hand nehmen, unsere Intelligenz übertreffen, Gefühle entwickeln und vielleicht nicht mehr für uns arbeiten wollen. Oder dass die Technik in die falschen Hände kommt, weil man ja Technik nicht verheimlichen kann und der Menschheit auch mitteilen muss, wenn man etwas möglicherweise Gutes oder Nützliches erfunden hat.

Wie wird die Welt in 50 Jahren aussehen?

Die Welt wird weiter sein. Wir müssen auf jeden Fall nichts mehr per Hand machen. Aber bestimmt wird auch der Wald verschwunden sein, weil so viele Fabriken gebaut werden müssen, um die ganzen neu erfunden Maschinen zu produzieren. Trotzdem glaube ich, dass es den Menschen besser gehen wird. Sie werden bestimmt von vielen Leiden und harten Sachen erlöst werden. Zum Beispiel wird man Menschen helfen können, denen man jetzt noch nicht helfen kann. Und wir werden einfach kommunizieren können, z. B. mit einem Chip im Kopf oder so. Wie telefonieren, aber ohne Telefon. Und trotzdem werden wir uns viel sehen, weil wir nicht mehr so viel arbeiten müssen, weil Maschinen für uns die Arbeit machen. Aber die Menschen werden sich trotzdem viel sehen, weil Menschen sich sehen und treffen wollen.

Könntest du die Welt verändern, womit würdest du anfangen?

Ich glaube, ich würde krass schlaue Roboter erschaffen lassen, die Krankheiten heilen können, die Menschen nicht heilen können, z. B. Krebs oder so was. Ich würde dafür sorgen, dass Entwicklungsländer mehr Geld bekommen. Es ist dumm, das überall auf der Welt Häuser gebaut werden, die sich keiner leisten kann. Es soll Geld investiert werden, das Sinn ergibt, also dass Geld für die Menschen ausgegeben wird.

das sich mit Zusammenhängen von Szenarien und deren Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie in der EU auseinandersetzt. Im Mittelpunkt des Projekts „Clips for Europe" stand die individuelle Entscheidung zur Frage, in welchem Europa die Jugendlichen leben möchten. Gesetzt wurden hier Impulse für die Auseinandersetzung mit der Identitätsfrage der europäischen Wertegemeinschaft. Themen wie Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den Lebenswelten Jugendlicher wurden aufgegriffen mit dem Ziel, das europäische Bewusstsein & Empowerment der Teilnehmenden zu stärken.

Im Projekt des basa e. V. bildet eine dystopische Zukunft den Rahmen für einen Actionbound. In einem digitalen Stadtspiel lösen die Teilnehmenden mit mobilen Endgeräten verschiedenen Aufgaben zu Big Data und schlüpfen dabei in verschiedene Rollen.

Digitalisierung – ein Spiel?

Rollenspiele mit dystopischen Settings bieten z. B. die Möglichkeit, Themen aus der realen Welt aufzugreifen und zu überspitzen, um sie für die Auseinandersetzung mit individuellen und gesellschaftlichen Handlungen und möglichen Konsequenzen zu nutzen. Die Teilnehmenden schlüpfen dabei in Rollen, die ihnen durch die Medien vertraut sind oder sogar als Identifikationsfiguren dienen. Genutzt wird dies im Mini-LARP „Datenwelten 2084", einem im Vorgängerprogramm „Politische Jugendbildung im AdB 2001–2016" in der Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation" entwickelten Life Action Role Play, in dem in einer zukünftigen Gesellschaft völlige Datentransparenz und ein neues (streitbares) Grundgesetz 4.0 herrschen. Im Spiel, eingesetzt 2017 z. B. im Seminar mit Chemielaborantinnen und -laboranten in der Ausbildung in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V., stellt sich für die Spielenden ein wesentlich höherer persönlicher Bezug zu den in Dystopien verhafteten Themen her: Durch das Erleben einer extrapolierten Situation wird die mögliche Entwicklung realer Umstände nicht nur sichtbar, sondern auch erfahrbar und greift damit die Absichten der Autorinnen und Autoren von Dystopien auf, als Warnung und Reflexion zu dienen. Sowohl die Warnung als auch die positiven Vorstellungen utopischer Umstände motivieren junge Menschen zum Handeln in der Gesellschaft.

„Clips for Europe" – deutsch-ukrainisch-französische Jugendbegegnung in der Begegnungsstätte Schloss Gollwitz

Wenn ihr wollt ist es (k)ein Traum …

Mit diesem Ansatz – Dystopien als Lernsetting – beschäftigte sich auch eine Session auf dem von der Projektgruppe 2017 im ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V. veranstalteten Barcamp politische Bildung, bcpb17. Immer wieder stellt sich die Frage nach der Legitimität, z. B. durch dystopische Rollenspiele Gefühle wie Ängste und Ohnmacht hervorzurufen und für Lernprozesse der politischen Bildung zu nutzen. Aus der Erfahrung der Projektgruppe werden jedoch im Spiel Emotionen erzeugt, die Interessenkonflikte erlebbar machen und so die Motivationsgrundlage schaffen, diese auch kognitiv durchdringen und diskutieren zu wollen und zu können. Wie in der Studie „Wie politische Bildung wirkt" gezeigt (vgl. Balzter/Ristau/Schröder 2014), zielt hier Emotionalisierung von Lernprozessen nicht auf Überwältigung, sondern auf das Zusammenspiel von Gefühlen und rationalem Denken, um Erkenntnis- und Urteilsfähigkeit zu fördern. Im Sinne kritischer-emanzipatorischer Bildung schafft politische Bildung so „eine ermutigende Lernumgebung, in der Macht- und Ohnmachtserfahrungen thematisiert und hinterfragt werden." In der Utopie und/oder Dystopie erlebte Konflikte werden zum produktiven Lernanlass für politische Fragen und ermutigen dazu, eigene Sichtweisen und Handlungsstrategien für das Agieren als mündige Bürger/-innen in der digitalisierten Gesellschaft zu entwickeln. Diese zu fördern ist keine Utopie, sondern aktueller Gegenstand und Ziel politischer Bildung. ■

---

1 Vgl. www.rp-online.de/politik/deutschland/bundestagswahl/bundestagswahl-2017-warum-der-wahlomat-die-digitalisierung-ignoriert-aid-1.7066405 (Zugriff für alle in diesem Kapitel aufgeführten Links: 03.04.2018)

2 Vgl. www.propublica.org/article/facebook-doesnt-tell-users-everything-it-really-knows-about-them

3 Vgl. https://netzpolitik.org/2017/verhaltensbasierte-werbung-facebook-australien-analysiert-emotionen-und-aengste-von-jugendlichen

4 Vgl. www.politics.fb.com/de-de

5 Vgl. https://netzpolitik.org/2017/wahlkampf-in-der-grauzone-die-parteien-das-microtargeting-und-die-transparenz

6 Vgl. https://netzpolitik.org/2017/soziologin-wir-erschaffen-eine-dystopie-nur-damit-leute-mehr-werbung-anklicken

7 www.ted.com/talks/zeynep_tufekci_we_re_building_a_dystopia_just_to_make_people_click_on_ads

8 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/In_the_Year_2525

9 Vgl. Auflistung von Unterthemen und ihren Merkmalen bei Dystopien: http://dystopianfilms.com/themes; dystopische Videospiele: www.giantbomb.com/dystopian-world/3015-591/games

10 Vgl. www.wannseeforum.de/de/programmierte-gesellschaft

11 Vgl. www.schlossgollwitz.de/de/deutsch-franzoesisch/articles/clips-fuer-mehr-respekt-deutsch-franzoesische-jugendbegegnung-in-gollwitz-10-10-18-10-2015.html

Bericht aus der Praxis
dieWeltrettung.org

DieWeltrettung.org ist ein inklusives Filmprojekt, durchgeführt vom ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V. in Kooperation mit der Hüller Medienwerkstatt e. V., bei dem der Ausgangspunkt die Idee einer fiktiven Jugendorganisation ist: „Stellen Sie sich vor: Neue Jugendzentren sprießen aus dem Boden, Schüler/-innen errichten Naturschutzgebiete mitten in der Stadt, Kinderarmut verschwindet innerhalb weniger Wochen, Bildung wird kostenlos, Ausgrenzung ist Vergangenheit geworden und an den Wünschen von Jugendlichen kommt kein Bürgermeister, keine Ministerpräsidentin, keine Regierung mehr vorbei." – DieWeltrettung.org ist eine (fiktive) aktivistische Kunstorganisation, die sich konkreten politischen Themen aus jugendlichen Lebenswelten annimmt, Beteiligung und Utopien kreativ verwirklicht. Denn eine gemeinsame Zukunft bedeutet Raum zu schaffen, um an dieser gemeinsam zu arbeiten und sie zu entwickeln. Das Projekt versteht die Zukunft als eine große Spielwiese, auf der junge Laienkünstler/-innen im Rahmen eines inklusiven Rahmens Utopien schmieden. Dies war die Idee, die wir den Projektteilnehmenden als Ausgangslage für die Diskussionen im Seminar und die Entwicklung einer Kurzfilmidee gaben.

Das Projekt dieWeltrettung.org richtete sich hauptsächlich (aber nicht ausschließlich) an junge Menschen, die schon erste Schauspiel-, Film-, und/oder Medientechnikerfahrung haben. Unabhängig von ihren sprachlichen (Deutsch-)Kenntnissen.

Das Projekt war in verschiedene Phasen unterteilt, an deren Ende ein hochwertig produzierter Kurzfilm das Ergebnis sein sollte. Dies ist mit dem 15-minütigen Film „Wie die Weltrettung zur Welt kam" auch gelungen. Der Film und andere Ergebnisse wurden im Rahmen von verschiedenen Teilprojekten der Projektträger ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V. sowie Hüller Medienwerkstatt e. V. erstellt, die von unterschiedlichen Förderern unterstützt wurden. Das Projekt war Teil des Projekts opening.today und Teile der Maßnahme fanden im Rahmen des Projekts „Empowered by Democracy" des Bundesausschusses politische Bildung (bap e. V.) statt, in dem der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten mitwirkt.

Im ersten Seminar, dem Ideenseminar, ging es zunächst um einen Einstieg in das Thema Utopien und um die Frage „Was muss auf der Welt verändert werden?" Z. B. gab es eine Kamerabox, vor der alle Teilnehmenden den Satz „Ich wünsche mir von der Welt …" vervollständigen sollten.

Im darauffolgenden Vorbereitungscamp wurden noch mehr Ideen zu den Fragen „Wie kam die Weltrettung auf die Welt?" und „Wie sieht die Weltrettung überhaupt aus?" gesammelt. In beiden Seminaren haben die Teilnehmenden ein intensives

Schauspieltraining erfahren, bei dem sie sich ausprobieren und sich mit einer künstlerischen und diskursiven Herangehensweise des Themas Utopie annehmen konnten. Die entstandenen Ideen wurden in Form von kurzen Videoclips dokumentiert und stellten im späteren Verlauf des Projekts die Grundlage für das Drehbuch zum Kurzfilm dar.

Im dritten Seminar gaben wir den Teilnehmenden die Möglichkeit, Kamera-, Licht- und Tontechnik auszuprobieren und von Menschen, die schon erfolgreich in der Filmbranche tätig sind, zu lernen, wie diese Filmtechnik funktioniert. Neben den Teilnehmenden, die sich mit der Technik auseinandersetzten, wurde ebenfalls schon an den Anfängen des Drehbuchs gefeilt, während andere Teilnehmer/-innen nochmals ein Schauspieltraining erfuhren. Das Drehbuch wurde in der nächsten Seminarphase finalisiert. Am Ende des dritten Seminars stand der Dreh eines Wahlspots sowohl für die Bundestags- als auch für die Landtagswahl Niedersachsen an. Bei diesem Dreh waren die Jugendlichen auf sich alleine gestellt. Natürlich standen die Filmprofis in beratender Funktion zur Verfügung, aber der Wahlspot „Scheint niemand zur Wahl zu gehen" stammt von den Teilnehmenden selbst. Dieser Wahlspot erreichte bei dem „YouVote – Deine Stimme. Dein Film."-Wettbewerb der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung im November 2017 den dritten Platz in der Kategorie Grenzenlos.

Im Oktober 2017 stand dann der Dreh des Kurzfilms an. Innerhalb von acht Tagen wurde nicht nur ausführlich diskutiert und Ideen gewälzt sondern die Teilnehmenden drehten auch selbstständig alle Szenen des Kurzfilms, die später im Schnittseminar zu dem Film „Wie die Weltrettung zur Welt kam" zusammengeschnitten wurden. Dieser Kurzfilm erzählt von der Entstehungsgeschichte der Weltrettung und feierte Anfang Februar 2018 seine Premiere im Alabama Kino auf Kampnagel in Hamburg und wurde später im März auch im Rahmen der Buxtinale in Buxtehude gezeigt. ■

Henning Wötzel-Herber,
ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.

Bericht aus der Praxis
Was passiert, wenn Klopapier digital wird

„Emma“, mahnt der männliche Protagonist immer wieder. „Emma“ ruft er und drückt einer Frau ein Tablet in die Hand. „Emma“, so sein Ansinnen, soll mit dem Papierquatsch aufhören und ein Tablet benutzen, um *ihren* Tätigkeiten nachzugehen. Beim Malen mit dem Kind: Papier weg und Tablet her; Einkaufslisten weg und App her; bei der (Lohn-)arbeit am Schreibtisch, wenn sie Emails ausdruckt; selbst beim Sodoku lösen vor dem Schlafengehen. Immer wieder mahnt er „Emma“, auf das Tablet zurückzugreifen. Dann sitzt er auf dem Klo – ohne Klopapier. Und ruft wieder nach „Emma“, die ihm Klopapier bringen soll. Das kommt auch recht schnell unter der Tür hindurch: als digitales Foto auf dem Tablet.

Le Trèfle, ein französischer Toilettenpapierproduzent, warb mit dem Spot[1] online und im Fernsehen für die große Zukunft von Papier. Der Spot ist nervig, weil die Protagonistin „Emma“ im Sekundentakt ermahnend angerufen wird und gesagt bekommt, wie sie Kinderbetreuung, Haushalt, Lohnarbeit und selbst ihre Freizeit zu gestalten hat – und zwar von ihrem Mann, der keinen Beitrag zur Erledigung der notwendigen (Reproduktions-)Arbeit leistet. Der Spot ist – zumindest in seiner Pointe – auch witzig, weil der Protagonist auf die Unzulänglichkeit seines Konzepts verwiesen wird. Digitales Klopapier ist halt nicht der Kracher. Der Spot knüpft an sexistische Narrative und patriarchale Verhältnisse an: Der rationale, technikaffine Mann erklärt Frau, wie man „die Dinge“ besser macht. Selbst auf dem Klo ohne Klopapier sitzend ruft er nach „Emma“. Hier erst findet sich die Zurückweisung seines Konzepts, als es kein echtes Klopapier gibt.

Mit Sicherheit haben weder Le Trèfle noch die ausführende Agentur Leo Burnett über die gesellschaftspolitischen Artefakte ihrer Werbemaßnahme weiter nachgedacht. Der Spot fasst in 38 Sekunden tendenziell ungewollt die wichtigen Aspekte von Digitalisierungsprozessen zusammen. Bei Digitalisierung geht es nicht per se um technischen oder gesellschaftlichen Fortschritt, um Herrschaftsfreiheit, um Gleichberechtigung, um gute Arbeitsteilung und um Emanzipation. Der Protagonist präsentiert im Spot eine Utopie des papierlosen Seins, das gegenwärtige gesellschaftliche (Geschlechter- und Herrschafts-)Verhältnisse aber nicht zurückweist, sondern in neuem Gewand reproduzieren will. Technologie dient nicht der Befreiung, sondern erscheint als neue Artikulation einer alten Herrschaft. Und damit illustriert der Spot einen politischen Zugang zu einem vermeintlich technischen Problem. Er diente als Ausgangspunkt für die Konzeption eines Seminarformats mit und für junge Leute.

Zu Beginn des Seminars spielten die Teilnehmenden einen Actionbound, ein ortsbasiertes Spiel in einer App. Er spielt in einer dystopischen Zukunft, in der Städte anhand von Big Data-Analysen in sichere und unsichere Sektoren unterteilt sind. Unsichere Sektoren leiden unter zahlreichen Faktoren, auch etwa unter dem Umstand, dass Klopapierlieferanten sich nicht in bestimmte

Gegenden trauen. Klopapier wird zur Mangelware und damit ein Luxusgut. Die K.L.O.B. ist im Besitz der Musterrolle und nur mit ihr ist der Widerstand in den ausgeschlossenen Sektoren im Stande, selbst wieder Klopapier herzustellen. Die Teilnehmenden können in diesem Spiel in die Rolle der Widerstandskämpfer/-innen schlüpfen und in Robin Hood-Manier die Musterrolle klauen. Die Teilnehmenden lösen im Laufe des Stadtspiels zahlreiche Rätsel, weichen Agentinnen und Agenten der K.L.O.B. aus und versuchen, trotz Überwachung an den Musterkoffer zu kommen. Im Spiel begegnen den Teilnehmenden viele Elemente dystopischer Phantasien: Ein totalitäres Regime herrscht; die Welt ist ein riesiges Panoptikum und selbst die banalsten Güter stehen den meisten Menschen nicht mehr zur Verfügung. Junge Leute kennen diese Narrative sehr gut aus Funk und Fernsehen – kleiner Scherz – von HBO- und Netflix-Produktionen. Zukunft als Dystopie zu imaginieren folgt dem Zeitgeist. Die Teilnehmenden erkannten diese Elemente im Spiel und stellten die wichtige Frage, inwiefern das alles nur gutes Storytelling einer HQ-Show sei oder schlicht (vermeintlich übersehene) Realität.

Im nächsten Schritt boten wir den Teilnehmenden mehrere Workshop an: Likes & Love (Soziale Netzwerke, Filterblasen, Freundschaft vis-á-vis und digital), Transhumanismus (Biohacking, Prothetik, Implantate), Arbeit 4.0 (Robotik, Industrie, neue Arbeitsformen und -plätze), Smart City (Stadt als durchgeplanter Raum, Überwachung & Steuerung, Künstliche Intelligenz – KI), Prism is a dancer (Überwachung, Speicherung, Datenschutz, digitales Vermächtnis). Insbesondere Robotik, künstliche Intelligenz und Stadtplanung trafen bei den Jugendlichen auf sehr großes Interesse. Sie recherchierten über geplante, sich in der Entwicklung befindende oder bereits verfügbare Technologien. Die Auseinandersetzung etwa mit der Smart City Songdo[2] in Südkorea, einer am Reißbrett geplanten High-Tech-Metropole, überraschte viele der Teilnehmenden hinsichtlich des Einsatzes von jüngerer Technologie. Ebenso die Fragen, die mit der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz zu tun haben, ließen die Teilnehmenden aufhorchen.

Aus der Auseinandersetzung mit Technologien und ihrer gesellschaftlichen Relevanz entwickelten die Teilnehmenden das Hörspiel „Das Erbe“[3]. Die Geschichte spielt in der Zukunft. Die Stadt „Legacy City“, eine Anfang des 21. Jahrhunderts entwickelte Smart City, hat sich verselbstständigt. Jodi, eine KI, herrscht total über die Menschen und Roboter, die in Legacy City leben. Sarah [sɛərə], ein kluger Roboter, hat sich aufgemacht, Widerstand zu leisten und Menschen wie Roboter von der Herrschaft Jodis zu befreien. Zur Hilfe holt sie sich John, ein Wissenschaftler, der an der Entwicklung der KI der Stadt beteiligt war und vor 200 Jahren eingefroren wurde für den Fall der Fälle. Das Besondere der Geschichte (Achtung Spoiler): Menschen und Roboter leben prinzipiell gleichberechtigt in der Stadt, auch wenn beide Gattungen von Jodi beherrscht werden. Die Technologie, die den Menschen dienen sollte, hat sich verselbstständigt: Einerseits hat sie sich von ihren Erschaffern emanzipiert – die Roboter führen ihr eigenes Leben und gehen einem „ganz normalen“ Alltag nach – andererseits hat sie ihre Erschaffer/-innen unterworfen. Nachdem Sarah und John herausfordernde Prüfungen bestanden, die richtigen Mentoren/Mentorinnen getroffen, die geheime Waffe gefunden und in einem Showdown die Schergen Jodies besiegt haben, können sie

die KI abschalten und eine neue Ära der Freiheit für Menschen und Roboter in Legacy City einleiten.

Das Hörspiel stellt die Frage nach dem Primat der Technik: Geht es um eine Technologie oder geht es um die Ausgestaltung und Bereicherung des Zusammenlebens? Es stellt die Frage nach der Verantwortung von und für Technologie, indem Sarah den eingefrorenen John zur Verantwortung zieht. Und ganz grundsätzlich: Das Hörspiel stellt die Frage nach dem Verhältnis von Utopie und Dystopie. Es greift die medial verbreiteten Elemente dystopischer Zukunftsinszenierung auf und setzt eine Utopie dagegen: Ein friedliches, von Überwachung und anderen Zwängen befreites, gleichberechtigtes Zusammenleben.

Zurück zum Klopapier: Vom Werbespot ausgehend entwickelten die Teilnehmenden eine Utopie, die die Möglichkeit einer emanzipatorischen Techniknutzung nicht negiert. Ganz im Gegenteil: Sie fordern eine Verantwortungsübernahme ein (der Entwickler John wird aufgetaut). Sie fragen nach der Möglichkeit, wie die gegebenen (Geschlechter-)Verhältnisse überwunden werden können – und welche Rolle Technik dabei spielt. Nicht umsonst ist der Roboter mit einem weiblichen Namen versehen.

Das Seminar war ein Versuch, in der politischen Bildungsarbeit Utopien zu entwickeln. Technologien erscheinen zunächst komplex und werden oft in ihrer technischen Natur als unverstehbares „Wunder" vorgestellt. Im Seminar artikulierten die Teilnehmenden Ängste und Sorgen, dass sie diese Technik nicht verstehen – und erst recht nicht ihre Folgen. Das Seminar verfolgte den Ansatz, nicht die Technik zu durchdringen, sondern deren soziale und gesellschaftliche Relevanz herauszuarbeiten und zu prüfen, wo ihr emanzipatorisches Potenzial liegt. So kann die eine KI die Stadt unterwerfen, die andere KI sie befreien. Digitalisierung kann Güter wie Klopapier verknappen, oder neue Formen des Austauschs und der Kooperation hervorbringen. Techniknutzung ist damit keine technische Frage, sondern eine politische. In diesem Sinne folgte das Seminar Captain Jean-Luc Picard aus Star Trek – Raumschiff Enterprise: „Mr. Data, setzen Sie Kurs auf das 24. Jahrhundert. Ich nehme an, dass dort unsere Zukunft auf uns wartet."[4] ■

Christian Kirschner, basa e. V.

[1] www.youtube.com/watch?v=RRDSj62tlvQ

[2] https://de.wikipedia.org/wiki/Songdo_International_Business_District

[3] https://soundcloud.com/basa_ev/das-erbe

[4] https://de.wikipedia.org/wiki/Star_Trek:_Der_erste_Kontakt

Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten der Projektgruppe „Digitale Medien und Demokratie"

Juliana Barg
Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz
www.stiftunggollwitz.de
barg@stiftunggollwitz.de

Christian Kirschner
basa e. V.
www.basa.de
christian.kirschner@basa.de

Frank Feuerschütz
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.
www.kurt-loewenstein.de
f.feuerschuetz@kurt-loewenstein.de

Annette Ullrich
(Projektgruppenkoordinatorin)
Stiftung wannseeFORUM
www.wannseeforum.de
ullrich@wannseeforum.de

Henning Wötzel-Herber
ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.
www.abc-huell.de
hwh@abc-huell.de

Politische Bildung für eine Kultur der Anerkennung

Bericht aus der Projektgruppe „Flucht und Migration – Spannungsfeld für die Demokratie“

Die Auseinandersetzung mit Flucht und Migration ist zu einem konstitutiven Themen- und Handlungsfeld der außerschulischen und politischen Kinder- und Jugendbildung geworden. Dass dem so ist, verdeutlichen vielfältige pädagogisch angeleitete Projekte, der mediale Diskurs und auch das gesellschaftliche Engagement.

Als sich im Jahr 2015 hunderttausende Menschen auf den Weg nach Europa und in besonderem Maße auch nach Deutschland machten, entstand eine konfliktreiche Situation. Die Zunahme von Migration und dem daraus entstehenden Konfliktpotenzial war für einige wenige Menschen und Organisationen absehbar, doch wurde diesen Stimmen zu wenig Gehör geschenkt. Gerade im Bereich der Jugend(verbands)arbeit und in ihren entsprechenden Gremien, wie z. B. im Deutschen Bundesjugendring (DBJR), wurde schon seit längerem eine entsprechende Auseinandersetzung gefordert. So ist u. a. im Positionspapier „Deutschland als Migrationsgesellschaft gestalten“ von 2010 Folgendes zu lesen:

- „(…) *Schulpflicht für alle Kinder* unabhängig von ihrem Status und die Abschaffung der Übermittlungspflicht der Schulen bei Familien ohne regulären Aufenthalt.
- *Schnellere Anerkennung von im Ausland erworbenen Ausbildungsabschlüssen* durch eine zügige Umsetzung der Gesetzesinitiative ‚Anerkennungsgesetz‘, um jungen Menschen und ihren Familien den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern und ihre Qualifikationen wertzuschätzen. (…)
- *Abschiebestopp junger Menschen und ihrer Familien!* Derzeit betrifft dies insbesondere Minderheitenangehörige wie Roma und ihre Abschiebung in den Kosovo.
- *Schluss mit Kettenduldungen!* Stattdessen müssen sichere Aufenthaltsbedingungen und Zukunftsperspektiven für junge Menschen und ihre Familien gewährleistet werden. Wer lange in Deutschland lebt, muss hier bleiben können, ganz egal wie er hierhergekommen ist.
- *Kinder- und Menschenrechte gelten für alle – Kinderrechtskonvention umsetzen!* (…)“[1]

Regelmäßig hatte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) die statistischen Zahlen derer erhöht, die sich auf die Flucht begeben haben. Die Gründe dafür sind bekannt und vielfältig:

- Heute gibt es rund 20 Millionen Klimaflüchtlinge (Tendenz steigend).[2]
- In 2017 herrschte in fast jedem siebten Land der Erde Krieg.[3]
- Ebenfalls in 2017 hat die Systematisierung von Diskriminierung weltweit zugenommen.[4]
- Dazu kommen Gründe wie Perspektivlosigkeit, Armut und Landraub.[5]

Die Ankunft der geflüchteten Menschen in Europa und Deutschland hat im Wesentlichen zu zwei entgegengesetzten Reaktionen geführt. Einerseits zu einer Stärkung eines exklusiven Nationalismus (Pegida, AfD) und andererseits zur sogenannten Willkommenskultur. Kürzlich äußerte Altbundespräsident Joachim Gauck, dass der Begriff der Willkommenskultur an Glanz verloren habe.[6] Politische Bildung ist nun dazu aufgefordert, an den alten Glanz anzuknüpfen. Sie kann dies leisten, indem sie auf Seiten der in Deutschland lebenden Menschen entschieden der ablehnenden Haltung gegenüber Geflüchteten entgegentritt, indem sie sich für eine Haltung entsprechend einer Willkommenskultur stark macht und indem sie letztlich auf Seiten der Geflüchteten den Weg einer partizipativen Inklusion ermöglicht. Was aber gilt es dabei zu beachten? Welchen Herausforderungen müssen sich die politischen Bildner/-innen stellen und wie kann ein Gelingen ermöglicht werden?

Einer breiten Öffentlichkeit ist das Konzept der Inklusion noch nicht bekannt. Vielmehr werden Migrantinnen und Migranten oft dazu aufgefordert, sich in das bestehende demokratische System zu integrieren. Was aber, wenn das bestehende System gar nicht demokratisch ist? Enrique Dussel zufolge basiert eine demokratische Ordnung unter anderem auf der Anerkennung von Andersartigkeit. Anerkennung für Migrantinnen und Migranten darf in der Konsequenz also kein regulatives Ideal bleiben, welches zukünftiges Handeln orientieren soll. Vielmehr ist eine Kultur der Anerkennung eine notwendige Voraussetzung für eine demokratische Ordnung (vgl. die Ausführungen dazu und die Bezugnahme auf

Dussel 2013 bei De La Rosa 2017, S. 8). Nadine Sylla, Marianne Genenger-Stricker und Norbert Frieters-Reermann konstatieren eine einseitige Integrationsanforderung, die sich ausschließlich an die Geflüchteten richtet und einen konstanten Druck auf sie erzeugt, einerseits bestimmte – aber nicht näher definierte – Leistungen zu erbringen und sich an ein komplexes System anzupassen bzw. diesem unterzuordnen, welches ihnen nach wenigen Monaten immer noch nur fremd sein kann (vgl. 2018, S. 20). Andererseits wird den Migrantinnen und Migranten gleichzeitig ein Narrativ aufgedrängt, das sich mit folgender Aussage eines Geflüchteten zusammenfassen lässt: „Du hast kein Land mehr, du musst jetzt ein Flüchtling sein." (Kuhnle 2018, S. 98)

Es wurden bereits drei wesentliche Aspekte genannt, die einen Beitrag zu gelingender Inklusion ermöglichen können: die Perspektive auf Inklusion als notwendige Voraussetzung einer demokratischen Ordnung, das reflexive Verhältnis zur Bedeutsamkeit von Sprache und die Beteiligung von Geflüchteten am Diskurs. Es wird auf diese Aspekte noch weiter eingegangen, jedoch soll zuvor von Herausforderungen für eine gelingende *Integration* (nicht Inklusion) gesprochen werden, wie sie der Politikwissenschaftler und Soziologe Aladin El-Mafaalani benennt. Er erklärt, dass Differenz- und Fremdheitserfahrungen insbesondere im Kontext gelungener Integration entstehen. Das liegt daran, dass sich integrierte Minderheiten organisiert und selbstbewusst Gehör verschaffen können, dabei

Projekt Revealing Colonialism – eine Kooperation von Jugendbildungsstätte Kaubstraße und EJBW

Angesichts der Bezeichnungen *Flüchtlinge, Geflüchtete oder Migranten* muss sich die politische Bildung immer auch die Frage stellen, inwiefern sie sich an diesem sprachlich induzierten Reduktionismus beteiligt, denn ein Mensch ist mehr als die Summe seiner (geographischen) Lebensumstände. Sprache ist an der Reproduktion von Ungleichheitsverhältnisse beteiligt. Etwaige Prozesse der Zuschreibung implizieren ein Hineindrängen in eine Opferrolle. Formulierungen wie bspw. die *Flüchtlinge*, die *Integrierten* oder auch die *Problematischen* sind eine Form von Rollenzuschreibung und mindestens solange illegitim, wie sie aus einem *Sprechen über die Anderen* resultieren (vgl. Riegel 2017, S. 18 ff.). Politische Bildung muss also einerseits reflektieren, welcher hegemonialen Wissensbestände und sprachlichen Konventionen sie sich bedient und andererseits Partizipationsräume für etwaige Diskurse schaffen, die es Geflüchteten ermöglichen, zu Wort zu kommen.

ihre eigenen Anliegen vertreten und Ansprüche artikulieren. In der Konsequenz entstehen Verteilungs- und Interessenkonflikte. Der Autor erwähnt das Beispiel des Tragens von Kopftüchern am Arbeitsplatz, was als unproblematisch empfunden wurde, solang nur wenig prestigeträchtige Tätigkeitsfelder betroffen waren. Als jedoch zunehmend muslimische Frauen mit Kopftuch in Positionen mit höherem Ansehen aufstiegen, wurde diese Differenz zum Austragungsort struktureller und politischer Diskriminierung. El-Mafaalani versteht diesen Zusammenhang als einen Mechanismus, der sämtliche Minderheiten betrifft. Integration führt zu einer Sichtbarkeit bzw. zu einer zunehmenden Wahrnehmung und Thematisierung von Diskriminierungserfahrungen, was letztlich Konflikte schürt (vgl. El-Maafalani 2018, S. 12. f.). In dem Zusammenhang von selbstbewusster Interessenvertretung von Minderheiten und der Sichtbarkeit von Diskriminierungserfahrungen

sieht El-Mafaalani einen Grund für das Erstarken rechter Tendenzen in Deutschland und Europa. Er betont daher: Die Annahme, gelungene Integration verhindere rassistische und extremistische Tendenzen, sei unzulässig. Ebenso für unzulässig erachtet er die Bewertung von sozialen Konflikten als ausschließlich problematisch und durch die Konstruktion einer geteilten Leitkultur zu bewältigen. Vielmehr sind für ihn Aushandlungsprozesse und der konstruktive Umgang mit Spannungsverhältnissen und Konflikten wesentliche Dreh- und Angelpunkte einer Migrationsgesellschaft (vgl. ebd., S. 14). Vor diesem Hintergrund ergeben sich zwei Konsequenzen für die politische Bildung: Zum einen wäre es falsch anzunehmen, dass politische Bildung dann ihren Auftrag erledigt hat, wenn eine Person, Gruppe oder Minderheit als integriert betrachtet wird. Zum anderen lässt sich an dieser Stelle die Rolle der politischen Bildung im Hinblick auf Konfliktbewältigungsstrategien und ein konstruktives Miteinander betonen.

Entgegen solcher Überlegungen wird in der medialen Öffentlichkeit und auf politischer Ebene immer wieder die Idee einer Leitkultur forciert. Dabei wurde und wird wiederholt die Frage gestellt, ob der Islam zu dieser Kultur bzw. zu Deutschland gehöre. Der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat 2006 im Rahmen der Islamkonferenz erstmalig gesagt: „Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas. Er ist Teil unserer Gegenwart, und er ist Teil unserer Zukunft." Seine Äußerung blieb im Wesentlichen kaum kritisiert. Erst als Christian Wulff (CDU) 2010 das Amt des Bundespräsidenten antrat und Schäubles Aussage wiederholte, löste diese Aussage eine Kontroverse aus, an der sich Politiker/-innen aller im Bundestag vertretenen Parteien und Personen des öffentlichen Lebens beteiligten und nach wie vor beteiligen (vgl. Meier-Braun 2015, S. 124 f.). Innerhalb dieser Auseinandersetzung wird die Idee einer Identität politisiert und letztlich instrumentalisiert.

Die Aufforderung, sich ausschließlich einem bestimmten Kollektiv (auf Basis einer Nationalität, Ethnie, Kultur, Religion, Geschlecht oder Sexualität) zuzuordnen, negiert kollaborative und inklusive Momente und verhindert letztlich Bildung: „Wer sich im Kommunikationszusammenhang einer singulären Gemeinschaft bewegt und auf deren exklusive soziale Anerkennung angewiesen ist, wird kaum in der Lage sein, die für eigenständiges Denken erforderliche soziale und kognitive Distanz zu entwickeln." (Scherr 2017, S. 12) An dieser Stelle ist es Aufgabe politischer Bildung, als Vermittlungsinstanz durch das Praktizieren kritischen Denkens und Hinterfragens von vermeintlichen kulturellen Selbstverständlichkeiten zwischen dem Spannungsverhältnis eines anthropologischen Zugehörigkeitsbedürfnisses und dem Streben nach Autonomie zu vermitteln. Kulturelle Gleichheit muss immer auch bedeuten, dass die Migrierten ebenso das Recht haben, die eigene individuelle kulturelle Tradition zu pflegen, wie „die Einheimischen". Darüber hinaus geht der Politikwissenschaftler Dieter Oberndörfer davon aus, dass die Frage nach der gelungenen Integration im Hinblick auf sich pluralisierende und flexibilisierende Lebensverhältnisse nicht zu beantworten ist. Die Dynamik etwaiger Prozesse der Veränderung von Lebensformen steht einer Festschreibung von Kultur entgegen. Inklusion von Migrantinnen und Migranten ist nicht möglich ohne die Akzeptanz und Anerkennung ihrer Verschiedenartigkeit (vgl. Oberndörfer 2018, S. 5f.). Politische Bildung ist also auch dazu angehalten, Menschen dazu zu befähigen, Andersartigkeit nicht nur auszuhalten, sondern deren Charakter des Unbestimmten als wertvollen Ausgangspunkt zu begreifen.

Niemand wird mit einer demokratisch-partizipativen Haltung geboren. Deshalb sollen in der hier vertretenen Perspektive Anhaltspunkte gebündelt werden, die Orientierung für Projekte der außerschulischen politischen Bildung im Kontext von Flucht und Migration sein können. Dazu zählen die Perspektive auf Inklusion als notwendige Voraussetzung einer demokratischen Ordnung, zählt, das reflexive Verhältnis zur Bedeutsamkeit von Sprache herauszuarbeiten sowie die Beteiligung von Geflüchteten am Diskurs zu ermöglichen. Gerade im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII, § 11), einer Grundlage der außerschulischen politischen Bildung in Deutschland, darf politische Bildung Inklusion nicht als einen abzuschließenden Prozess verstehen, sondern muss

diesen kontinuierlich aufrechterhalten und begleiten. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Entwicklung einer demokratischen Haltung sowohl auf Seiten der bereits in Deutschland lebenden Menschen als auch auf der Seite derer, die zuziehen. Die Bewältigung von Konflikten, der konstruktive Umgang mit Spannungsverhältnissen und die Anerkennung von Andersartigkeit bilden im Unterschied zu einer diffusen Annahme einer gesamtgesellschaftlich geteilten Leitkultur eine wertvolle Basis für ein inklusives Miteinander.

Wie aber lassen sich diese Annahmen systematisieren oder in Handlungsempfehlungen übertragen? Heute wird immer noch häufig auf den *Beutelsbacher Konsens* verwiesen, der erstens die Indoktrination von Schüler/-innen verbietet (auch wenn die Doktrinen auf ethischen Prinzipien basieren), zweitens die Kontroversität unterschiedlicher Standpunkte als wichtig erachtet und drittens auf die Befähigung von Schülerinnen und Schülern zur Analyse politischer Situationen und der eigenen Interessen abzielt.[7] Auch 40 Jahre nach seiner Formulierung hat der *Beutelsbacher Konsens* nicht an Aktualität und Bedeutsamkeit für politische Bildung verloren – er kann nach wie vor als Basis pädagogischer Projekte

handlungsorientierend sein. Dennoch wurde er gezielt für den schulischen Kontext formuliert und ist wenig differenziert. Weniger als Alternative, sondern vielmehr als Ergänzung zu diesem Konsens kann die *Frankfurter Erklärung* (2015) verstanden werden. Diese Erklärung einer kritisch-emanzipatorischen politischen Bildung fokussiert auf Aspekte jenseits des *Beutelsbacher Konsenses*, eben solcher wie Machtkritik, Reflexivität und in einem emphatischen Sinn auch Ermutigung und Veränderung.[8]

In diesem umfassenden Sinn muss außerschulische politische Bildung also nachhaltige und synergetische Angebote schaffen, die inklusiv und niederschwellig sind. Sie muss Gelegenheiten schaffen, Lern- und Bildungsorte aufzusuchen, die ermöglichen, das Verbindende der unterschiedlichen Kulturen zu entdecken und in multiperspektivischer Auseinandersetzung eine wertschätzende Anerkennung von Differenz zu fördern. Dies kann nur gelingen, wenn Zuschreibungen in ihrer Verflechtung in Machtverhältnisse reflektiert und transparent gemacht werden. Darüber hinaus sollte jede/r Einzelne dazu befähigt werden, seine/ihre eigene Beteiligung an der Reproduktion von Machtverhältnissen kritisch zu hinterfragen und in eine Haltung zu transformieren, die allseitige Partizipation ermöglicht und anerkennt.

Heute ist Migration ein Phänomen, das alle Lebensbereiche berührt, durchzieht und auch alle Individuen tangiert. Deshalb darf Inklusion nicht als ein einseitiger Prozess verstanden werden, bei dem eine ausschließliche Bringschuld auf Seiten der Geflüchteten liegt. Politische Bildung muss also letztlich erreichen, dass Geflüchtete weder als „nur hilfsbedürftig" angesehen werden noch sich selbst der Zuschreibung der „Hilfsbedürftigkeit" unterwerfen. Es muss darum gehen, dass Geflüchtete als politische Subjekte anerkannt werden und diese sich auch als solche verstehen. Oder wie es das Bundesjugendkuratorium schon 2002 beschrieb: Außerschulische (politische) Jugendbildung „ist nicht nur Wissenserwerb. Im Verständnis der Jugendarbeit ist sie zu verstehen als Befähigung zu eigenbestimmter Lebensführung, als ‚Empowerment', als Aneignung von Selbstbildungsmöglichkeiten. Im Kindes- und Jugendalter ist Bildung als ‚eigensinniger' Prozess des Subjektes von grundlegender Bedeutung für dessen Entwicklung und Hineinwachsen in Kultur und Gesellschaft." (Bundesjugendkuratorium 2002, S. 22) ■

[1] www.dbjr.de/artikel/deutschland-als-migrationsgesellschaft-gestalten, Kursivsetzung im Original; Zugriff auf diesen und alle anderen in diesem Abschnitt genannten Links: 01.05.2018

[2] Vgl. www.klimaflucht.de/klimawandel-und-flucht

[3] Vgl. https://hiik.de/konfliktbarometer/aktuelle-ausgabe

[4] Vgl. www.amnesty.org/download/Documents/POL1067002018ENGLISH.PDF

[5] Vgl. www.oxfam.de/system/files/20160118-wirtschaftssystem-superreiche.pdf; www.frieden-fragen.de/entdecken/weltkarten.html

[6] Vgl. www.zeit.de/2018/17/einwanderung-deutschland-fluechtlinge-integration-joachim-gauck

[7] Vgl. www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens

[8] Vgl. https://sozarb.h-da.de/index.php?id=586

© Grafik: Mei Key To

Bericht aus der Praxis

Mišto aljan! – Trainerinnen und Trainer für Seminare zu Gadje-Rassismus gewinnen

Mišto aljan bedeutet herzlich Willkommen auf Romanes und war der Titel des ersten Einstiegsseminars der Jugendbildungsstätte Kaubstraße im Mai 2017 für Interessierte, Multiplikatorinnen/Multiplikatoren und Quereinsteiger/-innen, die sich selbst als Teil der Roma oder Sinti Communities in Berlin sehen.

In unserem Projektjahr zu Gadjé-Rassismus war dieses Einstiegsseminar Teil unserer eigenen Auseinandersetzung mit Machtstrukturen und Privilegien, Otheringprozessen und Fallstricken der Rassismusreproduktion in unserer Bildungsarbeit. Eine Auseinandersetzung mit der Frage: Wie wahnsinnig ist es eigentlich, als Gadjé-Verein ein Projekt zu Gadjé-Rassismus zu machen?

Wir haben zu einem zweieinhalbtägigen didaktischen, methodischen und thematischen Einstieg eingeladen für alle, die ein Interesse daran haben, in die politische Bildungsarbeit einzusteigen. Folgende Themen wurden angeboten:

- Wie vermittle ich Lerninhalte?
- Welche Methoden sind wofür geeignet?
- Wie leite ich gruppendynamische Übungen an?
- Wie moderiere ich Gruppendiskussionen?
- Welche Inhalte brauche ich, um für das Thema Rassismus gegen Sinti und Roma zu sensibilisieren?

Es war ein großer Erfolg, dass sich 13 Teilnehmende gemeldet haben, von denen wir 8 begeistern konnten, weiterhin mit uns zusammenzuarbeiten und uns bei unseren Seminaren zu unterstützen. Unsere dadurch gewonnenen neuen Kolleginnen und Kollegen hospitierten zunächst bei einem Seminar zu Gadje-Rassismus, um dann bei den folgenden selbst als Trainer/-innen tätig zu sein. Bereits die Hospitationen werden dabei vergleichsweise fair honoriert.

Die zweieinhalbtägigen Einführungen waren geprägt von gegenseitiger Neugier und Offenheit. Da fast alle Teilnehmenden bis dahin keine Berührungen mit außerschulischen Bildungsseminaren hatten, auch nicht als Teilnehmende selbst, war zu Beginn unter ihnen die Aufregung sehr groß. Schließlich hatten wir ja alle eingeladen, möglicherweise unsere neuen zukünftigen Kolleginnen und Kollegen zu werden und selbst genau solche Seminare zu leiten. Nachdem sehr schnell deutlich wurde, dass unsere Bildungsarbeit sehr wenig bis gar nichts mit der ihnen bekannten schulischen Bildung zu tun hat, legte sich die Aufregung etwas. Die Stimmung in den Seminaren mit Personen aus den Roma oder Sinti Communities war von Anfang sehr locker und freundlich, was insbesondere auch daran lag, dass auch das Seminarleitungsteam zur Hälfte aus Angehörigen der Minderheit bestand. So konnten

viele für die Community vermeintlich typischen Gewohnheiten nochmal auf einer anderen Ebene kritisch hinterfragt, viele Späße auf Romanes gemacht und schnell eine vertraute Atmosphäre geschaffen werden.

Ziel dieser Einstiegstage war neben der Gewinnung neuer Kolleginnen und Kollegen aber auch immer, die Teilnehmenden an für sie sonst nur sehr schwer zugänglichen Ressourcen zu beteiligen, ihre persönlichen individuellen Kompetenzen wertzuschätzen und ihre politische Selbstbestimmung zu stärken. Sie sollten zur Entdeckung der eigenen Stärken ermutigt werden, ihre Talente und Fähigkeiten sollten gekräftigt und Ressourcen freigesetzt werden, mit deren Hilfe sie für sich und ihren Alltag neue Perspektiven bekommen.

Das Erfreulichste und gleichzeitig Wichtigste war für uns die Beobachtung, genau dieses zweite Ziel erreicht zu sehen, also mitverfolgen zu können, wie die Teilnehmenden in diesen zweieinhalb Tagen mehr und mehr „aufgeblüht" sind. Es hat ihnen sichtlich gut getan, dass ihr Dasein allein schon ausreicht, um wertgeschätzt zu werden, und all die Erfahrungen und Kenntnisse, die sie ganz persönlich gemacht haben, von großer Bedeutung für unsere gemeinsame Arbeit ist.

Die Methoden und Inhalte, die sie später anwenden und weitergeben sollen, haben sie hier erst einmal als Teilnehmende kennengelernt und haben zudem in Form von Hospitationen die Möglichkeit erhalten, das Kennengelernte selbst auszuprobieren und zu vertiefen. Wir freuen uns sehr, dass wir die Begeisterung und Euphorie aus diesem Einstiegsseminar bis jetzt mitnehmen konnten und in unseren Seminaren 2018 zu Gadje-Rassismus gemeinsam mit den neuen Kolleginnen und Kollegen arbeiten können. ■

Kerem Atasever,
Alte Feuerwache e. V.,
Jugendbildungsstätte Kaubstraße

© Grafik: Mei Key To

Bericht aus der Praxis
Let´s organize education! –
Train the trainer-Ausbildung von Black/People of Colour (B/PoC)[1] zum/zur Trainer/-in in der politischen Jugendbildung

Wow, damit hatten wir nicht gerechnet: Die Resonanz auf unsere Ausschreibung für angehende Trainer/-innen in der politischen Jugendbildung war enorm. Sie richtete sich explizit an junge Menschen, die sich als Schwarze, Menschen *of Colour* positionieren bzw. junge Menschen mit Flucht- und/oder Migrationsgeschichte. Gleich einem Schneeballeffekt verbreitete sich die Ausschreibung über unsere üblichen Wege hinaus auf zahlreichen Mailinglisten, sodass am Ende die Anzahl der Anmeldungen die Zahl der Plätze weit überstieg. Hatten wir anfangs geplant, mit maximal 20 Teilnehmenden zu beginnen, da sich Gruppen erfahrungsgemäß im Laufe eines Projekts aus verschiedenen Gründen verkleinern, so waren wir am Ende positiv beeindruckt, dass 19 junge Menschen aus ganz Deutschland engagiert am Ball blieben und die Ausbildung erfolgreich beendet haben.

Warum konzipieren wir eine Ausbildung explizit für B/PoC und Menschen mit Flucht- und/oder Migrationsgeschichte?
Ausgehend von der Erkenntnis, dass wir in einer Gesellschaft leben, die von sozialer Ungleichheit geprägt ist und in der Diskriminierung und Rassismus eine zentrale Funktion für die (Re-)Produktion von Ungleichheit hat, sehen wir als Bildungsträger es als unsere Aufgabe an, die Auseinandersetzung mit Migration und Rassismus und der Positionierung zu diesen Verhältnissen zu fördern. Die Jugendlichen in den Seminaren, Schulklassen, Workshops etc. brauchen dann aber auch Gesprächspartner/-innen, die bei diesen Themen nicht mit Abwehr und Verharmlosung reagieren oder die aufgrund fehlender Auseinandersetzungen und gesellschaftlicher Positionierung möglicherweise Stereotypisierungen und Diskriminierungen reproduzieren. Der Einsatz von B/PoC-Trainer/-innen

„Warum es das (eine Ausbildung für B/PoC; Anm. dock europe) braucht, ist, dass Menschen angesprochen und ermutigt werden, sich als politische Bildnerin zu sehen. Dass ihnen vermittelt wird, ich kann das auch, ich habe wichtiges Wissen. Auch die Anerkennung von Erfahrungswissen und nicht nur formalen Wissens halte ich für sehr wichtig. Blöd ist ja immer die Situation, wenn weiße Personen konzeptionieren und damit Praxis und Kampf nicht sichtbar wird, weil er nicht in ein deutsches Bildungssystem passt. Weiß nicht, was es gibt –aber ich kann sagen, dass da vorher viele von uns auch gar nicht in solche Kreise reinkamen."

(Zitat einer Teilnehmerin der Ausbildung)

ist hier unerlässlich. Und dies einmal mehr, wenn es sich um Seminarteilnehmende handelt, die Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen gemacht haben und darin gestärkt werden sollen, gegen ihre Ausblendung und Marginalisierung bzw. Pathologisierung einzutreten.

Generell ist in der Realität der politischen Bildungsarbeit eine eklatante Unterrepräsentanz von B/PoC festzustellen, eine Wahrnehmung, die viele Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern teilen.

Wenn nun in Bildungseinrichtungen – wie auch bei uns – zum wiederholten Mal festgestellt wird, dass B/PoC-Teamer/-innen schwer oder gar nicht für Seminare oder Workshops zu finden sind und sich daran offensichtlich trotz aller vermeintlichen diversitätssensiblen Offenheit der Einrichtung nichts ändert, dann sehen wir uns gefordert, neben den gesellschaftlichen Machtverhältnissen die (eigene) institutionelle Situation zu analysieren.

Weiße Dominanzstrukturen spiegeln sich auch (noch) in unserer Einrichtung wider: 70 % der Mitarbeiter/-innen bei *dock europe* sind weiß positioniert. Dies wird sich selbstverständlich nicht von heute auf morgen ändern. Die Konzeption und Durchführung der Ausbildung „Let´s organize education" ist für uns ein Schritt hin zu einer Bildungseinrichtung, in der B/PoC-Teamende sichtbar und selbstverständlich sind. Eine diskriminierungs- und diversitätssensible Organisationsentwicklung begleitet uns bei der weiteren Umsetzung dieses Vorhabens.

Curriculum der Ausbildung

Die Teilnehmenden haben in vier Modulen zwischen zwei und fünf Tagen grundlegende Skills als Teamer/-in der politischen Bildungsarbeit sowie Methodenkenntnis und -training erlernen und erproben können. Gestartet wurde mit einem viertägigen Empowerment-Workshop, in dem die Teilnehmenden zum einen in der Rolle als Teilnehmende saßen, jedoch die Methoden auf der Metaebene reflektierten, sich mit ihrer eigenen Biografie auseinandersetzten und einen praktischen Einblick in die Methodenvielfalt bekamen. Zudem gab es einen Input über Kolonialisierung und dessen Auswirkungen bis in die Gegenwart. Das gesamte Modul wurde bewusst ausschließlich von B/PoC-Kolleginnen und -Kollegen geleitet, um den Teilnehmenden insbesondere in Bezug auf die Biografiearbeit einen geschützten Rahmen zu bieten. Ein Monat später folgte das fünftägige Modul „Doing education!" Neben der Methodenkenntnis auf theoretischer und praktischer Ebene standen hier die Auseinandersetzung mit dem *Beutelsbacher Konsens*, dem Konzept „Civic education" sowie Rassismus-Theorien und Antidiskriminierungsansätzen auf dem Programm.

Weitere Module mit den Titeln „Framing education" und „Reflecting education – network and perspective" befassten sich mit der Rolle als B/PoC-Teamer/-in, mit Methoden der Selbstreflexion, mit dem Ablauf von Teameinsätzen und der Kommunikation mit Einsatzorten (von A wie Auftragsklärung bis V wie Vertrag). Und schließlich gab es Einzelgespräche zur Auswertung der Ausbildung auf persönlicher Ebene sowie über die perspektivischen Möglichkeiten als Teamer/-in.

Zwischen den einzelnen Modulen boten Peergroups sowie die stete Ansprechbarkeit der Projektleitung wichtige Räume zur intensiven Auseinandersetzung mit der zukünftigen Rolle als politische Bildner/-in und zu politischen Fragen.

Ein weiteres wichtiges Element war die Umsetzung eines ersten Praxisprojekts. Innerhalb des Zeitraums der Ausbildung führten die Teilnehmenden einen ½-tägigen oder ganztägigen Workshop im Themenfeld „Flucht und Migration" in Einrichtungen der Jugendhilfe oder in Schulen durch. Die in diesem Zusammenhang im Vorfeld praktizierte Arbeitseinheit „Sprechen in der (Seminar-)Öffentlichkeit", in der die Teilnehmenden ermuntert wurden, sich nach einer Vorbereitungszeit mittels Mikrofon vor die Seminargruppe zu stellen, war hierfür sehr hilfreich.

Wie geht es weiter?

Im Feedback schätzten die Teilnehmenden sehr die inhaltlich fundierten und umfangreichen Module der Ausbildung, wünschten sich aber in Hinblick auf die einen und anderen Skills, das Gelernte weiter zu vertiefen (z. B. zu Konfliktmoderation, Umgang mit schwierigen Gruppen in Seminaren; wie werden Herrschaftsverhältnisse „besprechbar", wie kann

diskriminierungskritische Bildungsarbeit präventiv/proaktiv bei Seminaren verankert werden; Awareness-Konzepte …).

Zudem entwickelten sich im Laufe des ersten Ausbildungsdurchgangs spezifische Bedarfe: Methoden beispielsweise mit Gruppen, in denen nur B/PoC teilnehmen oder Gruppen, in denen die Teilnehmenden gemischt sind, erfordern entsprechend der Thematik unterschiedliche Herangehensweisen und Aufmerksamkeiten. Auch in Hinblick auf gemischte Teamzusammensetzungen ist es wichtig, diversitätssensible Thematiken zu berücksichtigen und sich diskriminierungskritisches Wissen anzueignen. B/PoC-Teamende haben aktuell (noch) wenige Möglichkeiten, auf Erfahrungswerte anderer B/PoC-Kolleginnen und -Kollegen in der Jugendbildungsarbeit zurückzugreifen.

Train the trainer advanced

Wir haben nochmal nachgelegt. Bevor wir jedoch – trotz offensichtlicher Bedarfe – erneut einen Grundausbildungsgang initiieren, möchten wir den Fokus zunächst auf die Weiterbildung und Stärkung der Praxiserfahrungen unserer neu gewonnenen Kolleginnen und Kollegen lenken und weitere Handlungskompetenzen vermitteln bzw. inhaltlich vertiefen. Aktuell läuft daher eine weitere Runde von Qualifizierungsmodulen, die gemeinsam mit ihnen entwickelt wurden.

Angesprochen sind hier auch weitere interessierte und bereits in der Bildungsarbeit tätige B/PoC. Damit soll gewährleistet werden, dass sich auch über die Gruppe hinaus das Netzwerk erweitert, die Teilnehmenden im Austausch von unterschiedlichen Erfahrungen profitieren und gemeinsame Projekte auf den Weg bringen.

Vierteljährlich finden Intervisionsgruppen statt, in denen Handlungskompetenzen zur Praxisreflexion und kollegialen Fallberatung vermittelt und erprobt werden. Die Teilnehmenden reflektieren auf Grundlage ihrer eigenen praktischen Erfahrungen ihre Rolle in der diskriminierungskritischen Bildungsarbeit, bearbeiten Potenziale und Fallstricke. Darüber hinaus soll ein B/PoC-Trainer/-innen-Pool Ausgangspunkt für den Einsatz der Kolleginnen und Kollegen sowohl in unseren als auch in Seminaren und Workshops anderer Träger werden und eine nachhaltige Anbindung in der politischen Bildungslandschaft ermöglichen. Anfragen an unsere neuen Kolleginnen und Kollegen vermitteln wir sehr gern weiter!

Urte Bliesemann,
dock europe e. V. – Internationales Bildungszentrum

[1] „(…) PoC ist eine selbst gewählte Bezeichnung von verschiedensten Menschen, die sich als nicht-weiß definieren. In der Mehrheitsgesellschaft gilt weiß nach wie vor als Norm und nicht-weiß als Abweichung davon. Was PoC miteinander verbindet, sind geteilte Rassismuserfahrungen, Ausgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft und kollektive Zuschreibungen des ‚Andersseins'. In weiß dominierten Gesellschaften sind nicht-weiße Menschen seit der Kolonialzeit von Rassismus und Diskriminierung betroffen – bis heute." (Adomako 2017)

Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten der Projektgruppe „Flucht und Migration"

Jennifer Farber
Vogelsang IP gGmbH – Akademie Vogelsang IP
www.vogelsang-ip.de
jennifer.farber@vogelsang-ip.de

Alexander Nordt
Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e. V. – JugendAkademie Segeberg
www.vjka.de
alexander.nordt@vjka.de

Kerem Atasever
(Projektgruppenkoordinator)
Alte Feuerwache e. V., Jugendbildungsstätte Kaubstraße
www.kaubstrasse.de
kerem@kaubstrasse.de

Urte Bliesemann
dock europe e. V. – Internationales Bildungszentrum
www.dock-europe.net
urte.bliesemann@dock-europe.net

Iwona Domachowska
Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
www.gsi-bevensen.de
iwona.domachowska@gsi-bevensen.de

Christian-Friedrich Lohe
Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
www.ejbweimar.de
lohe@ejbweimar.de
gehre@ejbweimar.de

Marcelo Trautmann
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e. V.
www.boell-brandenburg.de
trautmann@boell-brandenburg.de

Deutsche Kolonialgeschichte als Themenfeld der außerschulischen politischen Bildungsarbeit

Bericht aus der Projektgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“

Die Kolonialzeit wird meist als vergangene, abgeschlossene Epoche angesehen und nur selten mit der deutschen Geschichte in Verbindung gebracht. Doch wie die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs ist auch die Kolonialzeit ein Teil deutscher Geschichte, der bis heute Nachwirkungen auf die deutsche Gesellschaft hat.

Aber eine Auseinandersetzung mit den Folgen der kolonialen Gewaltherrschaft und ein öffentliches Erinnern finden kaum statt. Wenn deutsche Kolonialgeschichte überhaupt behandelt wird, geschieht dies meist auf eine verklärende, romantisierende und verharmlosende Art. Auch in der schulischen sowie außerschulischen Bildungsarbeit sind die deutsche Kolonialgeschichte und ihre Kontinuitäten ein marginalisiertes Themenfeld. So besteht nach Jule Bönkost und Josephine Apraku (2016) die Gefahr, dass kolonialrassistische Denk- und Handlungsmuster sowohl anhand von Unterrichtsmaterialien als auch durch unreflektiertes Handeln der Pädagoginnen und Pädagogen reproduziert wird. Wo finden wir als politische Bildner/-innen lokale Anknüpfungspunkte und aktuelle Bezüge für unsere Arbeit? Welche Verantwortung haben wir als politische Bildner/-innen? Welche Themen sind relevant und mit welchen Methoden lassen sie sich am besten bearbeiten? Mit diesen und weiteren Fragen befassten wir uns im Jahr 2017 in der Projektgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“.

„Historische Bildung wird nicht nur von kolonial-rassistischen Vorstellungen beeinflusst und reproduziert diese. Geschichtsbildung und ihre Geschichten produzieren selber Rassismus, sie sind Teil der Strukturen und diskriminieren damit Menschen.
(...) ‚Normales' (Geschichts-)Lernen ist hierzulande insofern koloniales (auf Kolonialität/Ungleichheit ausgerichtetes) Lernen."

(Richter 2015, S. 228 ff.).

Die deutsche Kolonialgeschichte und ihre Nachwirkungen

Nur wenigen ist bewusst, dass neben England, Frankreich und Spanien auch das Deutsche Reich an der kolonialen Ausbeutung partizipierte. Deutsche beteiligten sich von Beginn an den Prozessen des europäischen Kolonialismus. Sie segelten mit portugiesischen und spanischen Schiffen nach Amerika und Indien, versuchten Kolonien zu gründen oder profitierten vom Sklavenhandel und von der Zwangsarbeit (vgl. Zimmerer 2013, S. 25 f.). Schon ab dem 17. Jahrhundert bildete sich eine aktive Lobby von Kaufleuten, Händlerinnen/Händlern oder Missionarinnen/Missionaren, die sich für einen deutschen Imperialismus einsetzten (vgl. Kundrus 2011, S. 32). Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 war auch eine Kolonisierung durch den deutschen Staat möglich und mit der sogenannten Afrika-Konferenz in Berlin 1884/85 begann die formale Geschichte des deutschen Kolonialismus. Ab 1884 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs besaß Deutschland Gebiete im heutigen Namibia, Kamerun, Togo, Nigeria, Ghana, Ruanda, Burundi und Tansania in Afrika, Samoa und Papua Neuguinea im Pazifik und Kiautschou in China (vgl. Zimmerer 2012, S. 14). An seiner territorialen Größe gemessen stellte das deutsche Kolonialreich das drittgrößte Europas dar (vgl. Dietrich/Strohschein 2011, S. 116).

Die deutschen Kolonien formierten sich zu einer Zeit, in der sich Rassismusdiskurse schon in ganz Europa verbreitet hatten, sodass sich auch die deutsche Aneignung und Verwaltung der Kolonien auf rassistische Vorstellungen stützte (vgl. Lindner 2011, S. 13 f.). Möglich machte das koloniale Projekt die Erfindung der sozialen Kategorie „Rasse". Durch die Erschaffung eines wilden, unterentwickelten, sexualisierten „Anderen" konnten sich die europäischen Gesellschaften als überlegenes „Wir" konstituieren. Vermischt wurde die Rassenideologie mit einem erstarkenden Nationalismus: Deutschsein wurde gleichgesetzt mit *Weiß*sein und Schwarze Menschen sowie PoC als nicht zum Nationalstaat zugehörig definiert.

***Schwarz** bezeichnet hier keine Hautfarbe oder biologische Eigenschaft, sondern eine gesellschaftliche Position. Sie ist eine emanzipatorische Selbstbezeichnung und wird deshalb groß geschrieben.*

***People of Color (PoC)** ist eine politische Selbstbezeichnung von Personen, die auf unterschiedliche Weise Rassismuserfahrungen machen.*

***Weiß** bezeichnet keine Hautfarbe oder biologische Eigenschaft, sondern eine dominante und privilegierte gesellschaftliche Position.*

Das Ende des Ersten Weltkriegs beendete die formelle Zeit des deutschen Kolonialismus, jedoch nicht die der kolonialen, globalen Machtverhältnisse und der kolonialrassistischen Menschenbilder. Koloniale Bilder, Symboliken und Phantasien dienen auch heute noch der deutschen Identitätskonstruktion. Die Nachwirkungen des Kolonialismus prägen bis heute

weltweit die Ausformungen gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Bereiche (vgl. Franzki/Aikins 2010, S. 9) und somit auch die (politische) Bildung.

Die Gegenwart ist strukturiert durch rassistische Gesellschaftsstrukturen sowie eurozentrische Denkmuster und Wissensformationen. Dies zeigt sich unter anderem in der Normalität der Verwendung von rassistischen Fremdbezeichnungen in Alltagssprache und Medien sowie in der (Re-) Produktion kolonialrassistischer Phantasien in Werbung, Film und Fernsehen.

> ***Kolonialrassismus*** *bezeichnet den Rassismus, der zur Rechtfertigung des Kolonialismus diente. Außerdem den bis in die Gegenwart reichenden Rassismus gegen Schwarze Menschen und People of Color.*
> *(Vgl. Bönkost/Apraku 2016)*

Darüber hinaus sind koloniale Spuren im Stadtraum auffindbar. So ehren in vielen Städten Deutschlands immer noch Straßennamen und öffentliche Plätze worden sind. Verweise auf die Geschichte finden sich an solchen Orten jedoch kaum.

Die Projektgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“ setzte sich 2017 exemplarisch mit den kolonialen Spuren im Stadtraum Bremen auseinander. Als Methode wählten wir hierfür einen geführten, postkolonialen Stadtrundgang. Inhalt und Verlauf des Stadtrundgangs werden im Folgenden kurz skizziert. Zudem wird die Methode auf ihre Umsetzbarkeit für Jugendseminare evaluiert.

Postkolonialer Stadtrundgang als Methode historischen Lernens am Beispiel Bremen

Bremens Reedereien unterstützten bereits im 16. Jahrhundert die englische Freihandelspolitik und machten die Hansestadt zu einem Umschlagplatz englischer Kolonialwaren. Vor allem durch Waren wie Baumwolle, Indigo, Kaffee, Tee, Zucker und Rum erfuhr Bremens Handel einen bedeutenden Aufschwung (vgl. Gatter 2007, S. 19). Der Stadtrundgang führte zunächst zur H.-H.-Meier Allee, die nach dem Bremer

Verbrecher/-innen der Kolonialzeit. Gerade in Hansestädten wie Hamburg oder Bremen reihen sich Reedereien und Firmen aneinander, die durch den „Handel“ von sogenannten Kolonialwaren reich ge-

Kaufmann und Mitbegründer des Norddeutschen Lloyd benannt ist. Die Reederei wurde insbesondere durch den Transport von europäischen Auswanderern in die USA und dem Import von Waren, die von

versklavten Menschen auf Plantagen in den Südstaaten der USA abgebaut worden waren, reich (vgl. Ronacher 2013). Auf die Verwicklungen in die kolonialen Ausbeutungspraktiken des Namenspatrons verweist an den Straßenschildern jedoch nichts.

Der nächste Halt der Stadtführung war die nur wenige Minuten entfernte Lüderitzstraße. Der Bremer Tabakhändler Adolf Lüderitz war einer der ersten deutschen Kaufmänner, der Ländereien in Afrika in Besitz genommen hatte. Durch den sogenannten Meilenschwindel erwarb er fast die Hälfte der Fläche des heutigen Namibias. Dies ebnete den Weg für die Gründung der ersten deutschen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika", wo es in den Jahren 1904–1908 zum ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts kam. Nicht weit vom Bremer Hauptbahnhof befindet sich seit 2009 ein Mahnmal, das an den Völkermord in Namibia erinnert.

Etwa 30 bremische Firmen mit über 200 Niederlassungen beteiligten sich in Westafrika an der Ausbeutung der Kolonien, insgesamt betrug der Anteil am gesamten Handel der Hansestadt 1913 jedoch nur 2,5 % in der Ausfuhr und 0,35 % bei der Einfuhr. Der Wert der Kolonien für Bremen gründete folglich vielmehr auf einem völkischen Nationalismus als auf ökonomischem Gewinnstreben (vgl. Dahlberg u. a. 1992, S. 5). Diese emotionale Verbindung zu den Kolonien begünstigte die Gründung von mehreren Bremer Verbänden und Vereinen, die sich dafür einsetzten, dass Deutschland seine Kolonien, die es nach dem Ersten Weltkrieg an die Siegermächte abgeben musste, wieder zurückgewinnen sollte. Sie versuchten mit öffentlichen Gedenkveranstaltungen, Bildvorträgen und mit

Im Vordergrund: Mahnmal für die Opfer des Genozids in Namibia; im Hintergrund: Antikolonialdenkmal im Zentrum Bremens

inhaltlicher Einflussnahme auf Schulbücher, die Öffentlichkeit von der Wichtigkeit von Kolonien zu überzeugen. Des Weiteren wurden, eingebettet in diese Aktivitäten, Straßennamen geändert, die wie die Lüderitzstraße bis heute bestehen (vgl. ebd., S. 9).

Ihren Höhepunkt erreichten die neokolonialen Bestrebungen wohl in der Errichtung des „Reichskolonialehrendenkmals" 1932, ein zehn Meter hoher, aus roten Klinkersteinen erbauter Elefant. Das Denkmal sollte an die „verlorenen" Kolonien und die in den ehemals deutschen Hoheitsgebieten gefallenen deutschen Soldaten erinnern. Im Dritten Reich kam der Stadt Bremen, die als „Stadt der Kolonien" betrachtet wurde, eine besondere Stellung zu: Das 1935 von „Staatliche Museum für Natur-Völker- und Handelskunde" in „Deutsches Kolonial- und Überseemuseum" umbenannte Museum sollte koloniale Schulungsaufgaben übernehmen, der Bremer Senat erhielt 1937 eine Abteilung für koloniale Fragen, zahlreiche Straßen, Brücken sowie Schulen wurden umbenannt (vgl. Gustafsson 2003, S. 325 ff.) und 1938 tagte in Bremen der Reichskolonialbund (vgl. Gatter 2007, S. 26). Noch bis zum Ende der NS-Zeit blieb der Elefant der wichtigste Ort, an dem in öffentlichen Veranstaltungen Kolonialrevisionismus propagiert wurde (vgl. Zeller 2003, S. 201). Erst am 18. Mai 1990 wurde der Elefant im Rahmen der europaweiten Bewegung „Städte gegen Apartheid" und der Unabhängigkeit Namibias bei einem Namibia-Freiheitsfest in „Antikolonialdenkmal Bremen" umbenannt (vgl. Bauer/Buck/Weisser 2010, S. 68). Heute ist das Denkmal im Zentrum Bremens wohl eines der bekanntesten Zeugnisse der Bremer Kolonialgeschichte, wo unser Stadtrundgang zunächst endete.

Neben diesen Beispielen gibt es noch viele weitere Zeugnisse im Bremer Stadtbild, die auf die Kolonialvergangenheit verweisen. Jedoch treten diese erst mit einer aktiven Beschäftigung mit der Geschichte in den Blick. Außer dem Antikolonialdenkmal und dem Mahnmal für die Opfer des Genozids in Namibia, verweisen keine Gebäude, Straßen oder Firmen aktiv auf die Zusammenhänge mit der Kolonialzeit. Dies war vielleicht eine der ersten Erkenntnisse, die wir nach dem Stadtrundgang zogen.

*Der Begriff **Postkolonialität** enthält drei Dimensionen: die Beschreibung einer historischen Situation nach dem Ende des Kolonialismus; ein theoretisches Konzept zur Kritik kolonial geprägten Wissens; eine Analyse der Kontinuitäten kolonialer Macht – und zwar in den Kolonisierten und in den Kolonisatoren (vgl. Messerschmidt 2007).*

Ein postkolonialer Stadtrundgang bietet sich an, um einen kritischen Umgang mit der Kolonialvergangenheit und ihren Kontinuitäten zu fördern. Die Methode lässt sich beliebig, gemeinsam mit Jugendlichen zu einer „interaktiven Schnitzeljagd", einem Geocaching oder Actionbound weiterentwickeln und ist so als Peer-Projekt gestaltbar. Zudem lassen sich die Themen mit aktuellen Fragestellungen verbinden (wie z. B. mit den Themen Versklavung und moderner Menschenhandel; koloniale Ausbeutung und Zwangsarbeit in der Produktion von Waren und Lebensmitteln und Arbeitsbedingungen; kolonialer Landraub und neokoloniales Landgrabbing). Orte, die für Jugendliche heute wichtig sind, können mit historischen Fragestellungen verknüpft werden und neue Orientierungen und Ankerpunkte in der Gegenwart ermöglichen.

Besonders eignet sich eine Anknüpfung an aktuelle Diskussionen um Flucht und Migration. Denn „(…) die postkoloniale Gegenwart ist eine Gegenwart der Migration, es ist die Gegenwart der Wanderarbeiter und Flüchtlinge (…). Sie erzählen von der postkolonialen Erfahrung – von Versuchen, aus neokolonialer Abhängigkeit herauszutreten (…). Postkoloniale Orte können überall sein, wo die Vagabunden der globalisierten kapitalistischen Zustände ihr Überleben versuchen zu organisieren." (Messerschmidt 2004, S. 2). Mit diesen Verknüpfungen zu aktuellen Fragestellungen lässt sich Kolonialgeschichte im Stadtraum überall bearbeiten. Anknüpfungspunkte können ebenfalls z. B. durch die Analyse der eigenen Schulbücher, durch eine Kritik der Darstellung Schwarzer Menschen in den Medien, der Werbung, in Spendenkampagnen oder durch eine Untersuchung des Warensortiments in Supermärkten mit der spannenden Frage, woher die Supermarktkette Edeka eigentlich ihren Namen hat, gefunden werden.

Für die historisch-politische Bildung zum Thema Kolonialgeschichte eignen sich neben dem hier beschriebenen postkolonialen Stadtrundgang auch viele weitere, in der politischen Bildung bereits erprobte Methoden, von denen zwei im Folgenden kurz skizziert werden:

Theaterpädagogische Methoden

Die Anwendung kultureller, darstellender Methoden in der politischen Bildung bedeutet ganz allgemein formuliert, sich mit der „Welt" auf eine spielerische Weise auseinanderzusetzen und kann als Bildung durch oder mit Kunst beschrieben werden. „Indem wir Theater machen, lernen wir hinzuschauen, das zu sehen, was normalerweise nicht möglich ist, weil wir zu flüchtig schauen." (Augusto Boals Botschaft zum Welttheatertag 2009; übersetzt von Armin Staffler und Marion Matuella)

Theaterpädagogische Arbeit ist immer emanzipatorisch und somit auch politisch. Daher lassen sich nahezu alle theaterpädagogischen Methoden in der politischen Bildungsarbeit nutzen. In diesem Kontext wird aber nur auf das „Szenische Spiel" Bezug genommen, das als Lernform für den Unterricht entwickelt und erprobt wurde und mittlerweile in der Seminararbeit, in der Sozialarbeit oder in der Supervision erfolgreich Anwendung findet. Innerhalb der Bildungsarbeit z. B. des Vereins Jugendkulturarbeit e. V. wurde die Methode des szenischen Spiels für die Arbeit mit heterogenen Jugendgruppen weiterentwickelt. Es ermöglicht den Jugendlichen, sich intensiv mit Figuren und deren Haltungen und Emotionen in sozialen oder historischen Situationen auseinanderzusetzen. Um sich in eine bestimmte Figur und deren Emotionen einfühlen zu können, müssen die Spieler/-innen eine konkrete Vorstellung von ihrer Figur, deren Lebensumständen und Lebensgeschichte und den inneren Zuständen entwickeln. Durch Artikulation von Gefühlen und Konflikten werden die Fähigkeiten zu mehr Selbstwahrnehmung und Reflexion bei den Jugendlichen weiter ausgebildet. Denn: Um sich in andere hineinversetzen zu können, muss der Mensch wissen „wer er ist, wie er sich verhält, wenn er erregt ist; er will auch in der Erregung ein Gefühl für sich und ein Gefühl für den Partner behalten." (Mitscherlich 1963/1973)

Szenische Verfahren helfen durch reflexive und emotionale Zugänge, eine eigene Meinung und Haltung zu entwickeln. Durch das bewusste Wahrnehmen und die Möglichkeit sich auszudrücken, besonders durch die Einbeziehung des Körpers, werden Bildungsprozesse in besonderer Weise möglich. Mit Methoden des szenischen Spiels können komplexe, historische, soziale und kulturelle Themengebiete mit den Teilnehmenden erarbeitet oder überhaupt erst das Interesse an politischen Inhalten durch die darstellende Methode geweckt werden – eine Lernmethode,

Theaterpädagogische Methoden in der politischen Bildung

die selbst die sprödesten politischen Themen lebendig macht und deren Relevanz sichtbar werden lässt. „Theaterspiel (…) ermöglicht etwas, was politische Bildung allein nicht vermag (… Es) erreicht tiefer liegende Schichten als eine an Verstand und Vernunft appellierende politische Bildung, bei der es primär um den Austausch von Meinungen geht, (…) ohne dass die Folgen der verschiedenen Meinungen durch Handeln plastisch werden könnten." (Martens 2012, S. 59) Die Sensibilisierung kann im Umkehrschluss auch auf politische Inszenierungen übertragen werden und helfen, politische Statements von den emotionalen Inszenierungen getrennt zu betrachten.

Geocaching als Methode der politischen Bildung

Geocaching ist eine beliebte und attraktive Freizeitaktivität von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Genau auf diese Methode der „multimedialen und interaktiven Schnitzeljagd" wollen wir in unseren Seminaren zurückgreifen. Es ist ein Spiel, das durch die Teilnehmenden (Geocacher/-innen) eines Seminars selbst gestaltet und geprägt wird. Man hat die Möglichkeit, bereits installierte Caches zu suchen oder selber Caches zu verstecken.

Beim Seminar „GPS-Bildungscaching" oder „Spurensucher" innerhalb des Projektes „Lost Stories Lost Places" des aktuellen forums e. V. wird zunächst bereits installierten Bildungscaches zur Geschichte, zur Erinnerungskultur oder zum Thema Rechtsextremismus gefolgt. Anschließend entwickeln die Teilnehmenden in Kleingruppen in einem Stadtteil ihrer Heimatstadt einen eigenen Bildungscache, der fest installiert zuerst von den anderen Kleingruppen des Seminars getestet und anschließend im Internet auf den entsprechenden Geocaching-Portalen veröffentlicht wird. Diese Caches können in Form von Geschichten oder Rätseln sein. Es können Caches an Orten der Erinnerung sein, in denen z. B. Informationen zum Ort oder Interviews mit Zeitzeugen hinterlegt werden. Diese Caches werden dann mit den Koordinaten auf einer Geocaching-Plattform mit Beschreibungen, Hinweisen eingetragen. Sobald die Caches veröffentlicht sind, können andere Geocacher/-innen sich mit Hilfe von Smartphones oder GPS-Geräten auf den Weg zu den jeweiligen Koordinaten machen.

Im Rahmen der multimedialen und interaktiven Schnitzeljagd können historische Fakten vermittelt, der Blick für neue und unbekannte Elemente geschult sowie allgemein soziale Fertigkeiten und Gruppenprozesse gefördert werden.

Chancen und Herausforderungen einer postkolonialen Perspektive für die politische Bildung

Geschichte entsteht nicht in einem machtleeren Raum. Die Konstruktion dominanter Erzählungen geschieht bisher aus *weißer*, eurozentrischer Perspektive (vgl. Bönkost/Apraku 2015), da aufgrund der Nicht-Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte alte Machtstrukturen weiterwirken. Eine postkoloniale Perspektive ermöglicht kritische Blicke auf die Reproduktion und Produktion kolonialrassistischen Wissens im (historischen) Lernen sowie auf globale Machtverhältnisse und eigene Verstrickungen. Astrid Messerschmidt (2004) spricht in diesem Zusammenhang von „anamnetischer Bildungsarbeit". Wir können einen Teil der deutschen Geschichte bearbeiten, von dem geglaubt wird, dass er nichts mit uns zu tun hat.

Geocacher unterwegs

Die Schulbuchanalyse von Elina Marmer „Image of Africa in Education" zeigt eindrücklich, wie kolonialrassistische Inhalte durch Bildungsmaterialien reproduziert werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese explizit Kolonialismus als Thema behandeln oder nicht. Es geht z. B. um die stereotype Darstellung von Schwarzen

Menschen oder PoC, die Verwendung kolonialrassistischer Sprache oder die Zementierung eurozentrischer Weltbilder. Zudem geht es um die Unsichtbarmachung und Nichtbenennung von PoC. Kinder und Jugendliche *of Color* finden in herkömmlichen Unterrichtsmaterialien kaum positive Identifikationsmöglichkeiten. Öffentliche Erinnerung und Geschichtsschreibung sind meist eingebettet in gegenwärtige Machtstrukturen. Die Art und Weise wer, wie und was erinnert wird, deuten aber auch immer auf konkurrierende Vielfalt in den Erinnerungslandschaften hin. Eine postkoloniale Perspektive kann die Form der herkömmlichen Erinnerungspädagogik verändern und einen anderen Blick auf die Gegenwart ermöglichen. Es kann dazu angeregt werden, marginalisierten Geschichten Raum zu geben und die Verwobenheit von Geschichte zu verdeutlichen. Diese Teilhabe am kollektiven Gedächtnis kann kollektive Traumata bearbeiten und empowernde Prozesse bei Jugendlichen freisetzen.

Im herkömmlichen Schulunterricht und auch in Konzepten wie Globales Lernen oder Bildung für nachhaltige Entwicklung für die außerschulische Bildungsarbeit wird die Kolonialgeschichte meist als abgeschlossene, historische Epoche betrachtet, die lediglich Auswirkungen auf die ehemals kolonisierten Länder hatte. Jegliche Bezüge zu den Auswirkungen auf die Gesellschaften der ehemaligen Kolonialmächte fehlen (vgl. Bönkost/Apraku 2015). Es geht lediglich um das Verstehen von Globalisierungsprozessen und die Herausforderungen für eine nachhaltige „Entwicklung". Postkoloniale Theorie fragt hingegen nach den Bedingungen der Herausbildung dieser globalen Verhältnisse und versucht diese zu überwinden. Dabei ist auch die Dekonstruktion der eurozentrischen Definition von Entwicklung, die den Fortbestand der hierarchischen Machtbeziehungen legitimiert, wichtig. Wenn im Globalen Lernen oder der Bildung für nachhaltige Entwicklung über neokoloniale Ausbeutungsverhältnisse gesprochen wird, werden die gegenwärtigen Machtbeziehungen und die privilegierte Position, aus der weiße Menschen lernen und lehren verschleiert (vgl. Messerschmidt 2004). Eine Aktualität findet postkoloniale Theorie zudem in der Betrachtung des so gern verwendeten Begriffs „Kultur" und der interkulturellen Pädagogik.

> „Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse, bleibt aber ein bloßes Deckbild für den brutalen Herrschaftsanspruch."
>
> *(Adorno 1975, S. 276 f.)*

Hinter dem Begriff Kultur verstecken sich meist dieselben Gedanken und Konzepte von „Wir und die Anderen", wie es bei der Verwendung der Begriffe „Rasse" oder „Ethnie" ist. Menschen werden aufgrund ihrer Herkunft als kulturell homogene Gruppe konstruiert und mit bestimmten Eigenschaften versehen. Diese werden in ein hierarchisches Verhältnis zum eigenen, vermeintlich homogenen Kulturkreis gesetzt. Die interkulturelle Pädagogik produziert dadurch ein migrantisiertes Objekt, dem ein handlungsfähiges Subjekt gegenübersteht (vgl. Messerschmidt 2007).

Eine postkoloniale Perspektive bietet also die Möglichkeit, Rassismus als Herrschaftspraxis, die auch in der politischen Bildungsarbeit wirkt, zu betrachten. Daraus können sich Fragestellungen ergeben, die auf die eigene Praxis zielen: Wer macht politische Bildung? Welches Wissen wird vermittelt? Mit welchen Inhalten und Quellen arbeite ich? Wessen Perspektiven werden darin dargestellt? Wer wird darin nicht repräsentiert? Wer hat Zugang zu meinen Angeboten? Das bedeutet, dass eine postkoloniale Perspektive Pädagoginnen und Pädagogen vor allem zu einem kontinuierlichen selbstreflexiven Lernprozess der eigenen Praxis einlädt (vgl. Bönkost/Apraku 2015, S. 5). ■

Bericht aus der Praxis
Koloniale Spurensuche in Bremen – Lüderitzprojekt

Bremens Rolle im europäischen Kolonialismus veranlasste die Bremer Bürgerschaft im Februar 2016 den Antrag „Bremisches Erinnerungskonzept Kolonialismus" der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD zu beschließen. Im Rahmen dieser bremenweiten Diskussion setzte sich auch das LidiceHaus in Bremen das Ziel, Materialen für die außerschulische Jugendbildungsarbeit zu entwickeln und Bildungsangebote für Schulen bereitzustellen.

Im Senatsbeschluss der Bremer Bürgerschaft heißt es unter anderem: „Von dieser kolonialen Vergangenheit künden noch heute eine Reihe von Straßennamen mit kolonialem Hintergrund in Bremen, z. B. Lüderitzstraße, Vogelsangstraße oder Togostraße. (…) Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, Straßennamen mit kolonialem Hintergrund zu ermitteln und mit Legenden zu versehen." Aufgrund dessen entwickelte die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit, Abteilung Europa und Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Bremen die Projektidee „Aufarbeitung kolonialer Straßennamen Bremen – Namibia". Hierfür wurden Schüler/-innen eingeladen, ein Erinnerungskonzept (beispielsweise Informationstafeln im öffentlichen Raum, öffentliche Veranstaltungen, eine Ausstellung o. Ä.) für die Lüderitzstraße im Bremer Stadtteil Schwachhausen zu erarbeiten. Die Vorschläge sollen dann gemeinsam mit städtischen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren diskutiert und praktisch in der Stadt umgesetzt werden.

So arbeiteten wir drei Tage lang mit 17 Schüler/-innen intensiv zur deutschen und Bremer Kolonialgeschichte. Dabei spielten zum einen historische Gegebenheiten eine Rolle. Ein Schwerpunkt wurde auf die Rolle Bremer Akteurinnen und Akteuren und den Völkermord im damaligen Deutsch-Südwestafrika gelegt. Zum anderen wurden koloniale Kontinuitäten in der Alltagssprache der Jugendlichen untersucht und die Geschichte diskriminierender Begriffe sowie Unterschiede von Selbst- und Fremdbezeichnungen herausgestellt.

Die Teilnehmenden sollten sich selbst eine Haltung zur Kolonialgeschichte erarbeiten und diskutieren, welche Form von Erinnerung sie für am angemessensten halten. Die Schüler/-innen konnten sich abschließend nicht auf ein gemeinsames Erinnerungskonzept verständigen – die Meinungen gingen von Umbenennung der Straße bis zur Anbringung einer Erklärtafel auseinander. Es ist ein weiteres Seminar geplant, in dem an einer konkreten Idee für ein Modell für die Lüderitzstraße gearbeitet wird. ■

Olan Scott Pinto,
Jugendbildungsstätte Bremen –
LidiceHaus gGmbH

Bericht aus der Praxis
Aktuelle Fragestellungen zu historischen Themen am Beispiel des Ruhrkampfs

Mit jungen Geflüchteten, die schon über mehr als nur Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügen, wagten wir uns in dem Workshop „Erinnerungen an zivilgesellschaftliche Gewalterfahrungen" an ein fast vergessenes Kapitel regionaler Geschichte, den „Ruhrkampf", heran und reisten beinahe 100 Jahre zurück in das Jahr 1920 und die junge Weimarer Demokratie. Ausgestattet mit technischem Equipment und begleitet von einem Lokalhistoriker begaben sich die Jugendlichen im verregneten November filmisch auf Spurensuche im Essener Norden. Eine verrostete Gedenktafel, Einschusslöcher an einem Haus nahe des Rhein-Herne-Kanals und eine kleine Ausstellung in dem Altenessener Bezirksbürgeramt geben bescheidenes Zeugnis von den Ereignissen im März 1920 im Ruhrgebiet. Generalstreiks und die Gründung der Roten Ruhr Armee waren die Antworten fronterfahrener Arbeiter auf den reaktionären Kapp-Putsch gegen die junge Weimarer Demokratie.

Es mutete ein wenig schräg an, ein Thema, das wenig Beachtung in der Mehrheitsgesellschaft findet – die meisten Menschen können wahrscheinlich mit den Begriffen Kapp-Putsch, Rote Ruhr Armee usw. wenig anfangen – mit jungen Geflüchteten in den Blick zu nehmen. Unsere Intention war, Fragestellungen zu diesem historischen Ereignis mit jungen Geflüchteten zu entwickeln und den Transfer zu Bürgerkriegs- und Fluchterfahrungen herzustellen.

Mit historischen und zeitgenössischen Dokumenten, Bild- und Filmmaterial und literarischen Erinnerungen näherten wir uns Aspekten, die den Teilnehmenden aus Syrien, Irak, Afghanistan und Süd-Osteuropa aus politischen oder biografischen Kontexten ihrer Herkunftsländer vertraut waren. Gewalterfahrungen, Generalstreiks, privater Waffenbesitz in der Zivilgesellschaft und die Frage: „Wie lassen sich diese Waffen nachhaltig entsorgen?" standen gleichermaßen auf der Agenda wie die Entwaffnung des öffentlichen Raums sowie gerichtliche und außergerichtliche Vergeltung.

Die Jugendlichen waren dem Thema gegenüber sehr aufgeschlossen, das natürlich auch die Vorschichte zum Ersten Weltkrieg einbezog. Aber da sie wenig Wissen zur deutschen Geschichte hatten, war ihnen eine realistische Einordnung der Ereignisse von 1920 fast unmöglich – aber darum sollte es primär auch nicht gehen. Mehrfach machte ich deutlich, wie wenige Kenntnisse die Mehrheitsgesellschaft über diese Ereignisse zur Verteidigung der Weimarer Republik hat. Was aber sehr interessant war und wo wir spürten, dass unsere Intention aufging, waren die Verknüpfungen, die die jungen Geflüchteten herstellen konnten. Besonders das Thema privater Waffenbesitz, Zusammenleben nach zivilgesellschaftlichen Gewalterfahrungen und Streiks/Generalstreiks interessierten sie. Sie berichteten zum Teil über persönliche Erfahrungen und Erlebnisse in den Familien und äußerten ihre Sorgen über eine mangelnde Perspektive des friedlichen Zusammenlebens in ihren Herkunftsländern.

Richtig anregend wurden die Diskussionen, als Möglichkeiten der Neubegründung von Zivilgesellschaften in den Blick genommen wurden. Da die Jugendlichen nur rudimentär vertraut waren mit zentralen Fragen des Zivilisationsbruchs, dem Zweiten Weltkrieg und der Vernichtung der europäischen Juden, rutschte ihnen manchmal ein Satz raus wie: „Dass das alles in so einem friedlichen Land wie Deutschland geschehen ist." Ein kleiner Exkurs an die Herausforderungen der „Reeducation" durfte hier nicht fehlen.

Spekulationen, welche Erinnerungskulturen und Narrative an Gewalterfahrungen und Zerstörungen in ihren Herkunftsländern gewählt werden, regten nicht nur zur Reflexion der eigenen Geschichtsbilder an. Zwei Jugendliche berichteten ausführlich über Wiederaufbauversuche und erste Formen der Erinnerungskultur in Mossul und Aleppo, zu denen sie eigenständig recherchierten.

Besonders schwierig bei dieser Veranstaltung war die Reduktion der Sachverhalte in einfache Sprache – teilweise übersetzten einige Teilnehmende schwierige oder unbekannte Begriffe ins Englische oder Arabische.

Nachdem wir gemerkt haben, dass dieses historische Ereignis als Ausgangspunkt für biografische und politische Bildung mit jungen Geflüchteten funktionieren kann, wurden die ersten filmischen Dokumentationen zusammengeschnitten – leider war der Exkursionstag so verregnet, das wir evtl. noch einmal mit den Jugendlichen im neuen Jahr nachdrehen müssen. Auf jeden Fall ist die Fortsetzung der Geschichte geplant, denn es gibt noch weitere interessante und versteckte Orte der Auseinandersetzung zwischen Freikorps und Roter Ruhr Armee – zum Teil werden sie noch von Neonazis als Kultstätten bespielt.

Aber das alles erst, wenn das Wetter besser wird. ■

Katja Schütze,
Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V.

Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten der Projektgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“

Verena Reichmann
aktuelles forum e. V.
www.aktuelles-forum.de
v.reichmann@aktuelles-forum.de

Katja Schütze
(Projektgruppenkoordinatorin)
Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V.
www.hu-bildungswerk.de
katja.schuetze@hu-bildungswerk.de

Mareike Mischke
Villa Fohrde – Bildungs- und Kulturhaus e. V.
www.villa-fohrde.de
mischke@villa-fohrde.de

Stefan Nadolny
Soziale Bildung e. V.
www.soziale-bildung.org
s.nadolny@soziale-bildung.org

Gina Schumm
Jugendkulturarbeit e. V.
www.jugendkulturarbeit.eu
g.schumm@jugendkulturarbeit.eu

Olan Scott Pinto
Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH
www.lidicehaus.de
scott.pinto@lidicehaus.de

Dirk Springenberg
Waldritter e. V.
www.waldritter.de
dirk.springenberg@waldritter.de

Giulia Tonelli
Anne Frank Zentrum e. V.
www.annefrank.de
tonelli@annefrank.de

„Es gibt eine Zeit für die Arbeit. Und es gibt eine Zeit für die Liebe. Mehr Zeit hat man nicht“. *(Coco Chanel)*

Bericht aus der Projektgruppe „Arbeit und Lebensperspektive“

Es gibt eine Vielzahl an Zitaten mit dem Stichwort Arbeit. Das hier vorangestellte ist auf den ersten Blick passend für einen Kalender oder einen Eintrag auf Instagram. Doch eignet es sich auch für einen Einstieg in die Analyse von Arbeit – Erwerbsarbeit, nicht bezahlte Arbeit: der Mensch als ein stetig arbeitendes Wesen,[1] Sorgearbeit und die ausführlichere Beschäftigung mit den vielen Facetten von Arbeit.

Natürlich kann die Aussage von Coco Chanel auch Widerspruch hervorrufen: Sind es wirklich nur Liebe und Arbeit im Leben? Oder sind es vielleicht eher zu große Dinge und die Liebe steht für das Leben und das Verhältnis zu anderen Menschen, zur Gesellschaft und zur Welt? Damit sind wir bereits mitten in den Fragestellungen und der Herangehensweise der Projektgruppe „Arbeit und Lebensperspektive“ und deren außerschulischer politischer Jugendbildung, in der aktuelle gesellschaftspolitische Diskussionen rund um die Arbeitswelt aufgegriffen werden, an die Lebenswirklichkeit der Teilnehmenden angeknüpft und zur Auseinandersetzung und Reflexion aufgefordert wird.

Mit Beginn des Jahres 2017 formierte sich die Projektgruppe „Arbeit und Lebensperspektive“. Fünf unterschiedliche Bildungsstätten der politischen Jugendbildung arbeiten zu dieser Themenstellung zusammen, um sich inhaltlich auszutauschen, sich gegenseitig anzuregen, zu kooperieren und Modelle der politischen Bildung zu entwickeln und auszuprobieren.

Der Programmschwerpunkt „Arbeit und Lebensperspektive“ motivierte die Jugendbildungsreferentinnen, sich über theoretische Grundlagen, Begriffsdefinitionen und Arbeitsansätze auszutauschen und diese in der Projektgruppe weiterzuentwickeln. Schon sehr bald war sich die Gruppe einig, die Konzepte der politischen Bildungsveranstaltungen auf eine feministische Basis zu stellen. Denn mit diesem emanzipatorischen Prinzip lassen sich Diskriminierungslinien nicht nur in der Geschlechterfrage enttarnen, sondern auch Bildung im Sinne von Inklusion und für eine gerechtere Gesellschaft gestalten.

Für die gemeinsame vertiefende Arbeit wandte sich die Projektgruppe daher dem Themenkomplex Care-Arbeit, Pflegearbeit, Care Revolution zu. Nicht nur die häufige gesellschaftliche Abwertung von Sorgearbeit, sondern auch die klaffende Datenlücke zu Care forderte diese Hinwendung geradezu heraus. So ist es kaum verwunderlich, dass die politischen Debatten dazu immer wieder aufflammen – sei es im Zuge der Diskussion um den Fachkräftemangel, bei der Lohnpolitik oder bei der Herstellung von Chancengleichheit der Geschlechter. Mit der Aneignung von Wissen zum Thema Care-Arbeit und der damit einhergehenden Recherche in Literatur und Statistiken sowie der Beobachtung gesellschaftlicher Tendenzen erarbeitete die Projektgruppe Grundlagen für ihre politische Bildungsarbeit. Diese werden in den nächsten zwei Jahren leitend sein. Die Zentrale Arbeitstagung aller Bildungsreferentinnen und -referenten im Programm des AdB wird im Jahr 2018 einen Fortbildungsteil zum Thema Care/Sorge-Arbeit haben. Die erarbeiteten Grundlagen werden dabei den Ausgangspunkt bilden und das Thema wird sich in Methodik und Didaktik der Arbeitstagung niederschlagen. Übungen werden gegebenenfalls adaptiert und in der Praxis der Bildungsarbeit erprobt werden.

Im Folgenden werden einige Projektvorhaben der an dieser Projektgruppe beteiligten Einrichtungen skizziert, mit deren Realisierung die Jugendbildungsreferentinnen in 2017 starteten, und die die Vielfältigkeit der Ansätze und der Zielgruppen zeigen:

Zentrale Themen des Projekts ***„Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt (er)leben – In Ausbildung, Beruf und Alltag“*** der ***Stiftung Akademie Waldschlösschen*** sind Diskriminierungserfahrungen in Schule und Ausbildung, Beruf und Alltag in der queeren Community und Coming-out am Arbeitsplatz. Weitere Schwerpunkte sind Vernetzung und Ausbau der Jugendarbeit im queeren Kontext. Zunächst wurde das Feld im Bereich LSBTIQ*-Jugendlicher hinsichtlich aktueller Studien, Strukturen und Bedarfe abgesteckt und die Vernetzung in Niedersachsen und

darüber hinaus vorangebracht. Aktuell gibt es in Niedersachsen sehr viele Anknüpfungspunkte für die politische Bildungsarbeit, wie z. B. die Kooperation mit dem Landesjugendring Niedersachsen und dem Landesnetzwerk „Queere Jugend Niedersachsen". Bemerkenswert ist, dass derzeit viele Projekte und Strukturen insbesondere auf Landesebene durchgeführt bzw. aufgebaut werden und Organisation und Vernetzung im Bereich LSBTIQ*-Jugendlicher auf Bundesebene vorerst nur punktuell beispielsweise mit dem Jugendnetzwerk Lambda oder dem Queere Bildung e. V. vorhanden sind. Veranstaltungen, die einen stärkeren bundesweiten und auch internationalen Bezug haben, sind jedoch in der Konzeption angedacht bzw. werden ab 2018 durchgeführt.

Durch die Studie „Coming-out am Arbeitsplatz", die Ende 2017 veröffentlicht wurde, wird die politische Jugendarbeit zu dem Thema an Expertise gewinnen. Es wird geprüft, was aktuelle Konfliktlinien sind, wo Handlungsbedarfe bestehen und wie hierfür Teilnehmende gewonnen werden können. Zusätzlich werden Sensibilisierungs- und Aufklärungsseminare im Bereich sexueller und geschlechtlicher Vielfalt angeboten und weiterentwickelt. Diese Projekte der politischen Bildung finden in Kooperation mit Schulen in der Region und überregional statt. Das Projekt bietet daher sowohl Angebote für LSBTIQ*-Jugendliche im Speziellen als auch für Jugendliche, die sich noch wenig mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt beschäftigt haben.

Es bleibt noch eine Herausforderung, die Themen der arbeitsweltbezogenen Jugendbildung für und mit LSBTIQ* über die Netzwerke in der Community hinaus auch bei Gewerkschaften, Schulen und anderen Kooperationspartnerinnen und -partnern anzusiedeln. Konkrete Angebote der politischen Bildung waren in 2017 u. a. das Format „Butter bei die Fische – Was kann ich vor Ort erreichen" mit den Themen Ehrenamt/Engagement, politische Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen und die Auseinandersetzung um die Vereinbarkeit von beruflichen, privaten und ehrenamtlichen Aufgaben, Wünschen und Herausforderungen. Ein weiteres Projekt „Flucht que(e)r durch die Welt" fand im Rahmen der Regionalen Filmtage Niedersachsen statt (s. u.). Im Rahmen dieses Kooperationsprojekts mit zwei Göttinger Schulen setzten sich die Schüler/-innen mit den Lebensperspektiven und Herausforderungen von (LSBTIQ*-)Geflüchteten auseinander. Die Verschränkung zweier Themen „Flucht und Migration" sowie „LSBTIQ*" stellte sich dabei als äußerst fruchtbar heraus, da so die Brisanz der Nicht-/Anerkennung und Un-/Sichtbarmachung von Fluchtursachen am Beispiel sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentitäten intensiv bearbeitet werden konnte.

Wichtige Impulse werden u. a. von der Konferenz Queer Works erwartet, die im März 2018 in Hannover stattfinden wird. Geplant ist außerdem eine Zusammenarbeit mit Mitarbeiter/-innen-Netzwerken wie „Proud at Work" und die Sichtbarmachung der politischen Jugendbildung auf der Messe „Sticks & Stones" in Berlin.

Das Projekt in der ***Bildungsstätte Bredbeck – Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz*** trägt den Titel ***„Our Common Future"*** und beschäftigt sich mit der inklusiven politischen Jugendbildung im Schwerpunkt Arbeit und Lebensperspektive. Es werden drei zentrale Seminarformate der politischen Bildung angeboten:

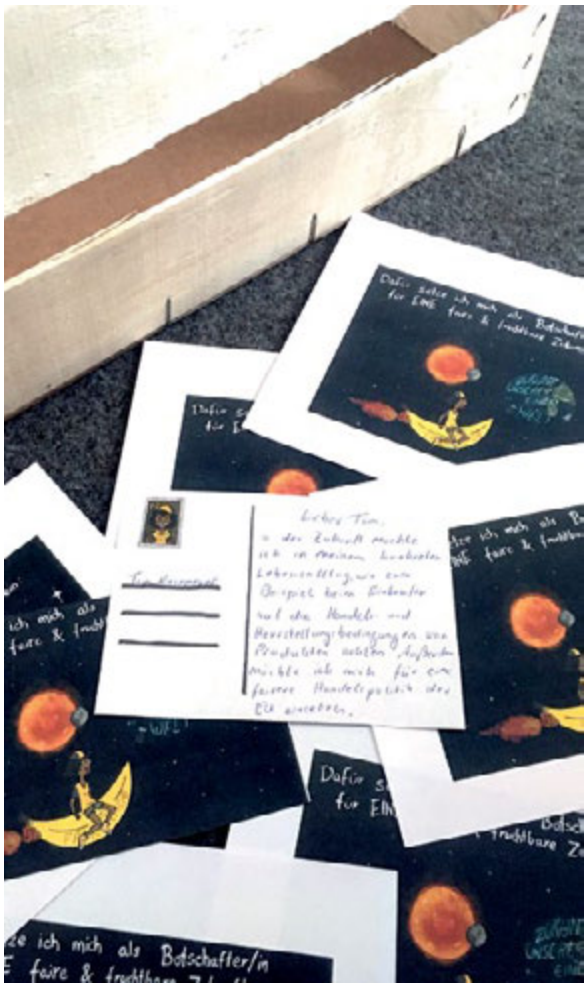
- „Die nächsten Schritte" ist der Titel der Seminarformate, die die arbeitsweltbezogene Jugendbildung im Übergang Schule–Beruf mit Schwerpunkt bildungsferne Milieus meint. Thematisch geht es um Empowerment, Antidiskriminierung und Lebenswelterkundung und Perspektiverweiterung in Sachen Arbeitsmarkt und Gestaltung des eigenen Lebens.
- In den Seminaren „We are volunteers. Zukunft gerecht gestalten" werden die aktuellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt, die Reflexion von Ehrenamt und der Wandel der neoliberalen Arbeitswelt zum Thema gemacht. Es werden Spezifika ausgewählter Branchen (wie z. B. der IT-Branche, Pflege oder Erziehung) in den Mittelpunkt gestellt und Vor- und Nachteile diskutiert.
- Im Seminarformat: „Inklusion in der Arbeitswelt" werden Menschen in Ausbildung als Zielgruppe angesprochen. Im Bildungsprozess geht es um die diversitätssensiblen Reflexionen eigener Arbeitsbedingungen und um das inklusive Gestalten von Arbeitsplätzen.

2017 wurden bestehende Netzwerke aufgefrischt und neue Netzwerke geknüpft, um gemeinsam mit Schulen, freien Trägern, regionalen Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft auch die Zielgruppen inklusiver zu gestalten. Zentrales Projektanliegen ist, dass politische Bildung, zivilgesellschaftliche Akteurinnen/Akteure und Sozialarbeiter/-innen miteinander kooperieren, um gemeinsam für junge Menschen die Vielschichtigkeit von Arbeitswelt und Lebensperspektive erfahrbar zu machen und sie zu befähigen, sich mit den Themen Zukunft, Nachhaltigkeit und Inklusion auseinanderzusetzen.

Mit dem Projekt ***„Über Grenzen hinweg und doch nicht grenzenlos – nachhaltig zusammenarbeiten und FairArbeitsLand entdecken"*** will das ***Europahaus Aurich – Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V.*** junge Menschen auf ihre Zukunft in einer gerechten, inklusiven und nachhaltigen Arbeitswelt im ländlichen Raum vorbereiten. In diesem Kontext werden ein- oder mehrtägige Bildungsveranstaltungen innerhalb einer der drei Projektsäulen durchgeführt:

- Unterwegs im FairArbeitsLand
- Gemeinsam FairArbeiten & Grenzen überwinden,
- Grenzüberschreitende Arbeitsmobilität.

Bei der ersten Säule geht es darum, niedrigschwellig für das Thema Nachhaltigkeit zu sensibilisieren oder auch, die Teilnehmenden in Ausbildung, in Schülerfirmen oder einem anderen



Ehrenamt zu qualifizieren, indem sie sich auf den Weg machen – ob durch die Bildungsstätte oder in der Region – und sich dabei kritisch mit erneuerbaren Energien und anderen Entwicklungen bei grünen Berufen sowie mit alternativen Wirtschaftsformen auf dem Land auseinandersetzen.

In der zweiten Säule ist Raum für die Entwicklung konkreter Kollaborationen über Diskriminierungsgrenzen und Geschlechterhierarchien hinweg: Angefangen vom „meet & eat: INKLUSIV & FAIR für alle“ mit jungen Menschen aus dem Gastronomiebereich über ein Angebot zur Geschlechtergerechtigkeit und Work-Life-Balance in der Pflege bis hin zum Projekt „QueeR-Beet“, bei dem Jugendliche einen nachhaltigen, mehrsprachigen Lerngarten mit Hand und Handy gestalten sollen.

Im Fokus der dritten Säule steht die grenzüberschreitende Arbeitsmobilität als Chance und Herausforderung – sei es für langzeitarbeitslose junge Erwachsene oder Auszubildende aus verschiedenen Arbeitsfeldern (von der Energie- und Automobilbranche bis hin zur Pflege). Zur Vorbereitung auf mehrwöchige Auslandspraktika wird mit den Teilnehmenden an ihren persönlichen Lebens- und Berufsperspektiven, interkulturellen Kompetenzen sowie mit Aspekten aus der jeweiligen Arbeitswelt, der Zivilgesellschaft oder des Bildungssystems in den Zielländern gearbeitet.

„Perspektive 2030“ heißt das Projekt von ***HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg in Potsdam***. Es geht um politische Bildung für Jugendliche im Übergang Schule-Beruf/Ausbildung/Studium. Dabei sind drei Zugänge maßgeblich: Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Chancengerechtigkeit.

- *Zukunftsfähigkeit:* Die Betonung liegt hier auf der Motivation zum Nachdenken über die eigene persönliche Lebensperspektive im Kontext der eigenen Umwelt, der eigenen Fähigkeiten und Interessen und den gesellschaftlichen sowie globalen Herausforderungen. Dabei kann es auch um das Denken von Alternativen gehen.
- *Nachhaltigkeit:* Hier geht es um eine gleichgewichtige Bearbeitung ökonomischer, ökologischer und sozialer Faktoren. Das gegenwärtige Leben soll auch den nächsten Generationen ein lebenswertes Leben gestatten. In diesem Rahmen sind Kontroversen darzustellen und nachhaltige Entwicklung sowie bestehende Wirtschaftszusammenhänge dürfen in Frage gestellt werden.
- *Chancengerechtigkeit:* Der Themenbereich umfasst die Chancengerechtigkeit und Teilhabe für alle auf gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Ebene. Dabei wird es auch um die aktive Gestaltung von Geschlechterdemokratie und deren Umsetzung gehen, die Aufklärung gegen Diskriminierung und die diversitätsbewusste Entwicklung persönlicher Perspektiven und Lebensmodellen.

In diesen Arbeitsfeldern werden Seminarformate entwickelt, die in der Bildungsarbeit umgesetzt werden sollen. Die Idee ist, besonders mit Förderschülerinnen und -schülern und Schülerinnen/Schülern aus Oberschulen aus dem Land Brandenburg zusammenzuarbeiten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen und Hören. Die Bildungs- und Begegnungsstätte bietet u. a. Seminare mit dem Titel „Mein Leben“ an, in dem die eigene Berufs- und Lebensplanung inklusiv im Mittelpunkt steht. Gerade für Jugendliche mit Behinderung ist in diesem Lernprozess die Selbstständigkeit eine besondere Herausforderung. Sie sollen zu Selbstständigkeit und politischem Denken befähigt werden. Die zentrale Methode mit der hauptsächlich gearbeitet werden soll, ist die Szenario-Methode. Sie ist sehr demokratisch organisiert und kann inklusiv eingesetzt werden. Perspektivwechsel und zukunftsorientiertes Denken werden ebenso angeregt wie die Befähigung des Denkens und Gestaltens von Zukunft gefördert wird.

Zentrales Ziel des Projekts der ***Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.*** ist es, junge Menschen zu ermuntern und zu qualifizieren, aktiv an der Ausgestaltung einer zukünftigen Arbeitsgesellschaft teilzuhaben, ihre Möglichkeiten zur Einmischung und Mitgestaltung zu entdecken, diese als sinnstiftend zu erleben und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Dabei gilt es, vor allem auch die jungen Menschen in den Blick zu nehmen, deren Teilhabechancen durch (vermeintliche) Beeinträchtigungen eingeschränkt zu sein scheinen. Die Umsetzung des Projekts erfolgt z. B. in folgenden Themenfeldern:

„Gute Arbeit" in meinem Leben/ in meiner Zukunft: Unsere Arbeitswelt befindet sich in einem stetigen und rapiden Wandel. Ein wesentlicher Faktor dabei ist, dass die Prozesse der Digitalisierung und Globalisierung dazu führen (können), dass die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit zunehmend fließend werden und Arbeit sich flexibilisiert. Daher kommt es mehr denn je darauf an, dass junge Menschen für sich selbstbestimmt entscheiden, welcher Stellenwert „Arbeit" in ihrer Lebensperspektive zukommt und was für sie bestimmende Kriterien „Guter Arbeit" sind. In diesem (Teil-)Themenbereich wird mit der Zielgruppe Schüler/-innen aus berufsbildenden Schulen gearbeitet, die im Übergang von der Schule in den Beruf dabei sind, für sich eine Arbeits- und Lebensperspektive zu entwickeln und ihren gewünschten Platz in der Arbeitsgesellschaft zu bestimmen. Die zweite Zielgruppe sind Auszubildende regionaler Betriebe, die erste konkrete eigene Erfahrungen von „Arbeit" und „Beruf" gesammelt haben und konkretere Vorstellungen formulieren können, was für sie „Gute Arbeit" bedeutet und welche Erwartungen sie an einen für sie „guten" Arbeitgeber stellen. Dabei spielt auch die Frage eine Rolle, wie aus ihrer Perspektive Ausbildung für die Zukunft gestaltet werden sollte/könnte, die sie darauf vorbereitet, mit zukünftigen Herausforderungen umzugehen und ihnen die Möglichkeit bietet, unterschiedliche Möglichkeiten „guter Arbeit" zu realisieren.

Chancengerechtigkeit, „Gute Arbeit" und Inklusion: Mit der Inklusion sind tiefgreifende Veränderungen in der schulischen Landschaft angestoßen worden. In Niedersachsen läuft die Förderschule „Lernen" nach und nach aus, die Förderschulen „Geistige Entwicklung" werden erhalten. Nach Schulabschluss bleibt die Arbeitsplatzsuche für Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine besondere Herausforderung. Nur eine geringe Zahl dieser Schulabsolventen beginnt eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf. (Zu) vielen jungen Menschen bleibt eine ihren Fähigkeiten entsprechende, angemessene Teilhabe am Arbeitsleben verwehrt und ihnen bleibt nur den „Übergang" in beschützende Werkstätten oder verwandte Einrichtungen der Behindertenhilfe. Spätestens hier wird die Frage virulent, was die Jugendlichen für sich unter „Guter Arbeit" verstehen und in welcher Form sie sich eine Teilhabe am Arbeitsmarkt wünschen. Dabei kommt es vor allem darauf an, die Interessen und Wünsche der Jugendlichen selbst zu erkunden, sie zu aktiver Teilhabe und Selbstbestimmung zu ermuntern.

Im Folgenden wird ein Vorhaben näher beschrieben, das insbesondere die Lebensperspektiven jungen Menschen in den Fokus rückt sowie die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Diskriminierungsformen und die gemeinsame Gestaltung einer gerechteren Gesellschaft. Es geht um die Auseinandersetzung mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im europäischen Kontext und die Chancen der Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen. ■

[1] Ausführlich beschrieben in der philosophischen Anthropologie, in antiken Schriften, bei Karl Marx bis zur „Vier-in-einem-Perspektive" von Frigga Haug.

Bericht aus der Praxis
Tackling Discrimination – Europa gemeinsam gestalten

Internationale Begegnung von LSBTQII* und Freundinnen/Freunden aus der Ukraine und aus Deutschland

Die Teilnehmer/-innen aus der Ukraine, viele mit Studienerfahrung, sind von den ersten Momenten im Seminar in der Bildungsstätte Bredbeck irritiert. Sie fragen, wann es denn losgehe mit dem Seminar. Die Teamer/-innen betonen, dass sie schon mittendrin seien. Dass es erst einmal um das Kennenlernen gehen würde und dass die eigene Motivation zur Teilnahme an dieser internationalen Begegnung geklärt werden müsse. Ein ukrainischer Teilnehmer steht auf und fragt erregt: „Aber wo sind die Vorträge? Bei uns würde nun ein Vortrag kommen." Lernen und Lehren in der Ukraine seien von Vorträgen und das Erlernen des Vorgetragenen bestimmt, betont er. Eine Teilnehmerin, die zum zweiten Mal an einer Begegnung teilnimmt, erklärt der Gruppe in ruhigem Ton, dass die Idee der Partizipation der Lernenden in der Ukraine nicht besonders erwünscht sei. „Wir werden nur selten nach unserer Meinung gefragt", ergänzt eine andere ukrainische Teilnehmerin. Die Teamenden beruhigen den fragenden jungen Mann: „Es werden noch Inputs kommen und wir wollen nun erst einmal schauen, wer alles da ist." Der Teilnehmer setzt sich und schaut skeptisch in die Runde. Langsam beruhigt sich die Situation und alle erzählen, wer sie sind und mit welcher Motivation sie am Projekt teilnehmen.

Da ist eine Teilnehmende aus Deutschland, die sich noch nicht viel mit Geschlecht auseinandergesetzt hat und sich sehr für die Ukraine interessiert. Für sie ist es ein neuer Schritt, sich mit dem Thema zu beschäftigen, bislang habe sie noch nicht viele Lesben und Schwule getroffen. Da ist die junge lesbisch lebende Person aus der Ukraine, die bereits Erfahrungen mit Diskriminierung und Gewalt in der Ukraine gemacht hat und sich vor Ort zur Wehr setzt und sich Empowerment aus der internationalen Community wünscht. Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTQII* gehe in der Ukraine vornehmlich von rechtsextremer und rechtsradikaler

Seite aus, erklärt sie. Allerdings sei die „Mitte der Gesellschaft" auch häufig nur wenig tolerant, betonen andere ukrainische Teilnehmer/-innen. Ähnliche Erfahrungen machen allerdings auch Aktivistinnen und Aktivisten aus Deutschland. Sie erzählen bereits in der Eingangsrunde, dass es der LSBTQII*-Community zwar gut gehe, aber dass auch Gewalt und Diskriminierung in Deutschland noch immer ein Thema sei. Ein queerer Aktivist erzählt, dass er im internationalen Austausch eine Chance sieht, sich der eigenen Rechte zu vergewissern und diese wo möglich anderswo mit zu stärken. Andere berichten, dass ihr eigenes geschlechtliches Verorten für sie ein so zentrales Thema mit Fragezeichen oder Veränderungswünschen ist, dass sie sich dem Thema nun gerne im Rahmen der politischen Bildung nähern wollen. Ein Teilnehmer ist bereits im ländlichen Raum in einer LSBTQII*-Gruppe engagiert und eine andere betont, dass sie aus einem feministischen Elternhaus käme und sie von daher sich für die Themen interessierte. Mehrere Teilnehmer/-innen wünschen sich Empowerment für ihre weitere Auseinandersetzung mit inhaltlichen Themen, die sie beispielsweise aus der Ausbildung und Universität mitbringen (z. B. wenn sie Gender Studies studieren oder sich im Handwerk diskriminiert fühlen), andere kämpfen für mehr Akzeptanz für ihre geschlechtlichen und sexuellen Lebensweisen. Dass diese Vielfalt an Personen ein Seminar gemeinsam besuchen kann, ist auch dem Engagement der Geldgeber geschuldet, die sich sehr auf die Themen Menschenrechte und Inklusion beziehen. Diese sind neben dem Programm der politischen Jugendbildung, gefördert durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes, in diesem Projekt auch die „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" im Programm Europeans for PEACE.

Für Rechte einstehen – Inhalte im Seminar

Die Inhalte im Seminar orientieren sich an den Fragen der Teilnehmenden. Die folgende Auswahl der Fragen zeigt das deutliche Interesse aller an der Auseinandersetzung und veranschaulicht die Neugierde, mit der die Teilnehmenden angereist sind:

- Wie sicher ist, es in Deutschland als Lesbe oder Schwuler oder als trans* Person zu leben?
- Wie steht es um die Gleichberechtigung in der Ukraine und in Deutschland?
- Was bedeutet es, schwuler Aktivist zu sein?
- Wie lebt es sich als trans* Person in der Ukraine und wie in Deutschland? Wie kann eine Geschlechtsangleichung erfolgen? Was ist legitim, was ist illegitim?
- Welche Antidiskriminierungsrechte sind erkämpft worden? Welche Formen der Benachteiligung existieren sozio-kulturell in Deutschland noch fort?
- Wie kann ich in Kooperation mit Personen aus Deutschland neue Projekte initiieren, die sich mit dem Thema beschäftigen? Wer kann mich in diesem Prozess unterstützen?

Diese Fragen werden im Seminarprozess und in den anschließenden Gruppenzeiten und bei Freizeitaktivitäten aufgegriffen und lebhaft diskutiert. Die Fragestellungen werden außerdem in den inhaltlichen Schwerpunkten eingebaut und vertiefend bearbeitet. Es werden konkret folgende Workshops angeboten: „Was ist Identität? & Wie verorte ich mich?" – „Was ist Geschlecht? & Was ist Diskriminierung?" – „Wie ist das Verhältnis von Gewalt und Sprache?" – „Was bedeutet Aktivismus und Engagement für Menschenrechte in Deutschland?" – „Wie ist die rechtliche und sozial-kulturelle Situation von LSBTQII* in der Ukraine?" – „Was sind Orte in der Region, die für LSBTQII*-Personen in Bremen und Umgebung von Bedeutung sind?"

Methodisch wurde mit Vorträgen und Workshops zu den oben genannten Themen, mit eingeladenen Aktivistinnen/Aktivisten des Bremer Queer-Zines Purple Scare und des Bremer Rat-und-Tat-Zentrum für LSBTQII* gearbeitet; es fanden Stadtführungen zum Thema „Frauen*leben in Bremen" und zur historischen „Geschichte von Verfolgung in Bremen" statt. Die

Teilnehmenden stellten die Situation in der Ukraine anhand von Erfahrungen und anhand eines Dokumentarfilms vor und präsentierten Ergebnisse aus Forschungen zum Thema. Und schließlich gestaltete die Gruppe, angeregt durch das Queer-Magazin „Purple Scare“ ein eigenes Zine, eine selbstgestaltete Broschüre im Do-it-yourself-Stil, mit dem Titel: „Unity Through Diversity & Diversity Through Unity“.

Unity Through Diversity & Diversity Through Unity (Fazit)

Das Zine zeigt Seiten mit Sprüchen und Ausrufen, die für die Teilnehmenden wichtig waren. Im Mittelpunkt stand die Auseinandersetzung mit dem Themenschwerpunkt Antidiskriminierung und die politische Rahmung des Themas, wobei auch Einsteiger/-innen sich in der Gruppe sehr aufgehoben fühlten und mit ihren Perspektiven Raum erhielten. Im Zine zeigen sich die Teilnehmenden von ihrer persönlichen Seite und fordern beispielsweise: „No silence“, „You do not notice activists when they are working, but you immediately feel when they disappear“, „I love queer“, „Bring people togehter“ and „Everyone has the right to freedom“, „Stop group hate“.

Neben neuen Freundschaften sind Momente des gemeinsamen Erlebens, Lachens und Auseinandersetzens entstanden, welche die Teilnehmenden genießen konnten, sie nachdenklich stimmten und zugleich motivierten, für ihre Rechte einzustehen. Viele fühlen sich nun bestärkt, sich weiter zivilgesellschaftlich und politisch für Menschenrechte zu engagieren. Ein Gegenbesuch ist im Frühjahr 2018 in Kiew geplant. Die Programmwünsche der Teilnehmenden werden so auch noch einmal praktisch umgesetzt. Alle Teilnehmenden blicken dem gespannt entgegen.

Politische Bildung in Deutschland, so betonte der eingangs zitierte queere Aktivist aus der Ostukraine, ist ganz anders als Universität und Lernen in der Ukraine, aber, so fügte er lachend hinzu, sie ist super. ■

Dr. Ines Pohlkamp,
Bildungsstätte Bredbeck –
Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz

Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten der Projektgruppe „Arbeit und Lebensperspektive“

Tanja Berger
(Projektgruppenkoordinatorin)
HochDrei e. V. –
Bilden und Begegnen in Brandenburg
www.hochdrei.org
berger@hochdrei.org

Mechtild Möller
Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.
www.hoeb.de
mechtild.moeller@hoeb.de

Dr. Ines Pohlkamp
Bildungsstätte Bredbeck – Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz
www.bredbeck.de
ines.pohlkamp@bredbeck.de

Edda Smidt
Europahaus Aurich – Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V.
www.europahaus-aurich.de
smidt@europahaus-aurich.de

Kim Alexandra Trau
Stiftung Akademie Waldschlösschen
www.waldschloesschen.org
kim.trau@waldschloesschen.org

Ideen – Netzwerke – Synergien

Ausblick und Fazit

Kein einfaches, aber ein sehr spannendes Jahr im Programm politische Bildung des AdB liegt hinter uns. Neue Schwerpunkte, neue Einrichtungen, neue Jugendbildungsreferentinnen und -referenten und eine große Anzahl inhaltlicher Herausforderungen haben die Arbeit beeinflusst. Aber die Arbeitsstruktur des Programms ist so gestaltet, dass genau diesen Herausforderungen sehr gut begegnet werden kann und alle Beteiligten der Verantwortung in einem bundesweiten Programm gerecht werden können.

Der intensive Austausch auf einem hohen fachlichen Niveau führte dazu, dass neue Jugendbildungsreferentinnen und -referenten schnell eingebunden wurden und sie dadurch neue Impulse in die Arbeit ihrer Einrichtungen und die gemeinsame Arbeit im bundesweiten Netzwerk bekamen und selbst einbringen konnten. Es sind im Berichtsjahr viele neue Formate entstanden, die Lust auf die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren machen. Besonders der projektgruppenübergreifende Arbeitsbereich der politischen Bildung mit Kindern soll in den weiteren Jahren der Zusammenarbeit in den Fokus gerückt und weiter ausgebaut werden.

Als sehr positiv ist es ebenfalls zu bewerten, dass es eine sehr intensive und gewinnbringende Verbindung des Programms politische Jugendbildung mit den weiteren Projekten im AdB – „anders statt artig“ und „Empowered by Democracy“ – gibt und hier Synergie entstehen, die für die Weiterentwicklung der politischen (Jugend)Bildung genutzt werden können. So haben sich verschiedene Jugendbildungsreferentinnen und -referenten aktiv in den beiden Projekten eingebracht und diverse Veranstaltungen durchgeführt. Die Projektgruppe „Flucht und Migration“ begleitet das Projekt „Empowered by Democracy“ mit ihrer Expertise und trägt zu dessen Gelingen bei.

Das vergangene Jahr lässt erwartungsvoll und motiviert in die kommenden Jahre im Programm politische Jugendbildung im AdB blicken. ■

5 AdB-Projekte in Bundesprogrammen

Teilnehmende der Methodenwerkstatt #5 in Berlin

Projekt im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“

Kreativität, Phantasie, Toleranz und Vielfalt

Das Projekt „anders statt artig“ entwickelt Neues

Seit Jahresbeginn 2017 entwickelte das Modellprojekt „anders statt artig“ mit Jugendlichen und Erwachsenen der THW-Jugend NRW kreative Ideen für interkulturelles Lernen im Jugendverband.

Den Rahmen dafür bildeten die sogenannten Methodenwerkstätten, bei denen die Teilnehmenden jeweils während eines Wochenendes zu einem bestimmten Thema in verschiedenen Mitgliedseinrichtungen des AdB arbeiteten. Hierbei galt es, fachtechnisches Wissen aus dem Bereich der THW-Jugend mit Themen der politischen Bildungsarbeit zu verknüpfen. Durch diese Kombination ergaben sich neue Möglichkeiten der Entwicklung von interkulturellen Spielen, Übungen und Methoden. Die Ergebnisse der Methodenwerkstätten werden im Frühjahr 2018 in Form einer Toolbox präsentiert und an interessierte Ortsjugenden sowie Teamer/-innen der politischen Bildungsarbeit übergeben.

Das Modellprojekt „anders statt artig – Kreative Ideen für interkulturelles Lernen“ wird vom AdB in Kooperation mit der Landesjugend des Technischen Hilfswerks in Nordrhein-Westfalen (THW-Jugend NRW) von Juli 2016 bis Juli 2018 durchgeführt. Es wird durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert.

Die Aktivitäten im Projekt 2017

Methodenwerkstatt #1

Anfang März 2017 drehte sich einen Tag lang im Haus Neuland in Bielefeld alles um das Reden übers Reden. Gemeinsam mit den Teamerinnen Tabea Janson (AdB) und Hannah Farber (Haus Neuland) wurden Koordinaten gesucht, Funkgeräte getestet und über verschiedene Formen der (interkulturellen) Kommunikation diskutiert. Durch Übungen und Spiele erhielten die 12 Teilnehmenden Anregungen für die Arbeit mit ihren Kindern und Jugendlichen im Jugendverband. Funken im THW und Kommunikation im Alltag

zeigten dabei viele Gemeinsamkeiten auf (Regeln, Perspektivwechsel Sender-Empfänger uvm.). Das Highlight des Tages war die Entwicklung einer interkulturellen Funkrallye. In Kleingruppen wurden Stationen ausgearbeitet und die Seminarinhalte direkt in die praktische Arbeit der Jugendgruppen vor Ort umgesetzt. Getestet wurde die Funkrallye dann erstmals im April 2017 im THW-Ortsverband Altena. Im Anschluss daran wurde sie überarbeitet und für die Toolbox fertiggestellt.

Methodenwerkstatt #2

Die Methodenwerkstatt #2 fand im Mai im Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick statt. Gemeinsam mit dem Spieleentwickler Thomas Pabst entwickelten 14 Freiwillige der THW-Jugend NRW zwei Tage lang im Grünen die inhaltlichen Grundlagen für ein Brettspiel rund um die Themen Flucht, Migration und Katastrophenhilfe. Thomas Pabst stellte den (Jung-)Helferinnen und -Helfern die Idee und das Szenario des Brettspiels vor: Das Zusammenwirken von Katastrophenhelferinnen und -helfern sowie Menschen in Not in Katastrophengebieten bilden den Kern des Spiels. Es geht um Strategie, Technik und Teamwork, um gemeinsam die Einsätze zu meistern und Menschen zu helfen. Die Teilnehmenden waren von Beginn an begeistert. Es wurden in Kleingruppen verschiedene Einsatzszenarien ausgearbeitet, sodass zum Abschluss der Methodenwerkstatt eine Vielzahl von Einsätzen, Ereignissen, Materialien und Ideen präsentiert werden konnten. Das Brettspiel wurde später dann im Rahmen der Methodenwerkstatt #5 als vorläufiger Prototyp getestet und befindet sich weiterhin in der Entwicklung.

Methodenwerkstatt #3

Im Juli 2017 veranstaltete das Modellprojekt die Methodenwerkstatt #3 in der Jugendbildungsstätte Welper in Hattingen. Gemeinsam mit den Teamern Björn Warkalla und Alexander Kuschel von planpolitik GbR aus Berlin entwickelten 19 Teilnehmende der THW-Jugend NRW zwei Tage lang verschiedene Szenarios für Planspiele rund um das Thema „Mein Ortsverband in der Zukunft". Die Freiwilligen aus vier THW-Ortsverbänden Altena, Datteln, Iserlohn und Witten und dem Landesverband NRW arbeiteten in Kleingruppen an verschiedenen Planspielideen: Szenario und Rollen schreiben, überlegen wie viele Personen das Spiel spielen können, die Spieldauer festlegen uvm. Eines der drei fertiggestellten Planspiele wurde dann am Nachmittag als Testspiel mit den Teilnehmenden durchgeführt. Zwei von drei Planspielen wurden nach dem Wochenende durch planpolitik fertiggestellt. Im Oktober und November 2017 fanden dann im OV Datteln, beim Landesjugendausschuss und bei der Methodenwerkstatt #5 erfolgreiche Testläufe statt.

Filmrequisite für die Erklärfilme in der Methodenwerkstatt #4

Das Planspiel als Methode bietet Jugendlichen und Erwachsenen in der THW-Jugend die Möglichkeit, sich in ein Szenario hineinzubegeben und miteinander spielerisch zu diskutieren, welche Entwicklungen es in Zukunft in ihren Ortsverbänden geben wird – seien es sinkende Mitgliedszahlen, die Ansprache neuer Zielgruppen oder die Zusammenarbeit zwischen der Jugend und dem Ortsverband. So kann über die Methode Planspiel partizipativ gelernt und die Diskussionskultur gefördert werden.

Methodenwerkstatt #4

Nach der Sommerpause fand die Methodenwerkstatt #4 im K13 Gästehaus auf dem historischen Gelände „Vogelsang Internationaler Platz" im Nationalpark Eifel statt. Ein Wochenende lang ging es um die Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Diskriminierung und Rassismus. Ziel war es, kurze Videos zu erstellen, die sich diesen Denkmustern und Handlungen entgegenstellen und für Toleranz und Vielfalt bei der THW-Jugend NRW, aber auch darüber hinaus, werben. Die acht Freiwilligen aus zwei Ortsverbänden lernten zunächst durch verschiedene Übungen und Methoden die Eigenschaften und Mechanismen von Vorurteilen, Diskriminierung und Rassismus kennen. Oftmals geschieht die Kategorisierung von (fremden) Menschen unbewusst und wird nicht hinterfragt.

Das Stimmungsbarometer in der Methodenwerkstatt #4

Schaut man jedoch genauer hin, bemerkt man meist, dass man nur einen (Bild-)Ausschnitt wahrgenommen hat und die jeweilige Person mehr ist als das, was beim ersten Eindruck sichtbar wird oder mehr ist, als ein bestimmtes äußerliches Merkmal suggeriert. Daher entwickelten die Teilnehmenden gemeinsam mit den Teamern Mohamed Ali Saidi und Benjamin Lambeck drei Erklärfilme, in denen sie ihrem Verbandsmotto „tolerant – hilfsbereit – weltoffen" Leben einhauchen und durch Beispiele zeigen, für welche Werte und Handlungen ihr Jugendverband steht. Die Erklärfilme sind seit Mitte September auf dem YouTube-Kanal der THW-Jugend (www.youtube.com/user/THWJugendDeutschland) online und können als Anregung für weitere Erklärfilme für Jugendgruppen der THW-Jugend und andere Jugendverbände dienen.

Methodenwerkstatt #5

Das Finale der Reihe „Methodenwerkstätten" war für die 40 Teilnehmenden ein absolutes Highlight: In der Jugendbildungsstätte Kaubstraße in Berlin wurde ohne Ende gespielt, denn es galt zwei Planspiele, verschiedene Spiele für den Jugenddienst, ein Brettspiel und eine Domino-Challenge auszuprobieren. Die Mitglieder der THW-Jugend reisten dafür aus NRW, Sachsen und Niedersachsen an und hatten so die Möglichkeit, auch neue (Jung-)Helfer/-innen aus anderen Landesverbänden kennenzulernen. Gemeinsam erkundeten sie bei einem Citybound die Hauptstadt auf außergewöhnlichen Wegen und an teils unbekannten Orten.

Fazit und Ausblick

Das Jahr 2017 stand ganz im Zeichen der Entwicklung von fünf Produkten für die Toolbox, die in 2018 im Rahmen von Bezirksschulungen in ganz NRW vorgestellt und den dort teilnehmenden Ortsjugendbeauftragten und Ortsjugendleitungen überreicht werden soll. Durch die Kombination von fachtechnischem Wissen des Technischen Hilfswerks und aktuellen, gesellschaftlich relevanten Themen ist es in den Formaten der politischen Bildungsarbeit gelungen, Jugendlichen und Erwachsenen ein gemeinsames Lernen zu ermöglichen und gleichberechtigt Ideen zu entwickeln. Die oftmals komplex erscheinenden Begriffe wie Interkulturalität, Vielfalt, Toleranz oder Antirassismusarbeit wurden greifbarer und mit konkreten Inhalten aus dem Alltag der Teilnehmenden gefüllt sowie mit anschaulichen Handlungsansätzen verknüpft.

Das Modellprojekt hat eine neue Zielgruppe, die Mitglieder der THW-Jugend NRW, erschlossen, die sich durch ihr ehrenamtliches technisches Engagement in die Gesellschaft einbringen. Trotz der sehr technikbezogenen Inhalte der Jugendverbandsarbeit sind sich die Freiwilligen ihrer Rolle in der Gesellschaft bewusst. Sie sind offen für neue Ideen, um auch gesellschaftsrelevante Themen zum Bestandteil ihrer Arbeit zu machen oder weiter zu vertiefen. Mithilfe der entwickelten Methoden und Spielformate gelingt dies auf eine aktive und ansprechende Art und Weise. Für die Teilnehmenden war der Ortswechsel in die AdB-Bildungseinrichtungen eine gute Möglichkeit, sich außerhalb des Ortsverbands weiterzubilden und neue (Bildungs-)Orte kennenzulernen. ■

Alle Informationen zum Projekt und zu aktuellen Terminen finden sich unter www.andersstattartig.eu und www.facebook.com/andersstattartig.

anders statt artig
KREATIVE IDEEN FÜR INTERKULTURELLES LERNEN

Z:T Zusammenhalt durch Teilhabe

Gefördert durch:
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Podiumsdiskussion während der Auftaktveranstaltung des Projekts „Empowered by Democracy“ im Dezember 2017 in Berlin

Projekt im Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Politische Jugendbildung und Teilhabechancen in der Migrationsgesellschaft gestalten

Das Projekt „Empowered by Democracy“

Seit dem Sommer 2015 sind Geflüchtete besonders in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Das Ankommen in einer neuen Gesellschaft birgt sowohl für Neuzugewanderte als auch für die Aufnahmegesellschaft Herausforderungen.

Der AdB als Träger politischer Bildung versteht es als seine Aufgabe, einen Beitrag zum Ankommen Neuzugewanderter in unserer Gesellschaft zu leisten. Das bedeutet u. a., junge Menschen mit Fluchterfahrung in die politische (Jugend-)Bildung einzubeziehen und mit ihnen Antworten auf die Frage zu suchen, wie wir in dieser Gesellschaft zusammen leben wollen. Das heißt darüber hinaus auch, sich unter politischen Bildnerinnen und Bildnern über bestehende Erfahrungen und Expertisen in der Arbeit mit jungen Menschen mit Fluchterfahrung auszutauschen. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ist das gemeinsame trägerübergreifende Projekt „Empowered by Democracy“ entstanden.
Das Projekt setzt der AdB gemeinsam im Verbund mit vier Mitgliedern der GEMINI um. Beteiligt sind die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AL), die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (ET) und der Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR). Das Projekt wird in Trägerschaft des Bundesausschusses politische Bildung (bap e. V.) von März 2017 bis Dezember 2019 durchgeführt. „Empowered by Democracy“ wird aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (ET) hat die Gesamtkoordination des Projekts inne.

Die Ziele des Projekts

„Empowered by Democracy“ zielt darauf ab, mehr junge Menschen mit Flucht- und mit Migrationshintergrund in die Bildungsarbeit der Mitglieder des AdB einzubeziehen. Das Entwickeln und

Erproben von Formaten und Methoden der politischen Bildung für heterogene Zielgruppen, die das Ankommen erleichtern, sind daher ein Kernstück des Projekts. Darüber hinaus sollen junge Geflüchtete ermutigt und dazu befähigt werden, selbst Teamer/-innen zu werde, sich in selbst gewählten Formaten der politischen Bildung mit Themen aus ihrem Lebensumfeld auseinanderzusetzen und Möglichkeiten der Teilhabe in ihrem Umfeld kennenzulernen und zu gestalten. Der Austausch über erprobte Maßnahmen und Erfahrungen sowie die Weiterbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und politischen Bildnerinnen und Bildnern im Themenfeld sind darüber hinaus ebenso zentraler Bestandteile des Projekts.

Im AdB konnten 2017 insgesamt 14 Maßnahmen in Kooperationen mit acht AdB-Mitgliedseinrichtungen umgesetzt werden. Beteiligt waren: aktuelles forum e. V. in Gelsenkirchen (NRW), die Bildungsstätte Bredbeck in Osterholz-Scharmbeck (Niedersachsen), das Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V. in Bad Bevensen (Niedersachsen), das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk e. V. in Dortmund (NRW), die Stiftung wannseeFORUM und die Alte Feuerwache e. V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße in Berlin, die Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) (Thüringen) sowie das ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V. in Drochtersen-Hüll (Niedersachsen).

Im Rahmen des Projekts „Empowered by Democracy" wurden im Jahr 2017 14 Maßnahmen umgesetzt. Insgesamt wurden 273 Teilnehmende erreicht. Alle Maßnahmen haben mindestens zwei, die längste acht Tage gedauert. An den Maßnahmen haben 104 junge Menschen mit Fluchthintergrund und 66 mit Migrationshintergrund teilgenommen (diese Angaben beruhen auf Schätzungen der Seminarleitungen).

Stärken – Seminare in heterogenen Gruppen

Der Saal in Duisburg Bruckhausen ist besetzt bis auf den letzten Stuhl. Die anwesenden Gäste lauschen bedächtig der kurzen Aufführung, die drei junge Männer auf der improvisierten Bühne darbieten. Im dargestellten Dialog – den die drei jungen Syrer im Rahmen eines mehrtägigen Seminars des aktuellen forum e. V. mit dem Titel „Miteinander in #Marxloh" gemeinsam erdacht und geprobt haben – geht es um den Islam, um Toleranz und Vorurteile, die ihnen im Alltag in Deutschland begegnen. Ein tosender Applaus honoriert den Mut der Darsteller, die zum ersten Mal vor einer so großen Zuschauergruppe ihre Deutschkenntnisse unter Beweis stellen. Die Veranstaltung wird fortgesetzt mit der Premiere von Videoclips, die weitere Teilnehmende des Seminars als Ausdrucksform gewählt haben, um ihre Perspektive auf und Erfahrungen mit der deutschen Gesellschaft zu thematisieren. Ein weiterer junger Teilnehmer moderiert und führt durch das Programm und schildert die anfänglichen Berührungsängste in der Seminargruppe in der jungen Leute mit und ohne Fluchthintergrund aus Duisburg zusammenkamen und beschreibt eindrücklich, wie dieses Misstrauen der Erfahrung und Erkenntnis wich, das viel mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede unter ihnen bestehen.

Jugendliche in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Dieser kurze Einblick zeigt ein Beispiel, wie es den beteiligten Einrichtungen gelungen ist, junge Geflüchtete für Formate der politischen Bildung in heterogenen Gruppen zu gewinnen und ihnen so u. a. Erfahrungen der Selbstwirksamkeit und neue Perspektiven auf ihre Lebenswelt zu ermöglichen. Dabei war der thematische Fokus der Maßnahmen sehr verschieden. Hier ein paar Beispiele:

- Auseinandersetzung mit der Selbstorganisation von Geflüchteten,
- Vermittlung von Kenntnissen über Rechte und Gesetze in Deutschland,
- Auseinandersetzung mit Menschenrechten in Europa,
- Vermittlung von Kompetenzen zum Umgang mit Medien und Technik,
- Entwicklung eines eigenen Projekts,
- Austausch über Werte, Religion,
- Austausch über die Bedeutung von Smartphones im Alltag,
- Beratungen zum Thema Arbeits- und Aufenthaltsrecht in Deutschland.

Auch methodisch-didaktisch wurden sehr unterschiedliche Wege gegangen. Neben erlebnispädagogischen, kreativen und theaterpädagogischen Methoden, die einen niedrigschwelligen Zugang auf der sprachlichen Ebene ermöglichen sollten, fanden Übungen

zur Stärkung der Gruppenkooperation bzw. des Vertrauens Eingang in die Seminare. Darüber hinaus waren auch partizipative Methoden bedeutsam. Ein Seminarleiter fasst dies wie folgt zusammen: „In gemeinsamen Workshops, Diskussionsrunden und Arbeitsgruppen sollten die Jugendlichen erfahren, wie individuelle Merkmale und Erfahrungen nicht nur zu unterschiedlichen Perspektiven, sondern auch zu ungleichen Bedingungen in Bezug auf Teilhabe, Rechte und persönlicher Entfaltung führen können."

In fast allen Maßnahmen haben die Teilnehmenden gemeinsam an einem Produkt gearbeitet. So entstanden u. a. Theaterszenen, Kurzvideos, kleine Ausstellungen, Videostatements und ein Kurzfilm. Zentral war es aber auch, Wissen und unterschiedliche individuelle Kompetenzen zu erweitern, wie bspw. das Präsentieren auf einer Abschlussveranstaltung.

Die Maßnahmen wurden zusammen mit insgesamt 21 Kooperationspartnerinnen und -partnern umgesetzt. Beteiligt waren Kooperationspartner/-innen aus der Flüchtlingshilfe, aus Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Anbieter von Sprach- und Integrationskursen, Erstaufnahmeeinrichtungen, kommunale staatliche Einrichtungen, Vereine und Migrantenselbstorganisationen. Eindeutig überwiegend sind die Kooperationen mit Schulen.

Bilden – Seminare für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Neben den Seminaren in heterogenen Gruppen wurden im Rahmen des Projekts auch eine Tagung und eine Fortbildung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildungsarbeit umgesetzt. Die Tagung in der Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) mit dem Titel „Inklusion & Geflüchtete – Positionen, Potenziale, Perspektiven" zielte darauf ab, einen Austausch zu ermöglichen und Wissen zu vermitteln. Die Tagung bot aber auch die Möglichkeit, erfolgreiche Modellprojekte der (außerschulischen) politischen Bildung und deren Erfahrungen und Herausforderungen in den Blick zu nehmen. Während der Fortbildung „Welche Wege geht ein Mensch? Flucht und Migration im Kontext der Bildung für nachhaltige Entwicklung" im Gustav Stresemann Institut in Bad Bevensen hingegen erfolgte ein Fachaustausch über das Seminarthema. Zudem konnten die Teilnehmenden bewährte und neue Methoden in der Arbeit mit jungen Geflüchteten ausprobieren.

In der Auswertung der Maßnahmen wurde deutlich, dass politische Bildungsarbeit mit jungen Menschen mit Fluchthintergrund nicht per se einer anderen Herangehensweise bedarf als mit anderen Zielgruppen. Grundlegende Prinzipien der politischen Bildungsarbeit, wie z. B. die Teilnehmendenorientierung, sind auch bei der Umsetzung von Formaten für die Zielgruppe junge Geflüchtete notwendige Gelingensbedingungen. Wichtig ist darüber hinaus, dass es keine Tabus in der Themenwahl, jedoch eine hohe Sensibilität in der Methodenauswahl und für eingebrachte Erfahrungen gibt. Auch die Reflexion der Seminarleitung über die eigene (Macht-)Position in der Gesellschaft und die eigene Haltung wird als wichtig benannt. Methoden, die ohne intensive Diskussionen und ohne umfangreiche Sprachkenntnisse gut umsetzbar sind sowie ausreichend Raum und Zeit bieten, um Vertrauen zwischen den Teilnehmenden sowie den Seminarleiter/-innen aufzubauen, werden ebenso als förderlich herausgestellt.

Jugendliche während einer Veranstaltung im wannseeFORUM

Vernetzen – Trägerübergreifender Austausch und neue Kooperationen

Die Beteiligung von fünf bundesweit arbeitenden Verbänden bietet die Möglichkeit, voneinander und miteinander zu lernen. Daher sind der regelmäßige trägerübergreifende Austausch über die bei der Umsetzung gemachten Erfahrungen und die erarbeiteten Konzepte und Formate der politischen Bildung ein bedeutender Bestandteil des Projekts. Dass das Interesse an diesem Austausch groß ist, zeigte sich beim ersten trägerübergreifenden Vernetzungstreffen im Oktober 2017 in Berlin bei dem fast 40 politische Bildnerinnen und Bildner aus den fünf Verbänden zusammenkamen, um sich kennenzulernen und auszutauschen. In einem Barcamp und in einem World Café wurden unterschiedliche Themen rund um das Projekt diskutiert, wie bspw. die Frage, was im Projekt unter „Empowerment" verstanden wird. Darüber hinaus waren verschiedene Referentinnen und Referenten für thematische Inputs zum Treffen eingeladen. Christiane Toyka-Seid stellte

hier die Ergebnisse ihrer Befragung von Jugendbildungsreferentinnen und -referenten der GEMINI-Träger zu ihren Aktivitäten im Themenfeld „Flucht und Migration“ in den vergangenen Jahren vor. Diese Expertise ist über die Homepage des Projekts abrufbar (http://empowered-by-democracy.de).

In einer Erhebung zu Beginn des Projekts äußerten die Einrichtungen der politischen Bildung den Bedarf, mehr Kooperationen mit Migrantenselbstorganisationen (MSO) einzugehen. Um neue Kooperationspartnerschaften anzuregen, fand im November 2017 in Dortmund unter dem Titel „Gemeinsam für Empowerment – Politische Jugendbildung sucht Partner“ eine Vernetzungsveranstaltung mit MSO und politischen Bildnerinnen und Bildnern statt.

Vernetzung und Austausch standen auch bei der offiziellen Auftaktveranstaltung von „Empowered by Democracy“ im Dezember 2017 in Berlin im Mittelpunkt: Welchen Beitrag kann politische Jugendbildung für die Teilhabe junger Geflüchteter leisten? Wie können mit Hilfe von Bildungsangeboten drängende Fragen des gemeinsamen Zusammenlebens verhandelt werden? Wie muss sich politische Bildung verändern, um den Bedürfnissen junger Geflüchteter noch besser gerecht werden zu können? – Diese und weitere Fragen diskutierten die Bildungs- und Migrationsforscherin Prof. Dr. Sabine Achour, Universität Marburg, Asem Alsayjare von der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, Bundestutorin Hanna Lorenzen von der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung sowie Andreas Tölke vom Verein „Be an Angel“ gemeinsam mit rund 80 Gästen. Bei der Veranstaltung feierte auch ein Kurzfilm zum Projekt Premiere, der ebenfalls auf der Homepage abrufbar ist (http://empowered-by-democracy.de). Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im BMFSFJ, wertete das Projekt als „wichtiges Signal, um junge Geflüchtete und die Gesellschaft insgesamt zu stärken“.

Ausblick für 2018

Im Rahmen eines erneuten Interessenbekundungs- und Auswahlverfahrens wurden neun AdB-Mitgliedseinrichtungen ausgewählt, mit denen zusammen Maßnahmen in 2018 geplant und umgesetzt werden. Neben der Umsetzung von Seminaren in heterogenen Gruppen wird der Fokus zunehmend auf der Ausbildung von jungen Geflüchteten als Teamer/-innen liegen. Geplant sind außerdem zwei trägerübergreifende Vernetzungstreffen (im März und im September) sowie drei thematische Fortbildungen. ■

EMPOWERED BY DEMOCRACY
Stärken. Bilden. Vernetzen.

Gefördert vom

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation

Das AdB-Jahresthema 2017

Teilnehmende an der Fachtagung zum Jahresthema in der Diskussion

Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation

AdB-Jahresthema 2017

In jedem Jahr gibt sich der AdB ein Jahresthema, das einen thematischen Schwerpunkt des AdB und seiner Mitgliedseinrichtungen in den Fokus stellt. Es wird nach einem Diskussionsprozess in der Mitgliederversammlung und den Fachkommissionen vom Vorstand festgelegt. Im Jahr 2017 lag der Schwerpunkt auf dem Thema „Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation".

Vor dem Hintergrund dessen, dass sich die politische Landschaft in Deutschland, in Europa und der Welt verändert, dass demokratische Strukturen durch Polarisierung und rechtspopulistisches Agieren erschüttert und die Legitimität demokratischer Entscheidungen und Instanzen in Frage gestellt werden, sollte in den Veranstaltungen der Mitgliedseinrichtungen und des Verbandes selbst verstärkt nach einem aktiven Umgang mit den dadurch entstehenden Herausforderungen gesucht und Wege zum Erhalt der demokratischen politischen Kultur entwickelt werden. Dazu gehören z. B. die Stärkung der Menschen und die Entwicklung von Kompetenzen, um antidemokratischen und menschenfeindlichen Tendenzen entgegenzuwirken, die Stärkung der Dialogbereitschaft und die Anerkennung der Menschenrechte. Die aktive Beteiligung an der Gestaltung der demokratischen Gesellschaft und der Politik braucht aufgeschlossene, motovierte Menschen in allen Teilen der Bevölkerung.

Bereits auf der AdB-Mitgliederversammlung im November 2016 wurde die Stellungnahme zu diesem Jahresthema diskutiert und verabschiedet. Sie gab die Richtung und Grundlage der politischen Bildungsarbeit in diesem Kontext vor.

AdB-Stellungnahme zum Jahresthema 2017 „Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation"

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) setzt sich für eine demokratische Gesellschaft ein, die sich durch eine Vielzahl von Interessen und eine Pluralität von Werten, durch die Unterschiedlichkeit von Lebensentwürfen und politischen Überzeugungen auszeichnet. Diese verschiedenen Interessen miteinander in einen Austausch zu bringen, Kompromisse zu finden und Konflikte zu regulieren ist die Kernaufgabe der repräsentativen Demokratie. Es hat sich jedoch gezeigt, wie leicht demokratische Strukturen durch Polarisierung und rechtspopulistisches Agieren erschüttert und die Legitimität demokratischer Entscheidungen und Instanzen in Frage gestellt werden können. Diese Entwicklung hat die politische Kultur negativ verändert und zum Erstarken von offen als rechtsextrem erkennbaren Einstellungen und Gruppen geführt.

Krise der politischen Repräsentation

In der Wahrnehmung vieler hat sich eine Distanz herausgebildet zwischen Bürgerinnen und Bürgern und politischen Eliten. Die Gründe dafür sind vielschichtig und

komplex. Sie liegen vor allem in der sozialen Spaltung und in gesellschaftlichen Exklusionsprozessen, die dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes zuwider laufen. Sie sind zudem in der abnehmenden gesellschaftlichen Bindungs- und Integrationskraft von Parteien, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften zu finden sowie in der sinkenden Bereitschaft, sich langfristig politisch zu engagieren. Sie liegen in der Transformation des öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozesses durch die digitalen Medien und nicht zuletzt sind sie eine Folge der Globalisierung, die politischen Regelungsbedarf in supranationale Institutionen verlagert hat, ohne dass diese über eine direkte demokratische Legitimation verfügen.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck gewonnen, dass sich Politik und politisch Verantwortliche von ihrer Lebenswelt entfernt haben und sich um ihre Belange nicht kümmern. Der eigene Einfluss auf Politik wird als gering eingeschätzt, die eigene politische Beteiligung z. B. durch die Ausübung des Wahlrechts zunehmend als wirkungslos angesehen. Dieses Gefühl der Entfremdung und Überforderung nutzen Rechtspopulisten.

Rechtspopulismus im Aufschwung

Rechtspopulisten, die z. B. als Rednerinnen und Redner auf den Kundgebungen der Pegida-Bewegung auftauchen oder eine ideologische Heimat in der Partei „Alternative für Deutschland“ gefunden haben, stellen vermeintlich einfache Fragen und geben Antworten, die die Komplexität der Sachverhalte ausblenden. Sie bedienen sich eines simplen Weltbildes von „unten“ und „oben“, das dazu dient, die Legitimität der repräsentativen Demokratie zu bestreiten. Ihre propagierte Fiktion eines homogenen „wir“ wertet alle anderen, die nicht diesem „wir“ angehören, ab. Damit verbunden sind ein autoritäres Demokratieverständnis und die Ausgrenzung anderer: Menschen anderer Hautfarbe, Herkunft oder Religion, aber auch derjenigen, die politische Verantwortung tragen, die in den Medien tätig sind oder die sich (ehrenamtlich) um Geflüchtete kümmern. Rechtspopulismus setzt auf Nationalisierung, Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer, politischer und ökonomischer Probleme. Er ist antipluralistisch, diskriminierend und rassistisch und damit unvereinbar mit demokratischen Werten.

Erhalt der demokratischen politischen Kultur

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten und seine Mitglieder positionieren sich eindeutig und engagiert gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Sie sehen es als ihre Aufgabe an, den Stellenwert der Demokratie zu vermitteln und Räume für den demokratischen Diskurs bereitzustellen, in denen Menschen ihre eigene Haltung reflektieren und sich mit anderen Positionen konstruktiv auseinandersetzen können.

Im Hinblick auf den aktuellen Rechtspopulismus und die Bedrohung der repräsentativen Demokratie sehen sie ihre Aufgabe insbesondere darin,

- Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, die antidemokratischen und menschenfeindlichen Potenziale rechtspopulistischer Agitation on- wie offline zu erkennen, aufzudecken und dagegen vorzugehen;
- der Themensetzung der Rechtspopulisten entgegenzutreten. Dazu gehört, Begriffe, die z. B. nationalsozialistisch belegt sind, als solche zu benennen und nicht zu übernehmen, damit sie nicht Teil des öffentlichen Diskurses werden.
- den untrennbaren Zusammenhang zwischen freien Medien und einer demokratischen, offenen Gesellschaft aufzuzeigen und die unverzichtbare Rolle der Medien in der Demokratie zu vermitteln;
- demokratische Grundprinzipien wie Dialogbereitschaft, Gleichwertigkeit, Gewaltfreiheit und Anerkennung der Menschenrechte zu stärken;
- Partizipationsmöglichkeiten an Politik und Gesellschaft aufzuzeigen, Kompetenzen zur politischen und gesellschaftlichen Beteiligung zu vermitteln und die Motivation zur Mitwirkung zu stärken – gerade auch bei denjenigen, die sich abgehängt und ausgeschlossen fühlen.

Gesellschaftspolitische Aufgaben

Politische Bildung braucht zur Umsetzung ihrer Ziele die Unterstützung und Wertschätzung der Politik. Es muss politischer Konsens sein, dass die außerschulische politische Bildung unabdingbarer Bestandteil der Bildung jugendlicher und erwachsener Menschen ist.

Im Hinblick auf den erstarkten Rechtspopulismus und die Bedrohung der repräsentativen Demokratie sehen der AdB und seine Mitglieder die Aufgaben der politisch Verantwortlichen insbesondere darin,

- bürgernahe Beteiligungsformen zu entwickeln und zu fördern, die es allen Menschen ermöglichen, ihre Anliegen und Interessen einzubringen und Gehör zu finden;
- dem durch Rechtspopulisten propagierten Gegensatz von „wir“ und „die anderen“ entgegenzutreten mit dem Ziel, alle in die Ausgestaltung des demokratischen Gemeinwesens einzubeziehen;
- sich für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen einzusetzen, da diese eine Scharnierfunktion einnehmen und sowohl den gesellschaftlichen Zusammenhalt befördern als auch Interessen und Anliegen der Gesellschaft an Politik weiterleiten;
- sich mit den von rechtspopulistischer Agitation und rechtsextremer Gewalt Betroffenen solidarisch zu zeigen und sie zu schützen.

Mehr denn je gilt, dass Demokratien aufgeklärte Demokratinnen und Demokraten brauchen und dass Demokratie immer wieder (neu) gelernt werden muss. Diese Daueraufgabe kann nur im Zusammenspiel von Politik und politischer Bildung erfolgreich wahrgenommen werden. Die Träger und Einrichtungen politischer Bildung im AdB qualifizieren und motivieren Menschen, ihren Alltag – egal ob in Familie, Freizeit, Schule oder Arbeitswelt – demokratisch zu gestalten. Die politisch Verantwortlichen müssen dauerhaft die Beteiligungsrechte und -möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an einer transparenten und dem Gemeinwohl dienenden Politik stärken, um die Partizipation aller als demokratische Grundvoraussetzung zu garantieren.

Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung des AdB am 24.11.2016 in Vlotho

Workshop während der AdB-Fachtagung

Den Auftakt für die Aktivitäten gab die AdB-Fachtagung zum Jahresthema, die im November 2016 im *LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho* mit über siebzig Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattfand. Mit seiner Eröffnungsrede setzte der Vorsitzende des AdB-Vorstands, *Ulrich Ballhausen*, klare Wegmarken: Er betonte die Dringlichkeit, sich als Träger und Einrichtung politischer Bildung und damit als zivilgesellschaftlicher Akteur stärker in die politischen Debatten einzubringen und den rechtspopulistischen Stimmen etwas entgegenzusetzen. Denn schon heute bestimmen Rechtspopulisten in Parlamenten, Ausschüssen und Gremien die Diskussionen mit und entscheiden damit auch über die Ausstattung und Gestaltung politischer Bildung. Hier bedarf es anderer Auseinandersetzungsformen als bisher und es bedarf klarer Positionen. Dafür Orientierung und Motivation zu geben sei ein zentrales Ziel des Jahresthemas.

In den vielen auf der Homepage des AdB zusammengetragenen Veranstaltungen der AdB-Mitgliedseinrichtungen wurde deutlich, mit welch vielfältiger Praxis die Einrichtungen politischer Bildung auf die rechtspopulistischen Aktivitäten in zivilgesellschaftlichen Strukturen reagieren können, wie die politische Bildung mit „besorgten" Bürgerinnen und Bürgern gelingt, welche Strategien des Umgangs mit Rechtspopulisten in Gremien und Parlamenten möglich sind und wo die damit verbundenen aktuellen Herausforderungen für die politische Bildung liegen.

In einer Broschüre zu diesem Jahresthema konnte der AdB insbesondere den Blick auf die Praxis politischer Bildung schärfen und unterschiedliche Zugänge, Ideen, Konzepte und Methoden vorstellen. ■

Berichte aus der Praxis politischer Bildung zum Jahresthema 2017

Die Veranstaltungen und Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen sind sehr vielfältig. Sie reichen von Veranstaltungen rund um die Bundestagswahl über Seminare zum politischen Diskurs im Wandel bis hin zu Anti-Bias-Trainings (z. B. Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar). Themen waren z. B. Extremismus in Deutschland, Strategien gegen Rassismus in der Jugendarbeit, Demokratieentwicklung – national und international, Gedenkstättenarbeit und die Herausforderungen durch den Rechtspopulismus (Gustav-Heinemann-Bildungsstätte – Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e. V.). Immer wieder wurden internationale Perspektiven reflektiert: Der Blick in die U.S.A. (z. B. Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V., Akademie Schwerin e. V.), nach Polen (z. B. Akademie Frankenwarte – Gesellschaft für Politische Bildung e. V.), Ungarn oder in die arabischen Ländern führten zur Auseinandersetzung mit der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen und dem Druck, unter den sie zunehmend geraten.

Einige Mitgliedseinrichtungen konzentrieren ihre Bildungsarbeit auf die Entwicklungen im unmittelbaren kommunalen Raum, wie z. B. das Herbert-Wehner-Bildungswerk, das im Bundesland mit der höchsten Zustimmung für die rechtspopulistische AfD bei der Bundestagswahl im September 2017 seinen Sitz hat. In der Auseinandersetzung mit Stammtisch-Parolen in einem „Argumentationstraining gegen rechte Parolen" wird deutlich, mit welchen unreflektierten Aussagen die Menschen im alltäglichen Leben, ja in der eigenen Familie konfrontiert sind. Wie kann man es lernen, auch außerhalb des geschützten Seminarraums populistischen Äußerungen zu widersprechen? Wie wichtig Fakten und Argumentationshilfen für den Umgang mit rechten Parolen und Vorurteilen sind, konnten die Teilnehmenden im Argumentationstraining lernen, ebenso, dass es nicht das Ziel sein kann, einen einzelnen Menschen umzustimmen, sondern das Umfeld durch Argumente zu überzeugen und dadurch etwas für das gesellschaftliche Klima zu tun. Auch die Begegnungsstätte Schloss Gollwitz hat mit einem Workshop ein Argumentationstraining gegen rechtspopulistische Parolen realisiert. Ziel war es, rechtspopulistische Inhalte zu erkennen, rechtspopulistische Strategien zu analysieren, einen Austausch Gleichgesinnter zu ermöglichen und Strategien und Handlungsoptionen im Umgang mit

Diskussion während der Fachtagung „Wer bildet Meinung?“ in der Europäischen Akademie Otzenhausen

rechtspopulistischen Positionen kennenzulernen und einzuüben. Dieser Workshop richtete sich an Jugendliche und Erwachsene. Die Landesakademie für Jugendbildung Weil der Stadt gab pädagogischen Fachkräften Unterstützung, Vorurteilen mit rhetorischen Gegenstrategien zu begegnen.

Mit einer besonderen Zielgruppe im Rahmen des zivil-militärischen Dialogs griff Haus Neuland e. V. das Thema „Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Deutschland“ auf und diskutierte es mit Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten sowie interessierten Bürger/-innen: Welche Auswirkungen haben die aktuellen Entwicklungen auf unsere freiheitliche Gesellschaft – gerade auch mit Blick auf die Bundestags- und Landtagswahlen 2017.

Das Thema „Demokratie und Zivilgesellschaft im internationalen Kontext“ greift z. B. die Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk – „Der Heiligenhof“ mit seinen internationalen Begegnungen auf. In den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas gibt es viele Menschen, die sich für eine funktionierende Zivilgesellschaft einsetzen, die Demokratie stärken und vor populistischen und nationalistischen Einflüssen schützen möchten. Gerade junge Menschen spielen dabei eine wichtige Rolle. Vor dem Hintergrund verschiedener Fragen wurden 2017 mehrere Begegnungen zwischen Teilnehmenden aus Deutschland und Ostmittel- und Südosteuropa realisiert: Was können jungen Menschen zur Stärkung der Demokratie im eigenen Land beitragen? Wie können sie dabei unterstützt werden? Was bedeutet ihnen die Demokratie? Was lässt sich aus der Geschichte lernen? Und welche Rolle spielt die europäische Integration für die Entwicklungen im eigenen Land? Dafür hat der Heiligenhof die Formate der „Mitteleuropäischen Begegnung“ für Studierende und der „Ost-West-Jugendakademie“ für Schüler/-innen ins Leben gerufen.

Immer wieder wird deutlich, wie die Begegnung und das praktische Erleben von demokratischer Gemeinschaft helfen können, die Werte der Demokratie zu erkennen und zu leben. Die Träger politischer Bildung schaffen Räume, in denen Veränderungsprozesse initiiert werden können. Als ein Beispiel dafür kann das ART CAMP 2017 „CHANGING THE CHANGE. Challenges and pathways to sustainable development“ genannt werden, dass maßgeblich vom AdB-Mitglied Soziale Bildung e. V. initiiert und gestaltet wird. Ebenso ist die Konferenz „Welcome2Stay!“ zu nennen, in der ein Bündnis verschiedener Initiativen und Organisationen, u. a. die Rosa Luxemburg Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., Menschen zusammenbringt, die sich allein oder in Initiativen für Menschen, die neu nach Deutschland kommen, engagieren. Sie bekommen einen Raum, um ihre Fragen zu diskutieren, ihre Stimme gegen Ungerechtigkeit zu erheben, sichtbar zu werden und anderen Mut zu machen, sich ebenso für ein gutes Zusammenleben in einer Gesellschaft der Vielfalt einzusetzen (vgl. die ausführliche Beschreibung dieser Vorhaben in der oben genannten Broschüre).

In der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“ wurde in jeder Ausgabe in 2017 ein Beitrag zum Jahresthema aufgenommen. Ging es in den ersten beiden Beiträgen zunächst um eine theoretische Fundierung, wurden in der Ausgabe 3 und 4/17 jeweils Praxisbeispiele beschrieben: zum einen die Herausforderungen für die Beratung von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt durch den erstarkenden Rechtspopulismus. Hier wurde über response, die erste hessenweite Fachberatungsstelle für Betroffene

Teilnehmende an der Fachtagung „Wer bildet Meinung?“
in der Europäischen Akademie Otzenhausen

rechter und rassistischer Gewalt, in der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt, berichtet. Zum anderen wurde aus Sicht der Bildungsarbeit der Akademie Waldschlösschen die wachsenden Herausforderungen beschrieben, die durch die von rechtspopulistischen Parteien formulierten geschlechter- und gesellschaftspolitischen Forderungen und die abnehmende Akzeptanz gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queeren Menschen (LSBTIQ*) entstehen. Anhand zweier konkreter Formate politischer Bildung konnte deutlich werden, wie auf diese Herausforderungen reagiert werden kann.

Bilanz und Ausblick auf das Jahresthema 2018

Die Beschäftigung mit diesem großen (Jahres-)Thema kann nicht nach einem Jahr enden. Daher ist es besonders zu begrüßen, dass das AdB-Jahresthema 2018 unmittelbar an die Diskussionen in 2017 anschließt: Mit dem Thema *Wer bildet Meinung? Gesellschaftspolitischer Diskurs zwischen Medienfreiheit und „alternativen Fakten“* können die Fragen bearbeitet werden, die auch am Ende der Fachtagung 2016 zum Jahresthema 2017 benannt wurden: Was bedeutet der Rückzug in irrationale Argumentationen und die Rolle der Emotionen bei politischen Entscheidungen für die politische Bildungsarbeit? Wie kann politische Bildung der doppelten Abgrenzung (vertikal und horizontal) von Rechtspopulisten entgegenwirken? Und: Welche Strategien greifen bei Rechtspopulisten, die – anders als Rechtsextremisten – nicht per se mit Nicht- oder Antidemokraten gleichzusetzen sind?

Die Bildungsarbeit zum Jahresthema 2018 wurde im November 2017 mit einer Fachtagung eröffnet. In der Mitgliederversammlung, die unmittelbar vor der Fachtagung stattfand, wurde die AdB-Stellungnahme zum Jahresthema verabschiedet. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) und seine Mitgliedseinrichtungen zeigen mit dem Jahresthema 2018, wie sie sich für das Grundrecht auf freie Meinungsbildung und -äußerung einsetzen. Politische Jugend- und Erwachsenenbildung ist ein Garant dafür, dass es auch in diesen unruhigen Zeiten einen offenen gesellschaftspolitischen Diskurs geben kann. Die Stellungnahme zum Jahresthema 2018 ist auf der Homepage des AdB abrufbar: www.adb.de/content/stellungnahme-adb-jahresthema-2018.

Bei allen Diskussionen zum Jahresthema 2017 ging es immer auch um Verständnis von und Aufgaben der politischen Bildung, also um das Professionsverständnis: Wen sollte oder wen will die politische Bildung erreichen? In welchem Verhältnis steht die politische Intervention zur politischen Bildung? Hier mehr Klarheit zu gewinnen, ist eine Daueraufgabe für die politische Bildung und wird die politischen Bildner/-innen im AdB auch in Zukunft beschäftigen. ■

Europäische und internationale politische Bildung im AdB

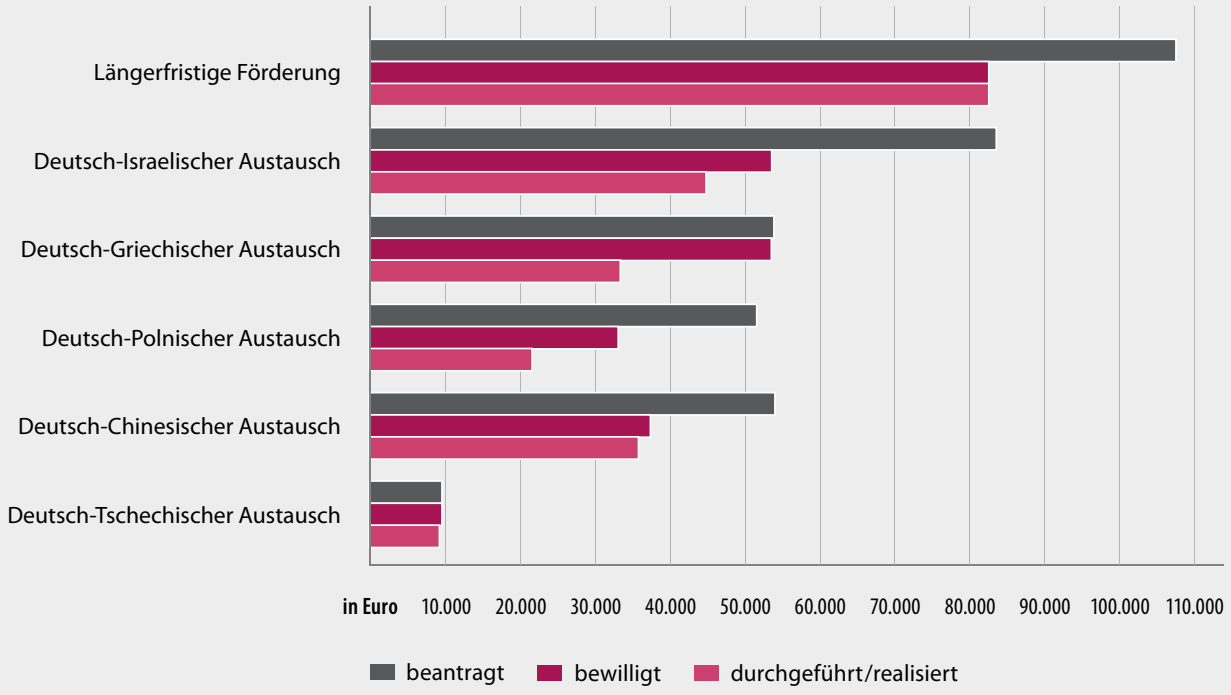
Wohin im Europa der postfaktischen Gesellschaften?

Europäische und internationale politische Bildung im AdB

In der Fachöffentlichkeit des internationalen Jugendaustauschs findet seit einigen Jahren die Wiederentdeckung des Politischen und des politischen Lernens statt. Es besteht eine große Nachfrage nach konkreten Angeboten und Expertise internationaler politischer Jugendbildungsarbeit auf den verschiedensten Ebenen.

Im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten stellen wir nach wie vor einen erfreulichen Zulauf in der internationalen Zentralstellenarbeit fest. Neue Mitgliedseinrichtungen beteiligen sich mit Maßnahmen des Jugend- und Fachkräfteaustauschs und sorgen für einen erheblichen Aufwuchs im Antragsvolumen. Der AdB selbst begleitet und initiiert Programme durch eigene Vernetzungs- und Qualifizierungsprojekte, ebenso wie über die Mitwirkung in Stipendienprogrammen und Praktika für internationale Stipendiatinnen und Stipendiaten.

Abbildung 1: Europäische und Internationale Bildung/Zentralstellenarbeit 2017



Internationale Zentralstellenarbeit

Der AdB unterstützt als Bundesverband im Rahmen seiner Zentralstellentätigkeit aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) bi- und multilaterale Austauschprojekte seiner Mitgliedsorganisationen. Die Arbeit erfolgt mit einem besonderen Fokus auf deutsch-israelischen, deutsch-polnischen, deutsch-chinesischen, deutsch-tschechischen und deutsch-griechischen Maßnahmen, für die gesonderte bilaterale Förderprogramme im KJP bestehen. Darüber hinaus wurden weltweit vielfältige Austauschmaßnahmen aus Mitteln der *Längerfristigen Förderung* im KJP International unterstützt.

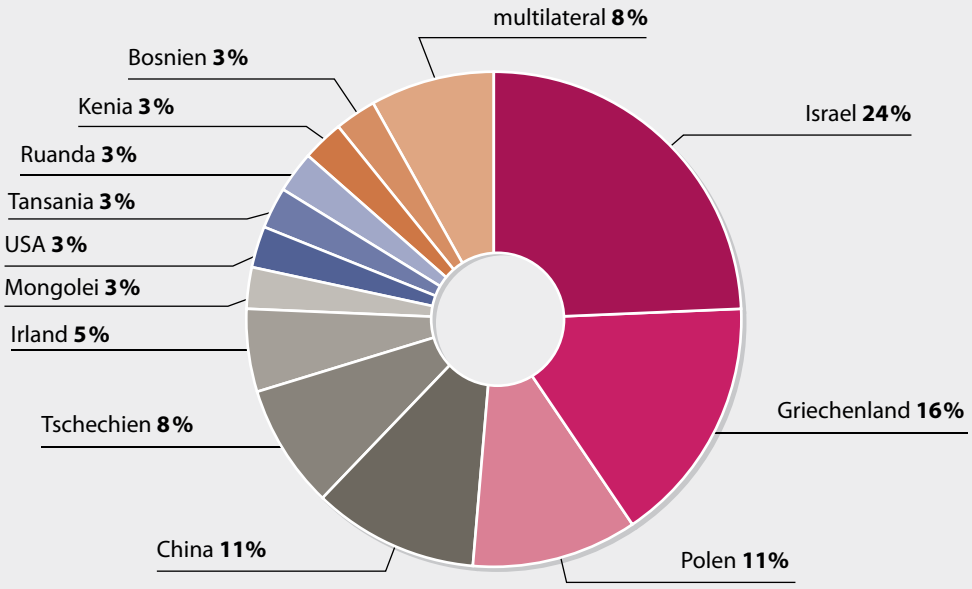


Abbildung 2: Internationale Programme 2017

Die Internationale Zentralstelle verzeichnet ein stetig wachsendes Antragsvolumen, bei leider – mit wenigen Ausnahmen – konstant bleibenden Fördersummen. Dennoch konnten erfreulicherweise nahezu alle geplanten und beantragten Maßnahmen der Mitglieder – so kein force majeure bestand – bewerkstelligt und auch umgesetzt werden. Das bedeutet auch, dass sich angesichts knapper Ressourcen viele Antragsteller mittlerweile auf den Weg gemacht haben, zusätzliche Mittel zur Realisierung ihrer Projekte zu suchen, um die notwendigen Voraussetzungen für die Realisierung der Maßnahmen zu schaffen. Auch von fördernder Seite ist die Zentralstellenarbeit des AdB wiederholt für die guten Abläufe und beispielhafte und enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedseinrichtungen anerkannt worden, was sich in einer hohen Bewilligungsquote und geringen Rückläufen niederschlägt. Dies zeichnet die enge und vertrauensvolle Kooperation zwischen den Mitgliedern und der Geschäftsstelle aus. Es gibt vielfache Beratungen und Rücksprachen inhaltlich wie auch bei der Akquise weiterer Mittel, die für die Realisierung der meisten Maßnahmen zwingend notwendig sind. Aus dem Berichtswesen ergibt sich zudem regelmäßig auch ein positiver Einblick in die qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit der Träger. Im AdB selbst besteht mit der Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit ein Gremium, in welchem regelmäßig auf der Peer-Ebene inhaltliche Aussprachen und gemeinsame Diskussionen zur Frage qualitativ guter politischer Bildungsarbeit in der internationalen Jugendarbeit geführt werden können (s. S. 83f.).

Kooperations- und Qualifizierungsprojekte

Durch eigene internationale Projekte hat der AdB in 2017 spezifische Angebote zur Qualifizierung und Kooperation für Fachkräfte aus der politischen Bildung und weiteren Feldern der internationalen Jugendarbeit eröffnet. Diese haben zum Ziel, fachliche und inhaltliche Fragestellungen aus der politischen Bildung in internationalen Begegnungsformaten zu vertiefen und zu bearbeiten und eröffnen auf diese Weise konkrete Gelegenheiten, sich in einem über den nationalen Kontext und Diskurs hinausgehenden Angebot weiterzubilden.

Mit dem Fachprogramm „Von Krieg und Frieden in Europa: Bosnien 2017“, das der AdB in Kooperation mit Mostar Friedensprojekt in Ključ und an weiteren Orten Bosniens und Herzegowinas durchführte, konnten wesentliche Fragen vertieft werden, die sich europäische Bildungs- und Begegnungsarbeit mit jungen Menschen immer wieder von neuem stellen muss: Wie funktioniert Friedenspädagogik mit jungen Menschen? Zu welchem Narrativ von Europa wollen wir uns angesichts einer fortscheitenden Erosion der Integrationskraft des Europäischen Projekts durchringen? Wie viele Brüche bestehen zwischen vermeintlichen „europäischen success stories“, politischem Anspruch und tatsächlicher gestaltbarer Lebenswirklichkeit junger Menschen? Welche Konfliktlinien gibt es in unseren Gesellschaften und wie ist die Perspektive junger Menschen eines europäischen Landes auf die Europäische Union 20 Jahre nach dem Balkankrieg? Wie viele Schichten von Erinnerung verträgt historisch-politisches Lernen und wie wirken sich diese auf die gesellschaftspolitischen Deutungs- und Sozialisationsangebote an junge Menschen aus? Welche Rolle spielt dabei die Frage nach ökonomischer Teilhabe und Macht? In einem intensiven, vollen Programm wurden von Akteuren der Jugendarbeit und Jugendbildungsarbeit vielfache Realitäten in verschiedenen Teilen der bosnischen Föderation und der Republika Srpska untersucht und dabei Grundannahmen politischer Bildungsarbeit immer wieder aufs Neue hinterfragt. Im „embedded“-Gespräch

mit der lokalen Bevölkerung über deren Kindheitserfahrungen im Bosnienkrieg und das Leben heute wurde versucht, Aufschlüsse zu bekommen, welche Hoffnungen und Perspektiven Menschen für sich persönlich entwickeln. Die Teilnehmenden des Fachprogramms haben sich mit Erinnerungskultur und politischem, zivilgesellschaftlichem Aktivismus auseinandergesetzt und ein bewegendes Gespräch mit einem Vertreter der Leitungsebene im bosnischen Gerichtshof für die Verfolgung von Kriegsverbrechen geführt, der den Teilnehmenden die Unmittelbarkeit der „Rule of Law" und die Notwendigkeit einer starken und unabhängigen Justiz in demokratischen Gesellschaften auf sehr nahegehende Weise erschloss.

Aus dem Verbandsprojekt sind noch im Jahr 2017 erste Austausche und eine weitere inhaltliche Auseinandersetzung der Teilnehmenden mit den Themen des Fachprogramms entstanden.

Im Jahr 2017 hat der AdB das EU-Projekt „ENGAGE – politisch bilden I beteiligen I Kinderrechte umsetzen mit 8- bis 12-Jährigen" abgeschlossen, das 2014 zusammen mit sechs Partnern aus Polen, Spanien, Großbritannien, Frankreich, Österreich und Belgien gestartet war. Das Projekt wurde über Erasmus+ gefördert. Es sah eine Bestandsaufnahme zur politischen Bildung mit Kindern, zur Demokratiebildung und zum Stand der Umsetzung der Kinderrechtskonvention in den beteiligten Ländern vor. Die Pilotprojekte in den beteiligten Ländern haben den eindeutigen Nachweis erbracht, dass politische Bildung mit Kindern im Alter von 8–12 Jahren notwendig und pädagogisch sinnvoll ist.

Im Gespräch mit Goran Zoric von der NGO KVART, Banja Luka, während des Bosnien-Fachprogramms

Beisetzungsstätte von Kriegsopfern aus einem Massengrab in Bosnien

DARE
Democracy and Human Rights Education in Europe

Democracy and Human Rights Education in Europe – DARE-Netzwerk

Auch im 15. Jahr nach seiner Gründung bewegt sich im europäischen Netzwerk DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe – einiges. Nach einigen anstrengenden Jahren der Stabilisierung der Netzwerkarbeit, in der viele kleine Projekte das Vorankommen sicherten, bekommt die Zusammenarbeit im Netzwerk langsam wieder etwas Schwung.

Das DARE-Netzwerk ist ein gutes Barometer für die Situation politischer Jugend- und Erwachsenenbildung in Europa. Ohne entsprechende europäische Förderprogramme gibt es in vielen Ländern nach wie vor nur sehr schwache Strukturen. Das Erasmus+ Programm Jugend legt einen starken Fokus auf Kooperationen zu den Themen Demokratie, Teilhabe und Menschenrechte. Dementsprechend sind es vor allem im Jugendbereich tätige Organisationen, die das Netzwerk suchen und weitergestalten. Im Erwachsenenbildungsbereich konnte die neue Erasmus+ Programmstruktur bislang den großen Einbruch im Bereich der Träger zu Fragen politischer Bildung arbeiten nicht kompensieren und es wird nur langsam gegengesteuert.

Auftaktveranstaltung des Projekts STEPS in der Stiftung wannseeFORUM

Mit zwei Stellungnahmen positionierte sich das DARE Netzwerk ausführlich zu Kernfragen europäischer Bildungsarbeit:

- Modernising Education in European Democracies – DARE communication to the European Parliament on modernisation of education (November 2017); https://dare-network.blogspot.de
- Revising the LLL key competences framework (May 2017); https://dare-network.blogspot.de/2017/05/dare-network-points-to-be-considered.html

Im Zuge der Netzwerkentwicklung wurde im Rahmen des vom AdB koordinierten Projekts STEPS (s. folgenden Abschnitt) die Profilbildung in zwei Bereichen vorangetrieben: Es wurden zwei Arbeitsgruppen etabliert, die sich inhaltlich zu den Schwerpunkten pädagogische Konzepte (CoMED-Community of Educators) und Advocay for EDC/HRE austauschen. Mit einer neuen Webseite konnte zudem das Erscheinungsbild des Netzwerks aufgefrischt werden (https://dare-network.blogspot.de).

Wohin im Europa der postfaktischen Gesellschaften? – Das Projekt STEPS

In dem auf zwei Jahre angelegten Erasmus+ Projekt „STEPS – Survival Toolkit for EDC in Postafctual Societies" stellen sich 16 Partnerorganisationen aus 13 Ländern, die im Feld der politischen Jugendbildung, Demokratiebildung und Menschenrechtsbildung arbeiten, der Frage: Ist politische Jugendbildung durch das Voranschreiten von (Rechts)Populismus, von Radikalisierung und durch das Postfaktische herausgefordert? Und wenn ja auf welchen Ebenen konkret?

Das Projekt wird auf drei Ebenen realisiert: Zunächst ging es in einem ersten Workshop in der Stiftung wannseeFORUM in Berlin (10.–14. Juli 2017) darum, eine Klärung der Begrifflichkeiten vorzunehmen, die in den verschiedenen europäischen Ländern auf unterschiedlich ausgeformte gesellschaftspolitische Realitäten treffen. Dementsprechend herrschen recht unterschiedliche Auffassungen und Lesarten bezüglich der mit dem Rechtspopulismus verbundenen Herausforderungen und Probleme: Ist Rechtspopulismus per se eine Demokratiegefährdung oder nicht? Was bedeutet das politische Voranschreiten rechtspopulistischer Kräfte in den verschiedenen beteiligten Ländern für den gesellschaftspolitischen Blick auf Radikalisierung junger Menschen? Sind unsere Gesellschaften durch das Eindringen des Postfaktischen in zusätzlicher Weise herausgefordert und welche Strategien und Konzepte gibt es drittens in der politischen Jugendbildungsarbeit?

In 14 Länderanalysen erarbeiteten die Partner auf einem zweiten Workshop in Almunecar (Spanien) (1.–5. November 2017) konkrete Herausforderung, vor denen sie in ihrer Arbeit auf der Ebene von Jugendpolitik und pädagogischer Praxis stehen. Aufbauend darauf erörterten sie Bedingungen, die in einer europäischen Perspektive die Bearbeitung der Herausforderungen unterstützen könnten. Interessanterweise waren sich die Partner darin einig, dass die eigentliche Herausforderung für politische Bildungsarbeit darin bestehe, einer nahezu allumfassenden Erosion gesellschaftlicher Bindungsangebote etwas entgegenzusetzen, wozu das Feld per se kaum in der Lage ist: Es ist erschreckend, wie tiefgreifend die Logik von ökonomischer Verzweckung, Verwertbarkeit und Effizienzsteigerung, kurzum das Voranschreiten des neo-liberalen Modells, in allen Bereichen unsere Gesellschaften in ihrer demokratischen Essenz herausfordert, und wie schlecht gerade Jugendarbeit und politische Bildungsarbeit in Europa aufgestellt ist, um überhaupt einen Beitrag zur Bearbeitung der Herausforderungen zu leisten.

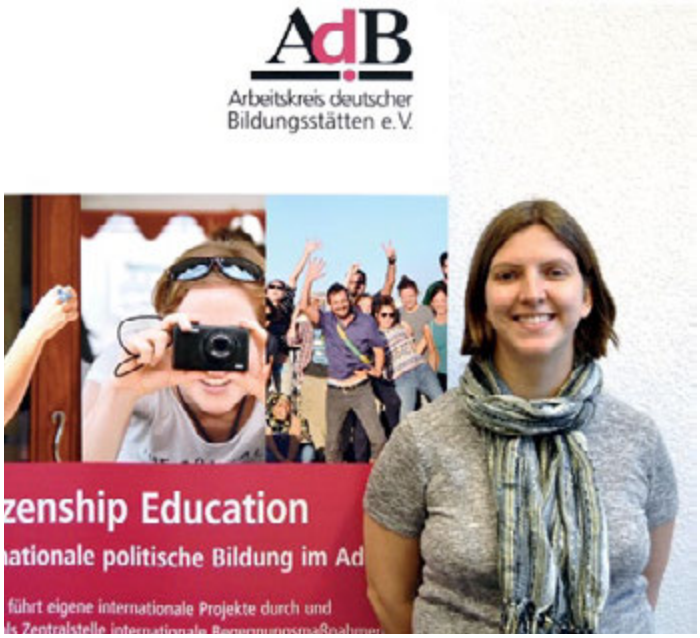
Teilnehmende an der Auftaktveranstaltung des Projekts STEPS in der Stiftung wannseeFORUM

Dennoch, es bleibt die erfreuliche Feststellung, dass es nicht an guten Herangehensweisen und Konzepten mangelt. Es mangelt aber vielerorts am politischen Willen, gute Praxis bekannt zu machen und diese sowie das Arbeitsfeld Youth Work anzuerkennen und die Landschaft politischer Bildung zu stärken.

2018 wird das Projekt mit einem Trainersmeeting der Frage nach der Übertragbarkeit und Skalierbarkeit bestehender Praxis nachgehen und in einer Abschlusskonferenz die Ergebnisse mit einer europäischen Fachöffentlichkeit diskutieren.

Mit dem Projekt STEPS konnte der AdB die europäische Dimension des AdB-Jahresthemas 2017 durch einen vertieften inhaltlichen Austausch mit Fachkräften der politischen Jugendbildungsarbeit unterfüttern.

Bundeskanzler-Stipendium ermöglicht Forschung zur politischen Erwachsenenbildung



Bruna Pretzel, Bundeskanzler-Stipendiatin bei der Alexander von Humboldt Stiftung

Seit dem 1. November 2017 arbeitet die Bundeskanzler-Stipendiatin Bruna Pretzel in der AdB-Geschäftsstelle. Für ein Jahr wird sie die politische Bildung im AdB begleiten, an den Veranstaltungen und Gremiensitzungen teilnehmen, die Strukturen, Themen, Bedeutung und Herausforderungen der politischen Erwachsenenbildung kennenlernen und ihren Blick aus brasilianischer Perspektive in die Diskussionen im Verband einbringen. Diese einjährige Zusammenarbeit ist dank eines Bundeskanzler-Stipendiums der Alexander von Humboldt Stiftung möglich. Ihr Interesse ist es, Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der politischen Erwachsenenbildung in Brasilien zu gewinnen.

Bruna Pretzel hat an der Universität São Paulo (Brasilien) Jura studiert und arbeitet seit dem Studienabschluss zu Rechtsbildung und außerschulischer Bildung. Für vier Jahre war sie Forscherin im Bereich Lehrmethodologie an der Juristischen Fakultät der Getulio-Vargas-Stiftung (FGV) in São Paulo. Neben der Forschungstätigkeit war sie Koordinatorin der Escola de Formação Pública – EFP, ein Programm außerschulischer Bildung der Brasilianischen Gesellschaft für Öffentliches Recht, das seit 2015 an der Juristischen Fakultät der FGV angeboten wird. Das Programm richtet sich an Jurastudierende aus verschiedenen Hochschulen, unabhängig von der bereits absolvierten Semesterzahl.

Ziel der EFP ist es, das Verständnis des Rechtsystems durch aktives Lernen und die Analyse konkreter und komplexer Fälle zu erweitern. Als Koordinatorin war sie oft mit den Herausforderungen konfrontiert, die sich aus der Vielfalt der Studierenden und aus der Diskussion über die Grenzen zwischen Recht und Politik ergeben. Diese Erfahrungen haben ihr Interesse an politischer Erwachsenenbildung geweckt und an der Förderung demokratischen Verhaltens in diversen Lerngruppen.

Ihr Interesse, die Zeit in Deutschland zu verbringen, begründete Bruna Pretzel damit, dass sie begeistert war von den verschiedenen deutschen Initiativen zur Demokratiestärkung und den Möglichkeiten politischer Bildung in Deutschland. Damit sind ganz andere Voraussetzungen für die Erwachsenenbildung und die politische Bildung insgesamt gegeben, als in Brasilien und die dortige Tradition der „educação popular" (Volksbildung). Diese Tradition hat sich zwar mit weniger öffentlicher Unterstützung als die deutsche politische Bildung entwickelt, ist aber ebenso durch große Vielfalt hinsichtlich der Methoden und Teilnehmende geprägt. Bruna Pretzel möchte gemeinsame Herausforderungen identifizieren, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung einer inklusiven politischen Bildung, sodass deutsche und brasilianische Akteure der politischen Erwachsenenbildung vom internationalen Dialog profitieren können.

Bruna Pretzel nutzt die Zeit intensiv, um die politische Bildungslandschaft in Deutschland kennenzulernen und zum brasilianisch-deutschen Dialog beizutragen. Das Netzwerk des AdB ist eine gute Grundlage, um Vielfalt von Einrichtungen und Initiativen, die unterschiedlichen Formate und Methoden erforschen zu können.

Als Ergebnis ihres Projekts soll ein Bericht entstehen, der u. a. als Grundlage für eine Sammlung von Fallstudien zur Reflexionsförderung unter Lehrenden in der Erwachsenenbildung dienen kann. Sie möchte sich damit an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Brasilien richten, die durch die Analyse eines ausländischen Bildungszusammenhangs ihre eigene Praxis auswerten können. ■

Fortbildungsreihe „Flucht und Migration“

Fortbildung „Politische Bildung kreativ“ im Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen

Flucht und Geflüchtete – Thema und Zielgruppe politischer Bildung

Eine dreiteilige Fortbildungsreihe für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Auf der Grundlage der Erfahrungen in den Fortbildungsangeboten 2016, hat der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten 2017 gemeinsam mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. erneut ein Fortbildungsangebot für Träger und Einrichtungen zur politischen Bildung für und mit Geflüchteten entwickelt.

Ziel dieser neuen Fortbildungsreihe war es, die Akteure politischer Bildung zu unterstützen, den eingeschlagenen Weg der Weiterentwicklung und fachlichen Qualifizierung der Angebote politischer Bildung für geflüchtete Menschen fortzusetzen und das Angebot auszubauen.

Folgende Veranstaltungen fanden statt:

- 24.–25. April 2017 im Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen, Bad Bevensen: Fortbildung zum Thema „Politische Bildung kreativ. Kulturelle Methoden für die politische Bildung mit geflüchteten Menschen“
- 22. Juni 2017 beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten im Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe, Berlin: Fachtag zum Thema „Was ist möglich, was geht nicht? Die rechtliche Lage geflüchteter Menschen und deren Bedeutung für die politische Bildungsarbeit“
- 23.–24. Oktober 2017 in der Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar: Fortbildung „Get together. Kontaktbörse für Träger politischer Bildung und Selbstorganisationen Geflüchteter“

Kulturelle Methoden für die politische Bildung

Die Fortbildung im April im Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen mit 25 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung hatte eine der größten Hürden im Fokus: die Hürde der sprachlichen Verständigung. Die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung standen immer wieder vor der Frage, wie ein Bildungsprozess in Gang gesetzt werden kann, wenn weder Deutsch- noch Englischkenntnisse als gemeinsame Basis gegeben sind, sondern gleich mehrere Sprachen und Dialekte im Seminar versammelt sind. Die Fortbildung setzte daher auf den Zugang über kreative Methoden aus den Bereichen Theaterpädagogik, Medienpädagogik, Spiel und Gestaltung. Diese Methoden eignen sich in besonderer Weise für die Ansprache geflüchteter Menschen, da sie auf Kreativität und Gestaltung setzen, den ganzen Menschen ansprechen und damit gerade für Personen mit geringen Sprachkenntnissen geeignet sind.

Die Teilnehmenden wendeten mit sehr großem Engagement und viel Freude die vorgestellten Methoden selbst an und reflektierten sie im Hinblick auf ihre eigene Bildungsarbeit. Dabei wurde

deutlich, dass kreative und kulturpädagogische Zugänge auch deshalb wichtig für die politische Bildung sind, weil sie den Teilnehmenden auf einfache Weise einen Perspektivwechsel ermöglichen. Im Spiel eine ungewohnte Rolle einnehmen, im Theaterstück eine andere Person darstellen, ein Bild oder Foto verfremden – all dies verlangt, die eigenen Seh- und Denkgewohnheiten zu verlassen, den Blickwinkel zu verändern und sich in andere Personen und ihre Sichtweisen einzudenken. Genau dies sind wichtige Kompetenzen, die Menschen benötigen, um demokratische Aushandlungsprozesse mitzugestalten. Das friedliche Ringen um Meinungen, Ansichten und Entscheidungen in der Demokratie verlangt Verstehen und Verständnis für die Position des Gegenübers – politische Bildung mit kreativen Mitteln ist dafür genau das richtige Lernfeld, das hat die Fortbildung gezeigt.

Rechtliche Fragen klären

Die zweite Fortbildungsveranstaltung im Juni in Berlin war eintägig und richtete sich ebenfalls an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung. Sie widmete sich dem rechtlichen Status geflüchteter Menschen bzw. der Frage, welche Auswirkungen die rechtliche Situation auf die politische Bildungsarbeit hat oder haben könnte. Beispiele für Fragen, die in diesem Kontext auftauchen, sind: Dürfen Geflüchtete an Exkursionen teilnehmen? Ist ihr Einsatz als Teamer-/in möglich? Dürfen Honorare gezahlt werden? Wie motiviert sind Teilnehmende, wenn ihre Zukunftsperspektiven ungewiss sind?

Die Einladung nach Berlin brachte insgesamt 23 Teilnehmende aus unterschiedlichen Bereichen der (politischen) Bildungsarbeit zusammen. Sie wurden von fachkundigen Referenten informiert, in Kleingruppen wurden Einzelfragen erörtert. Den Schlusspunkt dieser Veranstaltung bildeten praxisnahe Informationen, Tipps und Hinweise auf Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für die politische Arbeit mit geflüchteten Menschen, die auf großes Interesse der Teilnehmenden stießen.

Geflüchteteninitiativen einbeziehen

Die letzte Veranstaltung der Reihe, die in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte in Weimar im Oktober stattfand, hatte das ambitionierte Ziel, den methodisch und inhaltlich veränderten Bedarf der politischen Bildnerinnen und Bildner an Fortbildungen auf besondere Weise aufzugreifen: Nicht externes Expertenwissen und Inputs standen im Vordergrund, sondern Eigeninitiative, Vernetzungswille und Ideen der Teilnehmenden waren gefragt. „Get together. Kontaktbörse für die Träger politischer Bildung und Selbstorganisationen Geflüchteter“ war die Veranstaltung überschrieben, und sie bildete den Rahmen für Aktive und Interessierte der politischen Bildung, miteinander ins Gespräch zu kommen, um gemeinsame Projektideen zu schmieden.

Fortbildung „Politische Bildung kreativ“ im Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen

Die 36 Teilnehmer/-innen kamen aus Bildungsstätten und Bildungswerken, aus Jugendverbänden und Jugendringen, aus Bildungsvereinen und -initiativen, aus Flüchtlingsräten und von Landeszentralen der politischen Bildung. Ebenso vielfältig vertreten waren Vertreter/-innen von Geflüchteteninitiativen: Refugees Emancipation, Jugendliche ohne Grenzen, Voix des Sans Voix, Youth Refugee Council, Bildung bewegt, Refugees4Refugees.

Fortbildung „Get together. Kontaktbörse für Träger politischer Bildung und Selbstorganisationen Geflüchteter“ in der EJBW in Weimar

Resümee:
Politische Bildung ist leistungsstark

Mit der letzten Veranstaltung in der EJBW haben AdB und IDA ihre Fortbildungsreihe abgeschlossen. Der auswertende Rückblick auf alle sechs Fortbildungen ist insofern besonders interessant, weil er aus Veranstalterperspektive nicht nur zeigt, dass die Fortbildungen zur erfolgreichen Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren geführt und neue Projekte angestoßen haben, sondern er gibt den Blick auf eine enorme Entwicklung der politischen Bildung insgesamt preis. Während der zwei Jahre, in denen die Veranstalter viele verschiedene Träger und Einrichtungen kennenlernen konnten, sind aus den ersten orientierenden Suchbewegungen hoch entwickelte, qualitativ herausragende Projekte politischer Bildung entstanden. Die politische Bildungsarbeit mit Geflüchteten hat sich ausdifferenziert, erweitert, ist neue Wege gegangen und hat viele neue Teilnehmende erreichen können. Das breite Angebot, das heute existiert, reicht beispielsweise vom professionellen Filmprojekt mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen über eine Seminarreihe für geflüchtete Frauen zu Fragen von Ökonomie und Verbraucherschutz bis hin zur Integration junger Geflüchteter in die Strukturen politischer Bildung durch die Ausbildung zum Teamer bzw. zur Teamerin. Die Träger politischer Bildung haben, so das Resümee, in sehr kurzer Zeit sehr viel geleistet, sie haben im Hinblick auf ihr Angebot und die neue Zielgruppe Flexibilität, Phantasie und Innovationsfreude bewiesen. Und sie haben aus einem Angebot „für“ ein Angebot „mit“ geflüchteten Menschen gemacht und damit sicherlich einen Beitrag für ein respektvolles und demokratisches Miteinander geleistet. ■

Die strukturelle Weiterentwicklung des Verbandes

Politische Bildung – ein dynamisches, sich ständig veränderndes Arbeitsfeld

Die strukturelle Weiterentwicklung des Verbandes

Wenn es stimmt, dass sich die politische Bildung immer wieder neu erfinden muss, wie es der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger einmal geäußert hat, dann müssen sich auch diejenigen, die Träger dieser politischen Bildung sind, immer wieder neu erfinden.

Neu erfinden heißt in diesem Fall für den AdB, nicht stehenzubleiben auf dem erreichten Niveau, politische und gesellschaftliche Veränderungen aufzugreifen, neue Themen zu generieren, weitere Zielgruppen anzusprechen, sich weiter zu qualifizieren und neue Kooperationen einzugehen.

Die Mittel und Wege im AdB, Veränderungen produktiv zu nutzen, die Flexibilität zu erhalten und die Weiterentwicklung sowohl fachlich wie auch strukturell zu ermöglichen, sind vielfältig. Dazu gehören Fachtagungen und Fortbildungen zur Qualifizierung, dazu gehört die Arbeit der Fachkommissionen als Austausch- und Beratungsgremien ebenso wie die Öffentlichkeitsarbeit, um politische Bildung sichtbar zu machen. Auch die Netzwerkarbeit in den Bereichen Jugend und Bildung, die der Zusammenarbeit ebenso dient wie der Interessenvertretung, wird im AdB genutzt, um über den Tellerrand der eigenen Arbeit und der eigenen Profession hinaus Anregungen und Input zu bekommen.

Fortbildungen und Fachtagungen

Die politische Bildung ist ein dynamisches, sich ständig veränderndes Arbeitsfeld. Neue soziale, politische, ökonomische Entwicklungen müssen berücksichtigt werden, neue Zielgruppen erschlossen, neue Methoden erlernt, neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung in die pädagogische Arbeit integriert werden. Um die Mitarbeitenden in den Einrichtungen zu unterstützen, bietet der AdB zahlreiche Fortbildungsangebote und Fachveranstaltungen an, die sich an alle Berufsgruppen in den Einrichtungen richten.

Thematische Herausforderungen

Mit der Fachtagung „Neue Kriege – neue Wege zum Frieden?", die am 31. Mai 2017 im Niedersächsischen Landtag in Hannover stattfand, wurde ein wichtiges, aber auch schwer fassbares Thema aufgegriffen und stärker in das Bewusstsein der politischen Bildung gerückt. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, dem Institut für Didaktik der Demokratie – Leibnitz Universität Hannover und in Zusammenarbeit mit der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung in Niedersachsen durchgeführt. Das Interesse war groß. Es konnten Menschen aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen erreicht werden: aus Bildungsstätten, Schulen, Volkshochschulen, Friedensinitiativen, Vereinen, kirchlichen Einrichtungen etc. Deutlich wurde, dass politische Bildung den Blick für Hintergründe und Interessenlagen schärfen muss und helfen kann, Wissen über globale Zusammenhänge zu vermitteln, über den Einfluss, den unsere Lebensweise auf andere Regionen in der Welt hat und über die Rolle von wirtschaftlichen und politischen Interessen.

Dr. Frank Sauer, Universität der Bundeswehr München; Fachtagung „Neue Kriege – neue Wege zum Frieden?"

Diskussion während der Fachtagung „Wer bildet Meinung?“

Die Kernthematik „Krieg und Frieden“ sollte eine größere Rolle in Bildungskontexten spielen.

Ein ebenso aktuelles wie brisantes Thema griff die Fachtagung in der Europäische Akademie Otzenhausen in der letzten Novemberwoche auf. „Wer bildet Meinung? Gesellschaftspolitischer Diskurs zwischen Medienfreiheit und ‚alternativen Fakten‘“ lautete die Frage, die von ca. 50 politischen Bildnerinnen und Bildnern diskutiert wurde. Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Medienpädagogik, Journalismus und Politik informierten in Vorträgen, Diskussionen und Workshops darüber, welche digitalen Bedingungen in welcher Weise Einfluss auf die (politische) Meinungsbildung der Menschen nehmen, wie überhaupt Meinungen gebildet werden, welche Faktoren eine Rolle spielen und welche Bedeutung dabei den digitalen Medien zukommt.

Die Informationsbedürfnisse von Menschen, so wurde deutlich, sind verschieden. Die Aufgabe politischer Bildung ist es, auf die unterschiedlichsten Informationsbedürfnisse zu reagieren und das Politische darin sichtbar zu machen. Die Kunst der Pädagoginnen und Pädagogen liegt darin, mit der kognitiven Dissonanz umzugehen, also dem menschlichen Impuls, zunächst einmal nur das wahrzunehmen, was in das eigene Weltbild passt. Politische Bildung muss der (digitalen) Zersplitterung etwas entgegensetzen und den Zusammenhalt der Gesellschaft fördern.

Politische Bildung sichtbar machen

Vom 23. bis zum 28. September 2017 fand im Gustav-Stresemann-Institut, Bonn, die Fortbildung für die Kolleginnen und Kollegen der Öffentlichkeitsarbeit in den Mitgliedseinrichtungen mit dem Titel „Für politische Bildung mit Pfiff und wenig Aufwand wirksam werben. Öffentlichkeitsarbeit und die Gewinnung von Teilnehmenden“ statt. Während dieser Fortbildung erhielten die Teilnehmenden Tipps für die Öffentlichkeitsarbeit. Es wurden viele kleine, pfiffige und kostengünstige Methoden, Tricks und überraschende Ideen vorgestellt, wie man mit geringem zeitlichen und finanziellen Aufwand für die politische Bildung, für Veranstaltungen oder die Einrichtung werben kann. Der Referent griff die Themen Print (Flyer, Plakate), Ausstellungen, Infotische und die Gestaltung des Foyers in Bildungsstätten auf und beschrieb verschiedene Aktionen auf der Straße, um die Menschen miteinander und über das Thema, das Angebot ins Gespräch zu bringen und Bilder zu produzieren.

Jugendpolitische Herausforderungen

Die JugendPolitikTage, veranstaltet vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), hatten zum Ziel, jungen Menschen Gehör zu verschaffen und ihre Ideen und Fragen im Hinblick auf eine Politik für Jugendliche sichtbar zu machen und aufzugreifen. Sie fanden vom 5. bis 7. Mai in Berlin statt, und der AdB war mittendrin: Für 90 Minuten besetzte das Berliner jugendFORUM im Auftrag des AdB die Bühne der JugendPolitikTage auf dem Washingtonplatz in Berlin. Rund 400 Jugendliche aus ganz Deutschland diskutierten im Anschluss eines szenischen Einstiegs des Theaterensembles S.K.E.T. vom Theater X mit verschiedenen Gesprächspartnern die Frage, welche Zugänge zu Politik und politischer Bildung für junge Menschen geschaffen werden können. Das von der Stiftung wannseeFORUM getragene Projekt

Jugendpolitiktage 2017

gestaltete das erste von insgesamt sechs Foren der JugendPolitikTage. Es machte deutlich, wie politische Bildung gelingt und junge Menschen erreichen kann. Durch diese Performance setzte der AdB einen besonderen Akzent und zeigte verschiedene aktuelle Ansätze der politischen Bildung.

Anfang Oktober trafen sich erneut rund 60 Jugendliche aus ganz Deutschland in der Jugendherberge am Berliner Ostkreuz, um die Jugendstrategie der Bundesregierung weiterzuentwickeln, sich zu Themen wie „Engagement für Europa", „Chancengerechtigkeit" oder „Jugendbilder" auszutauschen und um mit Vertreterinnen und Vertretern von Jugendorganisationen der Parteien zu diskutieren. Der AdB hat in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundesjugendring (DBJR) und der Beteiligungswerkstatt „Jugend.beteiligen.jetzt" einen Workshop während des Kongresses realisiert. Thema des Workshops waren aktuelle Formen der Beteiligung von Jugendlichen und die Rolle von politischer Bildung. Die in den verschiedenen Workshops erarbeiteten Forderungen wurden beim Abschlussplenum vorgestellt und mit Verantwortlichen diskutiert.

Ebenfalls einen Workshopcharakter hatte die Veranstaltung „Lernen Kinder Demokratie? Kinder machen Demokratie!" im Rahmen des 16. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetags (DJHT) Ende März in Düsseldorf. An vier Stationen konnten vier unterschiedliche Projektbeispiele erfahren sowie kreative Ideen und Methoden ausprobiert werden. Die Teilnehmenden hatten die Gelegenheit, zwischen den Stationen zu wechseln. Sie konnten verschiedene Zugänge kennenlernen und diskutieren. Deutlich wurde, dass politische Bildung mit Kindern hervorragend gelingt, aber auch, dass für diese Arbeit Rahmenbedingungen notwendig sind, die zeigen, dass die Teilhabe der Kinder gewollt und unterstützt wird, dass Räume geschaffen werden, in denen demokratische Aushandlungsprozesse gelernt und Verantwortungsübernahme zugelassen wird.

Personal in Bildungseinrichtungen

Den Jahresauftakt in Sachen Fortbildung machte vom 22. bis 24. Februar 2017 traditionell die Veranstaltung für die Hauswirtschaftsleitungen, die in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar stattfand. Die Fortbildung nahm sich des Themas der Personalführung in Bildungsstätten an. Ein erfahrener Referent führte in das Thema ein und legte den Fokus auf die Kommunikation mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Über praktische Übungen konnten die Besonderheiten der Kommunikation im Arbeitsleben aufgezeigt werden, unterschiedliche Herangehensweisen konnten durch die gegenseitige kollegiale Beratung erarbeitet werden.

Die Haustechniker der AdB-Mitgliedseinrichtungen führte es im Herbst vom 19. bis 21. September 2017 in das Bildungshaus Zeppelin nach Goslar. Hier ging es um Brandschutzvorsorge und Arbeitssicherheit im Alltag der Bildungsstätten. Die Teilnehmenden erhielten einen Input zum Thema und diskutierten die unterschiedlichen Herangehensweisen und Herausforderungen in den Bildungsstätten. Deutlich wurde bei der Diskussion auch, dass sich das Berufsbild „Haustechniker" stark verändert hat und die Anforderungen an die Personen enorm gestiegen sind. Als umso wichtiger stellt sich daher das Fortbildungsangebot des AdB dar.

Teilnehmende an der Fortbildung für die Haustechniker der AdB-Mitgliedseinrichtungen vor dem Feuerdrachen

Ebenfalls mit Fragen des Personals beschäftigten sich die Leiterinnen und Leiter von Bildungseinrichtungen während der Fachtagung „Wirtschaftlichkeit in Bildungseinrichtungen. Personalentwicklung – Personalberechnung – Personalsteuerung“ vom 27. bis 28. September 2017 in der Akademie Frankenwarte in Würzburg. Schwerpunkt der Veranstaltung war die Wirtschaftlichkeit der Häuser im Hinblick auf Personalentwicklung, Personalberechnung und Personalsteuerung. Es ging um die Frage, wie es möglich ist, die Kosten für Personal – der größten und wichtigsten Ressource einer Einrichtung – in einem ausgewogenen Verhältnis zu den Zielen und Möglichkeiten der Einrichtung zu halten. Neben dem Input einer Organisationsberaterin berichteten Kommissionsmitglieder aus ihren jeweiligen Einrichtungen, wie dort in den Bereichen pädagogisches Personal, Hauswirtschaft und Verwaltung Arbeiten und Abläufe unter Einbeziehung aller Mitarbeitenden verbessert und optimiert werden konnten. Diese kollegiale Beratung ist aufgrund ihrer Praxisnähe besonders hilfreich und gewinnbringend.

Fachkommissionen

Die Fachkommissionen im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten haben einen zentralen Stellenwert als kommunikative Austauschgremien im Verband, sind Fortbildungsangebote für Mitarbeitende der Mitgliedseinrichtungen, Foren des fachlichen Diskurses und Räume für kollegiale Beratung.

Kommission Jugendbildung

Die Kommission Jugendbildung tagte im Frühjahr und im Herbst und widmete sich schwerpunktmäßig den Themen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Ausgangspunkt war die wahrnehmbare Entwicklung der Diskursverschiebung: Was noch vor kurzer Zeit unsagbar war, kann heute ausgesprochen werden und hat bereits, mehr oder minder schleichend, Eingang gefunden in die Sprache von Politikerinnen und Politikern auch der etablierten Parteien. Die Leiterin der bundesweiten Fachstelle „Rechtsextremismus und Familie“, angesiedelt im LidiceHaus in Bremen, berichtete während der Kommissionsitzung, wie sich diese Verschiebungen im sozialen Miteinander auswirken und wie sie mit ihrer Arbeit, mit Vorträgen und Seminaren, die sich besonders an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren richten, versucht, diesen Auswirkungen etwas entgegen zu setzen.

Diskutiert wurde zudem, wie sich die politische Bildung bzw. die politischen Bildnerinnen und Bildner selbst verhalten sollten oder müssen gegenüber rechten oder rechtspopulistischen Parteien und Organisationen. Wie politisch darf oder muss die politische Bildung sein? Die Kommission arbeitet an der Entwicklung eines Positionspapiers. Ziel des Papiers ist es, eine Debatte im AdB darüber anzustoßen, wo Grenzen der politischen Bildung sind, wie eine Positionierung gegenüber rechten Parteien und Organisationen aussehen kann, aber auch, wie sich politische Bildung gegenüber anderen Professionen besser profilieren kann. Für die klare Positionierung gegen Rechts, so der allgemeine Tenor, wird sich die Kommission an den Grundrechten und am Referenzrahmen der Menschenrechtsbildung orientieren. Ziel ist es auch, das eigene Profil unter die Lupe zu nehmen und zu schärfen und damit gleichzeitig auch eine bessere interdisziplinäre Zusammenarbeit mit den angrenzenden Feldern der Arbeit zu schaffen.

Kommission Geschlechterreflektierte Bildung

Der Rechtspopulismus war ebenfalls Thema der Kommission Geschlechterreflektierte Bildung. Hier ging es um die Frage nach Geschlechterbildern und Geschlechterpolitik des Rechtspopulismus. Der eingeladene Experte machte deutlich, wie wichtig es sei, die ideologischen Versatzstücke rechter Argumentationen in ihren Funktionsweisen und die von ihnen ausgehende Attraktivität zu verstehen und pädagogisch zugänglich zu machen. Im Kern gehe es rechtspopulistischen Akteuren darum, mit Verweis auf den gesunden Menschenverstand die gesellschaftliche Aushandlung von Geschlechterverhältnissen, -hierarchien und -normen zu verhindern.

Dies lässt sich auch eindrucksvoll anhand von Wahlplakaten rechtspopulistischer Parteien in Deutschland und Österreich aufzeigen. Gender Mainstreaming, so war den Plakaten zu entnehmen, wird nicht nur abgelehnt, sondern als „Frühsexualisierung“ von Kindern und „Gleichmacherei“ von Frauen und Männern diffamiert. Zur Untermauerung der Aussagen werden unbewiesene und falsche Behauptungen herangezogen. Wissenschaftliche Forschungsergebnisse werden negiert, Emotionen bedient.

Im Hinblick auf die Teamerinnen und Teamer der politischen Bildung wurde festgehalten, dass diese einen klaren Standpunkt brauchen, ihre Position deutlich sichtbar machen und klare Standards für den Umgang miteinander setzen müssen. Voraussetzungen sind die Akzeptanz der anderen Teilnehmenden, keine Diskriminierung, gegenseitige Wertschätzung, und ein ernsthafter Diskurs, der die Strategien rechter Geschlechterpolitik aufgedeckt.

Kommission Europäische und Internationale Bildung

Auch in dieser Kommission waren die besorgniserregenden Entwicklungen in Deutschland und Europa Gegenstand der Diskussion. In einer Zeit, in der es in Europa immer schwerer fällt, einen politischen Konsens über Grundlagen von Menschenrechtsbildung und Demokratiebildung aufrechtzuerhalten, stehen Fragen von Gender-Gerechtigkeit wie auch Diskriminierungen aller Art auf dem Prüfstand und verlangen eine verstärkte Fokussierung auch in der internationalen Begegnungsarbeit. Mit dem Anspruch, durch politische Bildung Geschlechtergerechtigkeit zu ermöglichen, steht die politische Bildung nicht nur im internationalen, sondern auch im nationalen Kontext vor unvermuteten Herausforderungen. Durch verschiedene Inputs näherten sich die Teilnehmenden der Sitzung den Themen Mehrfachdiskriminierung, Intersektionalität, Sexismus und Rassismus. Eigene Vorurteile, die Sensibilisierung für verschiedene kulturelle Backgrounds sowie Awareness-Konzepte wurden in den Blick genommen.

In einer weiteren Sitzung beschäftigte sich die Kommission mit den Schnittmengen der drei Fachdisziplinen politische Bildung, kulturelle Bildung und internationale Bildung.

Junge Menschen befähigen, zur Teilhabe anregen und Kompetenzen entwickeln wollen dem Anspruch nach alle drei Arbeitsfelder. Jedes Arbeitsfeld beansprucht dabei eine eigene Fachlichkeit und formuliert Qualitätskriterien und -ansprüche an gelungene Jugend- und Erwachsenenbildung. Die Teilnehmenden diskutierten mit verschiedenen Gesprächspartnern die unterschiedlichen Perspektiven auf die einzelnen Felder, insbesondere in Hinblick auf den jeweils feldimmanenten Qualitätsanspruch und Gelingensanspruch. An konkreten Fallbeispielen aus der Bildungsarbeit wurde versucht auszuloten, inwiefern diese Ansprüche jeweils in Gänze eingelöst werden konnten.

Mitglieder der Kommission Erwachsenenbildung im Gespräch mit der Direktorin der wiedergegründeten Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Ulrika Engler

Kommission Erwachsenenbildung

Die Kommission Erwachsenenbildung setzte sich mit zwei aktuellen Themen politischer Bildung auseinander: mit der Entwicklung der europäischen Erwachsenenbildung, den damit verbundenen aktuellen Herausforderungen und (Förder-)Möglichkeiten sowie mit dem Thema „Digitalisierung und Medienkompetenz in der politischen Erwachsenenbildung". Für den ersten Themenschwerpunkt konnte Hans Georg Rosenstein von der Nationalen Koordinierungsstelle für die Europäische Agenda Erwachsenenbildung gewonnen werden. Er gab einen ausführlichen Einblick in den aktuellen Stand der Europäischen Agenda. Der zweite Themenschwerpunkt wurde durch kompetente Mitglieder der Kommission gestaltet. Es wurden digitale Instrumente und Methoden für die politische Erwachsenenbildung und das kollaborative Arbeiten vorgestellt; verschiedene Tools wurden ausprobiert.

Auf der Agenda stand darüber hinaus das Thema „Politische Bildung mit und für Geflüchtete". Die Arbeitsgruppe „Arbeit mit Geflüchteten" des Niedersächsischen Landesverbands der Heimvolkshochschulen führte in das Thema ein und stellte gelungene Praxisbeispiele vor.

Kommission Verwaltung und Finanzen

Die neue Zielgruppe der geflüchteten Menschen stand auch im Mittelpunkt der Sitzung der Kommission Verwaltung und Finanzen. Die Kommissionsmitglieder tauschten sich über die Bildungsarbeit mit Geflüchteten und die aktuellen Entwicklungen, die in diesem Bereich in den Einrichtungen beobachtet werden konnten, aus. Wieder zeigte sich eine beeindruckende Vielfalt an Projekten und Maßnahmen. Von Sprachcamps, Ferienfreizeiten, Seminaren mit gemischten Zielgruppen, von Fortbildungsmaßnahmen für Ehrenamtliche und Lehrer/-innen wurde berichtet. Die Mitgliedseinrichtungen des AdB arbeiten mit minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlingen zusammen, machen niedrigschwellige Angebote für geflüchtete Frauen, initiieren Tandem-Projekte oder entwickeln Mitbestimmungskonzepte. Dabei kooperieren sie mit vielen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen vor Ort.

Die Mitglieder der Kommission Europäische und Internationale Bildung

Öffentlichkeitsarbeit im AdB

Die Öffentlichkeitsarbeit des AdB ist für alle Gremienarbeit und alle Aktivitäten eine verbindende Klammer: Ziel ist es zum einen, die politische Bildung ins Gespräch zu bringen, die Bildungsarbeit der AdB-Mitgliedseinrichtungen und des Verbandes insgesamt bekannt zu machen und die Vielfalt und die gesellschaftliche Bedeutung politischer Bildung zu kommunizieren. Zum anderen ist es Ziel, die fachliche Weiterentwicklung der politischen Bildung anzuregen und den Fachdiskurs mitzugestalten.

Um die Mitgliedseinrichtungen in ihrer eigenen Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, wurde 2014 das *AdB-Netzwerk Öffentlichkeitsarbeit* für alle in den Mitgliedseinrichtungen zuständigen Referentinnen und Referenten ins Leben gerufen. Ziel ist die gegenseitige Unterstützung, das Nutzen von Synergieeffekten, der Austausch von Ideen und Erfahrungen sowie die Fortbildung.

Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“

Verschiedene Instrumente stehen dem AdB neben der Durchführung von Fachtagungen, Fortbildungen und der Organisation der Gremienarbeit zur Verfügung. Zentrales, wichtiges Element ist die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung“. Sie ist im Jahr 2017 mit vier Ausgaben erschienen. Sie wird für den AdB von Ulrich Ballhausen und Dr. Paul Ciupke herausgegeben und vom Redaktionsbeirat der Fachzeitschrift verantwortet und inhaltlich geplant. Der Redaktionsbeirat besteht neben den beiden Herausgebern aus fünf weiteren Vertreter/-innen aus Mitgliedseinrichtungen des AdB: Gertrud Gandenberger (Internationales Forum Burg Liebenzell e. V.), Dr. Meron Mendel (Bildungsstätte Anne Frank), Wolfgang Pauls (Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde e. V.), Dr. Beate Rosenzweig (Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V.) und Ulrike Steimann (Karl-Arnold-Stiftung). Weiterhin gehören die Geschäftsführerin des AdB, Ina Bielenberg, und die Redakteurin, Dr. Friedrun Erben, dem Redaktionsbeirat an. Der Redaktionsbeirat traf sich 2017 zu zwei Sitzungen, um die Themenplanung sowie die Feinplanung einzelner Schwerpunkte vorzunehmen.

Die Zeitschrift erschien 2017 – jeweils in einer Auflage von 1.000 Exemplaren – mit folgenden thematischen Schwerpunkten:

AB 1/2017: Neue Kriege – neue Wege zum Frieden?

In den Beiträgen dieser Ausgabe wird deutlich, wie vielschichtig, kompliziert, grenzüberschreitend und weitreichend die Auswirkungen neuer kriegerischer Auseinandersetzungen sind und welche Herausforderungen dies für Staaten, supranationale Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteure nach sich zieht. Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es, um Verantwortung für den Frieden jenseits militärischer Mittel zu denken und ernst zu nehmen? Welche Rolle kommt in diesem Zusammenhang der politischen Bildung zu? Die Beiträge zeigen, wie politische Bildner/-innen auf die aktuellen Herausforderungen reagieren können und welche friedenspädagogischen Konzepte helfen, sich für ein friedliches Zusammenleben einzusetzen und Verunsicherungen abzubauen.

AB 2/2017: Die Konstruktion der Anderen

In dieser Ausgabe werden Mechanismen der „Konstruktion der Anderen“ und die daraus entstehenden Diskussionen über

Zugehörigkeit und Abgrenzung beschrieben. Es werden Herausforderungen für die politische Bildung benannt, dieses Thema adäquat aufzugreifen, für Ausgrenzungsmechanismen und Diskriminierung zu sensibilisieren und zu reflektieren, wie die politische Bildung selbst Gruppen und Zugehörigkeiten verhandelt, wahrnimmt und konstruiert. Die Konstruktion des Eigenen geht notwendigerweise mit der Abgrenzung vom Anderen einher. Die Annahmen dessen, was eine Person oder eine Gruppe von anderen unterscheidet, münden oftmals in hierarchisierende Deutungen, in Ausgrenzung und Diskriminierung. Hier ist die politische Bildung gefordert, eine bewusste Auseinandersetzung mit der eigenen Identitätskonstruktion anzuregen, die kritische Auseinandersetzung mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen zu unterstützen und sich gegen Ausgrenzung und Diskriminierung zu engagieren.

AB 3/2017: Der Kommunismus im 20. Jahrhundert – 100 Jahre nach der Oktoberrevolution

Warum sollte sich die politische Bildung heute mit der Oktoberrevolution und ihren Folgen beschäftigen? Ganz sicher deshalb – so eine möglichen Antwort –, weil die gewaltsame Machtergreifung der kommunistischen Bolschewiki im Jahr 1917 die Geschichte des 20. Jahrhunderts wie kaum ein anderes historisches Ereignis beeinflusst hat. Und weil die Ereignisse und deren Folgen uns immer wieder deutlich machen, wie wichtig es ist, jeder Gewalt gegen Andersdenkende entgegenzuwirken. Historisch-politische Bildung ist ein wichtiger Schwerpunkt politischer Jugend- und Erwachsenenbildung im AdB, bei dem immer der Bezug zwischen historischen und aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen herstellt wird. Deshalb lag es nahe, anlässlich des Jahrestags zu fragen, wie sich diese Ereignisse in der politischen Bildung widerspiegeln.

AB 4/2017: Zivilgesellschaft und politische Bildung

Die Beiträge dieser Ausgabe beleuchten den Begriff der Zivilgesellschaft aus unterschiedlichen Perspektiven, stellen Konzepte, Akteure und neue Formen zivilgesellschaftlichen Engagements vor und benennen aktuelle Herausforderungen durch „unzivile" Bestrebungen und Aktivitäten. Anhand von Klassikern der Politischen Theorie und Philosophie werden unterschiedliche Zugänge zu Zivilgesellschaft vorgestellt und wird gefragt, ob und wie antidemokratische Tendenzen mit zivilgesellschaftlichen Potenzialen begegnet werden kann. Es wird ein Blick auf die Menschen und Organisationen geworfen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren und Beispiele aus der Praxis zeigen, in welcher Weise politische Bildung die reflektierte Handlungsfähigkeit stärken kann. Sie zeigen aber auch, dass die Übergänge zwischen politischer Bildung und zivilgesellschaftlichem Engagement mitunter verschwimmen. Ein besonderer Blick auf (Zivil-)Gesellschaft und politische Bildung in osteuropäischen Staaten macht deutlich, dass eine funktionierende, starke und demokratische Zivilgesellschaft keine Selbstverständlichkeit ist.

Jahresberichte über die Arbeit des AdB und das Programm politische Jugendbildung 2016 und weitere Veröffentlichungen

Ist die Zeitschrift vor allem ein Instrument der inhaltlichen Fachdiskussion, sind die Berichte ein Schaufenster der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in die Fachwelt hinein. Als Fachverband der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung setzt sich der AdB seit Jahren dafür ein, die Angebote politischer Bildung auszubauen, die Strukturen von Bildungsstätten und weiteren Trägern zu stärken und die fachliche und qualitative Weiterentwicklung politischer Bildung sicherzustellen. Mit den Berichten über seine Arbeit im Jahr 2016 und über das Programm Politische Jugendbildung in der zu Ende gegangenen sechsjährigen Förderperiode wird deutlich, wie der AdB darauf und auf die besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen reagiert: auf die Integration neuer Zielgruppen, auf veränderte Erwartungen der Teilnehmenden, auf gestiegene Qualifizierungs- und Fortbildungsbedarfe, strukturelle Veränderungen in der Trägerlandschaft sowie auf gesellschaftliche und politische Entwicklungen. Die Berichte machen deutlich, mit welchen Schwerpunkten, Themen, nationalen und internationalen Projekten und Veranstaltungen das Feld der politischen Bildung bereichert wird und wie die fachliche Weiterentwicklung der politischen Bildung sowie die Qualifizierung der haupt-, neben- und ehrenamtlich tätigen Mitarbeitenden in den Einrichtungen gelingt. Mit diesen Aktivitäten sowie mit Publikationen oder dem Bundesprogramm „Politische Jugendbildung im AdB" werden die strukturellen Grundlagen geschaffen, das Feld der politischen Bildung zu stärken.

Der AdB hat zudem eine Broschüre zum AdB-Jahresthema 2017 „Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation" vorbereitet. Mit dieser Broschüre wurden Aktivitäten, Reflexionen, Veranstaltungen und Projekte der Mitgliedseinrichtungen und des Verbandes zum AdB-Jahresthema 2017 präsentiert. Das Thema wird mit drei reflektierenden Beiträgen eingeführt und mit sechs Praxisbeispielen wird gezeigt, wie das Jahresthema mit unterschiedlichen Zugängen, Ideen, Konzepten und Methoden in der politischen Bildung aufgegriffen werden konnte. Das AdB-Jahresthema wurde zudem mit einem Veranstaltungskalender und einer umfangreichen Link- und Materialsammlung auf der AdB-Homepage begleitet.

Weitere Instrumente der AdB-Öffentlichkeitsarbeit
Die AdB-Homepage *www.adb.de* informiert über sieben Menüpunkte (Der AdB, Mitglieder, Arbeitsfelder, Jahresthema, Publikationen, Termine, Aktuelles) über den AdB, seine Aktivitäten und Veröffentlichungen. Zentrales Element der Homepage ist die Online-Mitgliederdatenbank unter der Rubrik „Mitglieder", in der mittlerweile 76 Einrichtungsprofile aufgerufen werden können. Diese Seiten sind ein wichtiges Instrument, um auf die politische Bildung in den Einrichtungen aufmerksam zu machen. Mit ca. 55 aktuellen Meldungen wurde aus der Arbeit des Verbandes zeitnah berichtet.

Um den veränderten Anforderungen an Flexibilität und Sichtbarkeit gerecht zu werden, bietet der AdB seit 2017 zwei neue Bringdienste für Informationen an, die über das CMS der AdB-Webseite gesteuert werden: Der Newsletter „AdB aktuell" erscheint alle zwei Monate mit aktuellen Meldungen. Er ist offen für alle Interessierten. Er informiert über die Aktivitäten des AdB und seiner Mitglieder und enthält Informationen aus Profession und Politik im nationalen und internationalen Bereich der politischen Bildung. Ziele sind die Vernetzung nach innen und die Sichtbarkeit der Aktivitäten im Verband nach außen. Der „AdB weekly" ist den Mitgliedern im AdB vorbehalten und informiert über Antragsfristen sowie Ausschreibungen für Wettbewerbe und gesetzliche Veränderungen.

Im Jahr 2017 sind 11 Pressemitteilungen erschienen, mit denen der AdB auf seine Aktivitäten, Veröffentlichungen und Projekte aufmerksam machte und Stellung zu wichtigen Themen bezog.

Eine besondere Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit, die der AdB seit einigen Jahren nutzt, ist der Ausbau der Kontakt zwischen Hochschulen und der politischen Bildung. Ziele dieser Kooperationen ist es, die Arbeit des AdB, die außerschulische politische Bildung sowie die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung" bekannter zu machen. Auch in 2017 konnte die Gestaltung zweier Seminare an der Freien Universität (Arbeitsbereich Weiterbildung und Bildungsmanagement und Bildungswissenschaften) zum Thema „Politische Bildung: Selbstverständnis, Handlungsansätze und Akteure" realisiert werden.

Netzwerke, Kooperationen und partnerschaftliche Zusammenarbeit

Der AdB ist ein starkes Netzwerk von Bildungsstätten, Bildungswerken, Akademien und internationalen Begegnungsstätten. Er ist aber auch selbst Teil überregionaler Netzwerke und wirkt aktiv daran mit, mit anderen Akteuren aus den Bereichen Jugend, Bildung, Wissenschaft und Politik in einen fachlichen Austausch zu kommen.

Netzwerke politischer Jugendbildung
Der AdB ist Mitglied im Bundesausschuss Politische Bildung (bap). Er nimmt an den Vernetzungstreffen sowie an ausgewiesenen Fachtagungen teil. Zudem arbeitet er in der AG Grundsatz sowie in der AG Richtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb mit. Aktiv unterstützt hat er auch die Fachtagung des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) zum 15. Kinder- und Jugendbericht

Onlinebefragung der Messebesucher am Stand der GEMINI während des 16. Kinder- und Jugendhilfetags

am 14./15. Juni 2017 in Berlin. Gemeinsam mit Dr. Phillipp Laurenz Rogge (BMFSFJ), den beiden Bundestagsabgeordneten Martin Patzelt (CDU) und Dr. Fritz Felgentreu (SPD) sowie Hanna Lorenzen (et) diskutierte die Geschäftsführerin des AdB die „Herausforderungen politischer Bildung im Anschluss an den 15. Kinder- und Jugendbericht".

Bestandteil des Bundesausschuss politische Bildung ist auch die „Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung GEMINI", die aus insgesamt sechs bundesweiten Verbänden besteht, von denen der AdB einer ist. Die gemeinsamen Sitzungen dienen dem regelmäßigen Austausch und der Informationsvermittlung in allen Belangen von Jugendpolitik und politischer Jugendbildung. Zusätzlich ist die GEMINI ein Verbund, um Vorhaben und Projekte zu realisieren. So wurde der Auftritt auf dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag gemeinsam von den GEMINI-Mitgliedern organisiert, ebenso wie das bundesweite Projekt „Empowered by Democracy".

Jugendpolitische Netzwerke
Als Bestandteil der Infrastruktur der außerschulischen Jugendarbeit und Jugendbildung auf Bundesebene ist der AdB zudem Mitglied in verschiedenen jugendpolitischen Netzwerken. Dazu gehören die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit, der Nationale Beirat zum Strukturierten Dialog und die Mitgliederversammlung der Stiftung Deutsche Jugendmarke.

Der AdB gehört damit zum pluralistischen System von Trägern der freien und öffentlichen Jugendhilfe. Institutionen und Einrichtungen in Bund, Ländern und Kommunen arbeiten darin partnerschaftlich zusammen. Das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) bietet dafür die gesetzliche Grundlage. Die Zusammenarbeit ist notwendig, da sich das Feld der Kinder- und Jugendarbeit insgesamt auf immer schnellere Veränderungen der Jugendphasen einstellen muss. Nur die Vielfalt von Trägern unterschiedlicher Wertorientierungen und die Vielfalt von Inhalten, Methoden und Arbeitsformen bieten die notwendige Breite, um auf die ausdifferenzierten Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen adäquat

reagieren zu können. Jugendarbeit braucht verlässliche Strukturen und eine professionelle Basis, um die Qualität und Kontinuität der Angebote zu sichern und fortlaufend auszubauen. Der AdB leistet im Netzwerk der Träger seinen Anteil daran.

Kooperationen mit öffentlichen Partnern

Für die politische Bildung gibt es verschiedene Zuständigkeiten auf staatlicher Ebene. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten wird durch das BMFSFJ aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert. Im Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit gibt es einen beiderseitigen Austausch über jugendpolitische Themen und Schwerpunktsetzungen. Die jährlich stattfindenden Jahresplanungsgespräche sind der zentrale Ort, um sich gegenseitig über Vorhaben und Planungen zu informieren und Absprachen zur Zusammenarbeit zu treffen. Darüber hinaus finden zwei Mal im Jahr Treffen aller im Handlungsfeld Jugendarbeit/Jugendbildung geförderten Trägervertreter/-innen mit den zuständigen Fachreferaten im BMFSFJ statt, um den fachlichen Austausch zu pflegen und Förderfragen zu diskutieren.

Im Rahmen der Umsetzung einer Eigenständigen Jugendpolitik hat das BMFSFJ selbst großes Interesse daran, mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, um deren Ideen und Beteiligungswünsche und -vorstellungen einzubeziehen. Der AdB hat sich an zwei Veranstaltungen – den JugendPolitikTagen im Mai und dem Jugendforum im Oktober – beteiligt, da die Partizipation junger Menschen zum Kernanliegen politischer Bildung gehört.

Ein weiterer wichtiger Partner für den AdB ist die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Der Austausch zwischen Trägervertreterinnen und -vertretern und der bpb ist in Form des „Runden Tisches" institutionalisiert. Dieses Gremium trifft sich zwei Mal im Jahr und dient dem Austausch, der Klärung von Fragen und Problemen sowie der Planung gemeinsamer Anliegen. Der AdB ist am Runden Tisch vertreten, ebenso wie einige Mitgliedsorganisationen.

Neben dem Austauschforum Runder Tisch führte der AdB Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bpb, beteiligt sich an Fachtagungen und nahm an einer Klausursitzung in der Bildungsstätte in Cadenabbia, Italien, teil. Zudem hat er an einem Buchprojekt mitgewirkt, in dem es um das Thema der Radikalisierung junger Menschen geht.

Weitere Blicke über den Tellerrand

Partnerstrukturen für den AdB gibt es über die bereits genannten hinaus auf nationaler und internationaler Ebene. Die Berliner Landeszentrale für politische Bildung hat einen Gesprächskreis ins Leben gerufen, in dem neben Praktikerinnen und Praktikern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Bereich politische Bildung auch Hochschullehrer aus dem Bereich soziale Arbeit mitarbeiten. Diese interdisziplinäre Zusammensetzung bereichert beide Seiten und hat bereits zur Planung und Durchführung von interessanten Veranstaltungen geführt.

Bereichsübergreifend zusammengesetzt ist auch das Praxisforum Rechtsextremismus. Die darin mitarbeitenden Mitglieder sind aus den Bereichen politische Bildung, historische Bildung, Sport, Wissenschaft und wissenschaftliche Evaluation. Der Austausch ist gewinnbringend für alle Seiten.

Weitere Institute und Partnerorganisationen sind u. a. das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung, die Transferstelle Politische Bildung, der Rat der Weiterbildung KAW sowie der Herausgeberkreis der Publikationsreihe „Non-formale politische Bildung". Auf europäischer Ebene wird diese Auflistung ergänzt durch das Netzwerk Democracy and Human Rights Education in Europe (DARE) sowie durch die European Association for the Education of Adults (EAEA).

Vorstandsarbeit und Mitgliederentwicklung

Der AdB-Vorstand

Die Mitgliederversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorstand des AdB für jeweils zwei Jahre. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden sowie aus bis zu sechs weiteren Vorstandsmitgliedern. Auf der Mitgliederversammlung 2017 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Der aktuelle Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

- Ulrich Ballhausen,
  Weimar-Jena-Akademie, Weimar (Vorsitzender)
- Nina Pauseback,
  Jakob-Kaiser-Stiftung, Königswinter (stellvertretende Vorsitzende)
- Boris Brokmeier,
  Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V., Bovenden-Eddigehausen
- Albert Fußmann,
  Institut für Jugendarbeit, Gauting
- Martin Kaiser,
  Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
- Karin Pritzel,
  Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V., Dresden
- Christine Reich,
  Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V., Werneuchen
- Birgit Weidemann,
  HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam

Nicht mehr kandidiert hatten Petra Tabakovic, Internationaler Bund, Frankfurt am Main, sowie Udo Dittmann, Akademie Biggesee, Attendorn.

Der Vorstand des AdB arbeitet ehrenamtlich und trifft sich in der Regel vier Mal im Jahr zu Vorstandssitzungen. Dort werden die Leitlinien für die Geschäftsstellenarbeit besprochen und grundlegende Entscheidungen im Hinblick auf Arbeitsplanung, Haushalt und Projekte getroffen. Auch im Hinblick auf die Interessenvertretung und Netzwerkarbeit ist der AdB-Vorstand aktiv. So hat er im Rahmen von Vorstandssitzungen Gespräche geführt mit dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, sowie mit dem Gruppenleiter für die Demokratieprogramme im BMFSFJ, Thomas Heppener. Beide Vertreter brachten ihre Wertschätzung gegenüber der Arbeit des AdB zum Ausdruck. Beide verwiesen zudem auf die rasante strukturelle Veränderung der Trägerlandschaft, in der viele neue Akteure im Feld der politischen

Der AdB-Vorstand in seiner neuen Zusammensetzung (v.li.n.re.): Martin Kaiser, Albert Fußmann, Birgit Weidemann, Ulrich Ballhausen, Nina Pauseback, Boris Brokmeier, Christine Reich, Karin Pritzel

Bildung unterwegs sind. Der AdB könnte hier Weichen für Qualifizierung und Fortbildung stellen und den Prozess der Professionalisierung der neuen Akteure unterstützen und gleichzeitig den notwendigen Prozess der interdisziplinären Weiterentwicklung der politischen Bildung begleiten.

Beschäftigt hat sich der Vorstand auch mit dem Nationalen Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus. Dieses Programm ist finanziell gut ausgestattet, ein Teil der Mittel fließen auch in den Kinder- und Jugendplan des Bundes. Das BMFSFJ hat angeregt, dass sich die im Programm Politische Bildung versammelten Träger (dazu gehört der AdB) mit einem Projektantrag zum Thema „Religiös begründeter Extremismus" beteiligen. Nach ausführlicher Diskussion und Reflexion hat der Vorstand entschieden, einen Antrag zu stellen und sich am Programm zu beteiligen. Er erhofft sich längerfristig die Stärkung der Geschäftsstelle und ihrer bundesweiten Struktur sowie den Aufbau von Expertise und Know-how im Bereich „religiös begründeter Extremismus" im Verband.

Weitere Themen der Vorstandsarbeit waren die Entwicklung des Programms „Politische Jugendbildung im AdB", der Ausbau der internationalen Zentralstellenarbeit sowie die inhaltliche Ausgestaltung der nationalen und internationalen Projekte des AdB. Diskutiert wurde auch der Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, der den Fokus auf politische Bildung legt. Auch wenn dieser Schwerpunkt durchaus Zustimmung hervorrief, zeigte sich der Vorstand enttäuscht von der Umsetzung im Bericht selbst, da an keiner Stelle im Bericht eine begriffliche oder strukturelle Klärung vorgenommen und der Fachdiskurs der politischen Bildung selbst nicht einbezogen wurde.

Weitere Themen waren u. a. die Mitgliederentwicklung des Verbandes, die Weiterentwicklung der Kommissionsarbeit, die Auswahl des Jahresthemas sowie die Vorbereitung von Jahrestagung und Mitgliederversammlung.

Mitgliederentwicklung

Bildungsstätten und Bildungswerke bilden zusammen eine wichtige Infrastruktur für die politische Bildung in Deutschland. Sie sind geschätzte Orte des Lernens, des Austauschs, der Kommunikation. Sie schaffen Räume für neue Erfahrungen und Begegnungen. Ihren Wert für die Menschen und für die Demokratie haben sie über viele Jahre bewiesen. Dies konnte u. a. anlässlich folgender Jubiläen gefeiert werden:

60 Jahre Akademie für politische Bildung, Tutzing
50 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung, München
50 Jahre Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE), Vlotho
50 Jahre Theodor-Heuss-Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach
40 Jahre Willi-Eichler-Bildungswerk, Köln
30 Jahre Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus, Bremen
25 Jahre Herbert-Wehner-Bildungswerk, Dresden
25 Jahre Schloß Trebnitz, Müncheberg
20 Jahre Brücke/Most-Stiftung, Dresden
10 Jahre Waldritter e. V.

Der Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE) hat auf seiner Mitgliederversammlung im Februar 2017 seine Auflösung beschlossen und damit verbunden seine Mitgliedschaft im AdB gekündigt. Der Vorstand des AdB hat in einem Schreiben an den Vorstand des Arbeitskreises sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, da der AKE seit vielen Jahren ein aktives Mitglied im AdB war und eine hohe Fachkompetenz vor allem in Fragen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in den Verband eingebracht hat.

Die Brücke/Most-Stiftung musste aus finanziellen Gründen ihr Tagungshaus in Dresden schließen. Die Stiftung selbst bleibt weiterhin bestehen. Der AdB-Vorstand hat sich auf politischer Ebene in die Diskussion um den Erhalt des Hauses eingemischt und versucht, dabei mitzuhelfen, die Schließung der Stiftung abzuwenden. Leider blieb dies ohne Erfolg. Ein Schreiben an den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen, in dem die Notwendigkeit politischer Bildung gerade in Sachsen noch einmal unterstrichen wurde, blieb unbeantwortet.

Die Johannes-Albers-Bildungsforum gGmbH/Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) hat im Juli dieses Jahres seinen Austritt aus dem AdB verkündet.

Das Jahr 2017 war geprägt von zahlreichen personellen Veränderungen in den Einrichtungen, die auch die Vertretungen im AdB veränderten. In insgesamt 21 Mitgliedseinrichtungen wechselten Leitungspersonen. In vielen Fällen wurde der „Staffelstab" weitergegeben, d. h., dass langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Einrichtungen verließen, um in den Ruhestand zu wechseln, und neue Kolleginnen oder Kollegen die Arbeit übernahmen. So z. B. in der Mitgliedseinrichtung IKAB e. V., Institut für angewandte Kommunikationsforschung in der Außerschulischen Bildung, in der Bildungsstätte Bredbeck, in der Hanns-Seidel-Stiftung und auch in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

In anderen Fällen wechselten Kolleginnen und Kollegen von den Einrichtungen in andere Organisationen, wie z. B. in Landeszentralen für politische Bildung oder Stiftungen.

Erfahrungen und Ausblick

Neun Fortbildungsangebote, zehn Kommissionssitzungen, vier Vorstandstreffen, eine Mitgliederversammlung, vier Ausgaben der Außerschulischen Bildung, 11 Pressemitteilungen, ungezählte Vernetzungstreffen und -aktivitäten und vieles andere mehr machen deutlich, dass der AdB in Bewegung ist. Der Anspruch, aktuell zu bleiben, auf gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren, wichtige Themen aufzugreifen und neue Zielgruppen zu integrieren ist hoch, wird aber durch die verschiedenen Aktivitäten wie Fortbildungen, Fachtagungen, Fachkommissionen, Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit gut eingelöst.

Von entscheidender Bedeutung ist dabei eine gute und enge Kommunikation zwischen den Mitgliedern, dem Vorstand und der Geschäftsstelle des AdB. Der Informationsfluss muss so gestaltet sein, dass Anregungen und Bedarfe der Mitgliedseinrichtungen, aber auch Erfahrungen und Ergebnisse aus der Bildungspraxis vor Ort in Vorstand und Geschäftsstelle ankommen, sodass diese mit entsprechenden Angeboten reagieren können, gleichzeitig müssen Kenntnisse aus Fachdiskussionen, Fortbildungen und Vernetzungen zurück in die Mitgliedseinrichtungen fließen. Dieser Informationskreislauf, dies zeigen die Ausführungen oben, funktioniert im AdB und garantiert den fachlichen Mehrwert für alle beteiligten Ebenen.

Leider war die Entwicklung der Mitgliederzahl, anders als in den vorangegangenen Jahren, rückläufig. Dies lag vor allem an der Schließung von Einrichtungen. Hier braucht es in nächster Zeit eine verstärkte Anstrengung, um neue Einrichtungen als Mitglieder für den AdB zu gewinnen. Das Hauptaugenmerk sollte dabei vor allem auf die vielen neuen Akteure und Strukturen gelegt werden, die vielfach noch in keinen fachlichen Zusammenhang eingebunden sind. ■

Politische Bildung in Bewegung

Ein Ausblick

Politische Bildung in Bewegung

Ein Ausblick

Es gab eine Zeit, und die ist noch gar nicht so lange her, da hatte es der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten schwer, im politischen und öffentlichen Raum für politische Bildung und die Arbeit von Bildungsstätten zu werben. Eine gewisse Saturiertheit und das Gefühl des Nicht-mehr-notwendig-Seins hatten sich ausgebreitet.

Die Erkenntnis, dass Demokratie Demokratinnen und Demokratinnen braucht und immer wieder neu gelernt werden muss, war zumindest bei einigen in den Hintergrund gerückt. Der AdB hat es aber immer als seine Aufgabe angesehen, sich (immer wieder neu) dafür einzusetzen, dass die außerschulische politische Bildung als unabdingbarer Bestandteil der Bildung junger und erwachsener Menschen anerkannt wird. Und er setzt sich dafür ein, dass sie eine Daueraufgabe ist, die verlässliche Strukturen braucht und zugleich Handlungsspielräume für Entwicklung und Innovation.

Aktuell hat die politische Bildung in Deutschland wieder Konjunktur. Ein Aufwuchs an Fördermitteln, die Einrichtung neuer, gut ausgestatteter Sonderprogramme, zahlreiche Publikationen, die Schwerpunktsetzung im 15. Kinder- und Jugendbericht, aber auch das Entstehen vieler neuer Träger mit dem Schwerpunkt politischer Bildung können als Beleg für das neue Interesse genommen werden. Diese Wertschätzung politischer Bildung ist auf der einen Seite erfreulich, die Frage nach den Gründen führt aber schnell zu den großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen das Land steht: die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen, die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen und Strukturen, der erstarkte Rechtspopulismus, der oft einhergeht mit Ausgrenzung und Diskriminierung, die Digitalisierung der Lebenswelt mit allen positiven wie negativen Folgen von gesteigerter Partizipation bis zu Fake News und Hate Speech.

All diese gesellschaftspolitisch relevanten Themen sind damit auch Themen der politischen Bildung. Und der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen haben diese Themen auf vielfache Weise aufgegriffen und in die Bildungsarbeit integriert: im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ z. B. durch die Schwerpunktthemen „Flucht und Migration – Spannungsfeld für die Demokratie“ und „Digitale Medien und Demokratie“; mit nationalen und internationalen Modellprojekten wie z. B. „anders statt artig – Kreative Ideen für interkulturelles Lernen“ und „STEPS – Survival Toolkit for EDC in Postfactual Societies“; mit dem AdB-Jahresthema „Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation“, mit der Fachtagung „Wer bildet Meinung? Gesellschaftspolitischer Diskurs zwischen Medienfreiheit und ‚alternativen Fakten‘“ oder mit der Ausgabe der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ zum Thema „Die Konstruktion der Anderen“. Zahlreiche Impulse sind daraus in die nationale wie internationale Bildungsarbeit geflossen, wie die Berichte der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten zeigen oder die zahlreichen Einträge im Veranstaltungskalender auf der Homepage des AdB belegen.

Alle Aktivitäten und Maßnahmen zeigen: Die politische Bildung im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, der AdB selbst ist in Bewegung und wird es bleiben. Daher warten schon die nächsten Herausforderungen und Aufgaben, denen sich der Verband, aufbauend auf die gute Arbeit der letzten Jahre, widmen wird:

Neue Akteure

Traditionell sind Bildungsstätten zentrale Orte der politischen Bildung. Darüber hinaus gibt es viele weitere Träger und Einrichtungen. In den letzten Jahren haben sich, weitgehend abseits der Zusammenschlüsse etablierten Träger, andere, zum Teil neue Akteure auf den Weg gemacht, Menschen Angebote politischer Bildung zu eröffnen. Entstanden aus sozialen Bewegungen bieten z. B. große Nicht-Regierungsorganisationen wie Greenpeace oder Attac Kurse, Seminare oder Sommerschulen vorrangig für junge Erwachsene an zu Themen wie Umweltschutz, Nachhaltigkeit oder Globalisierung. Museen, historische Lernorte und Gedenkstätten haben ihre Konzepte modernisiert und bieten politisch-historische Bildung im Kontext der Einwanderungsgesellschaft an. Wohlfahrtsverbände haben sich mit ihren Anliegen, insbesondere sozial benachteiligte Menschen zu empowern und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu verhelfen, der politische Bildung verschrieben. Aber auch Nachbarschaftstreffs, studentische Initiativen und Migrantenorganisationen, Bürgerhäuser und nicht zu vergessen junge

Blogger, YouTuber und andere online-Initiativen sind mittlerweile in der politischen Bildung aktiv und haben sich Themen wie z. B. Partizipation zu eigen gemacht, die den Kern politischer Bildung ausmachen.

Auch das zeigt: Politische Bildung hat Konjunktur und wird im außerschulischen Bereich von sehr viel mehr Akteuren als wichtig erachtet und angeboten, als dies bisher der Fall war. Der AdB ist gefordert, die Bedeutung dieser Entwicklung für die politische Bildung und ihre Struktur zu bedenken im Hinblick auf fachliche Konsequenzen, im Hinblick auf das Verständnis politischer Bildung, im Hinblick auf eine Mitgliedschaft im AdB.

Fachgrenzen überwinden

Verbunden mit der strukturellen Entwicklung des Arbeitsfeldes und der Einbeziehung neuer Akteure ist auch die Frage nach dem Blick über den eigenen fachlichen Tellerrand. Wo gibt es Überschneidungen, sinnvolle Ergänzungen, Austauschmöglichkeiten mit anderen Akteuren der Jugend- und Erwachsenenbildung und darüber hinaus mit anderen Arbeitsbereichen und Disziplinen? Eine fruchtbare Zusammenarbeit mit gewinnbringenden Synergien für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Projekten und Maßnahmen gibt es schon in den Überschneidungsbereichen politischer Bildung mit kultureller Bildung, internationaler Bildung, Umweltbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Medienbildung und historischer Bildung. Interessant und wichtig wäre es, die Zusammenarbeit mit der sozialen Arbeit auszuloten. Gerade was die Ansprache oft wenig erreichter Zielgruppen politischer Bildung angeht, können die Kompetenzen und Erfahrungen der sozialen Arbeit von Nutzen sein. Umgekehrt kann die politische Bildung mit fachlichem Know-how unterstützen, das Politische in den Fragen und Interessen der Teilnehmenden aufzudecken, aufzugreifen und gemeinsam mit ihnen zu bearbeiten.

Neue Themen aufgreifen

Aktuell zeigen sich weitere Themen, die die politische Bildung vor große Herausforderungen stellen: das ist der wachsende Antisemitismus, der sich in der Gesellschaft, im Internet, aber besonders auch in vielen Schulen bemerkbar macht; das ist die Muslimfeindlichkeit, die Menschen ausgrenzt und herabsetzt, und das Phänomen des religiös begründeten Extremismus. Diese Themen haben in den vergangenen Jahren deutlich an Brisanz gewonnen. Sie stellen die Gesellschaft insgesamt vor große Herausforderungen und insbesondere vor die Frage nach einer wirkungsvollen Bildungsarbeit, die junge Menschen stärkt und sie davor schützt, sich religiös-extremistischen Organisationen anzuschließen bzw. antimuslimische und antisemitische Einstellungen zu entwickeln.

Wissenschaftliche Forschung anregen

Gerade die neuen Herausforderungen, aber nicht nur diese, verweisen auf die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Forschung als Grundlage für eine qualifizierte politische Bildungsarbeit.

Wissenschaftliche Evaluationen von Projekten und Maßnahmen, empirische Forschungen zu Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie die Entwicklung von tragfähigen Theorien von Jugendarbeit führen zu einer Weiterentwicklung der Praxis. Diese Weiterentwicklung ist notwendig, um den oben beschriebenen Anforderungen an die politische Bildung gerecht zu werden. Die Aufmerksamkeit von Wissenschaft und Forschung für das Arbeitsfeld der außerschulischen politischen Jugendbildung ist leider begrenzt. Die meisten wissenschaftlichen Arbeiten gelten der schulischen politischen Bildung, Lehrstühle für die außerschulische politische Bildung gibt es kaum, und wenn, sind sie in der Regel in der sozialen Arbeit verortet. Dies hat auch unmittelbare Folgen für die Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen und bei den Trägern. In Kooperationen mit Universitäten und Fachhochschulen, um die der AdB sich bemüht, ist immer wieder festzustellen, dass den Studierenden dieses Arbeitsfeld unbekannt ist. Es bedarf einer besseren Zusammenarbeit von politischer Bildungspraxis und Wissenschaft, um Forschungsbedarfe deutlich zu machen, eine praxisorientierte Forschung anzuregen und Ergebnisse zurück in die Bildungsarbeit zu transferieren.

Dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten gehen weder die Themen noch die Ideen aus, aber ebenso wenig werden die Herausforderungen weniger oder geringer. Politische Bildung ist und bleibt ein im Wortsinne spannendes Arbeitsfeld, das nicht nur in schwierigen Zeiten, sondern durchgehend die Unterstützung von Politik und Öffentlichkeit verdient hat. Der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, der 2017 erschienen ist, formuliert dies so: „Politische Bildung ist zu bedeutsam, als dass sie eher zufällig, sporadisch oder nur als ‚Surplus' von ausgewählten Institutionen des Aufwachsens aufgegriffen wird." Was wir brauchen ist also ein Mehr an politischer Bildung, ein mehr an interessanten Angeboten, ein Mehr an qualifizierten politischen Bildnerinnen und Bildnern, ein Mehr an Wertschätzung und Unterstützung. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten wird seinen Beitrag dazu leisten. ■

Anhang

Mitglieder- und Quellenverzeichnis

Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

Baden-Württemberg

Internationales Forum Burg Liebenzell e. V.
Martin Eckhard

Burg Liebenzell 1 A, 75378 Bad Liebenzell
Telefon: 07052-9245-0

info@internationalesforum.de
www.internationalesforum.de

Landesakademie für Jugendbildung
Norbert Frank

Malersbuckel 8–10, 71263 Weil der Stadt
Telefon: 07033-5269-0

info@jugendbildung.org
www.jugendbildung.org

Studienhaus Wiesneck
Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V.
Prof. Dr. Ulrich Eith

Wiesneckstr. 6, 79256 Buchenbach b. Freiburg
Telefon: 07661-9875-0

wiesneck@wiesneck.de
www.wiesneck.de

Bayern

Akademie Frankenwarte
Gesellschaft für Politische Bildung e. V.
Karl-Heinz Spiegel

Leutfresserweg 81–83, 97082 Würzburg
Telefon: 0931-80464-0

info@frankenwarte.de
www.frankenwarte.de

Akademie für Politische Bildung
Dr. Michael Schröder

Buchensee 1, 82327 Tutzing
Telefon: 08158-256-0

info@apb-tutzing.de
www.apb-tutzing.de

„Der Heiligenhof"
Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk
Ulrich Rümenapp

Alte Euerdorfer Str. 1, 97688 Bad Kissingen
Telefon: 0971-7147-0

info@heiligenhof.de
www.heiligenhof.de

Europäische Akademie Bayern e. V.
Birgit Schmitz-Lenders

Hirtenstr. 16, 80335 München
Telefon: 089-549141-0

info@europaeische-akademie.de
www.europaeische-akademie.de

Franken-Akademie Schloß Schney e. V.
Susann Biedefeld

Schloßplatz 8, 96215 Lichtenfels
Telefon: 09571-9750-0

info@franken-akademie.de
www.franken-akademie.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e. V.
Niklas Fischer
Bildungsstätte Schloss Aspenstein

Am Aspensteinbichl 9–11, 82431 Kochel am See
Telefon: 08851-78-0

info@vollmar-akademie.de
Verwaltungssitz:

Oberanger 38/1, 80331 München
Telefon: 089-595223
www.vollmar-akademie.de

Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e. V.
Robert Kampe

Halbinselstraße 42, 88142 Wasserburg/Bodensee
Telefon: 08382-943362-0

kontakt@guez-dokumente.org
www.guez-dokumente.org

Bildungsstätte:
Deutsch-Französisches Zentrum
Halbinselstr. 74, 88142 Wasserburg/Bodensee

Hanns-Seidel-Stiftung e. V.
Stefanie von Winning

Lazarettstr. 33, 80636 München
Telefon: 089-1258-0

info@hss.de
www.hss.de

Bildungszentrum Kloster Banz
der Hanns-Seidel-Stiftung
96231 Bad Staffelstein
Telefon: 09573-3370

Institut für Jugendarbeit
Albert Fußmann

Germeringer Str. 30, 82131 Gauting
Telefon: 089-893233-0

info@institutgauting.de
www.institutgauting.de

Kritische Akademie Inzell Stiftung Bildung, Erholung und Gesundheitshilfe
Gebhard Schwägerl

Salinenweg 45, 83334 Inzell
Telefon: 08665-980-0

info@kritische-akademie.de
www.kritische-akademie.de

Max Mannheimer Haus
Studienzentrum und Internationales Jugendgästehaus
Nina Ritz

Roßwachtstr. 15, 85221 Dachau
Telefon: 08131-6177-0

bildung@mmsz-dachau.de
www.mmsz-dachau.de

Berlin

Alte Feuerwache e. V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße
Roland Wylezol

Kaubstr. 9–10, 10713 Berlin
Telefon: 030-8619359

bildungsbereich@kaubstrasse.de
www.kaubstrasse.de

Anne Frank Zentrum e. V.
Patrick Siegele

Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin
Telefon: 030-2888656-00

zentrum@annefrank.de
www.annefrank.de

Europäische Akademie Berlin e. V.
Dr. Andrea Despot

Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin
Telefon: 030-895951-0

eab@eab-berlin.eu
www.eab-berlin.eu

OWEN
Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e. V.
Dr. Inga Luther

c/o Metrogap
Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin
Telefon: 030-6128878-5

mail@owen-berlin.de
www.owen-berlin.de

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg
Anne Lersch

Königstr. 36 B, 14109 Berlin
Telefon: 030-48481-0

info@sfbb.berlin-brandenburg.de
www.sfbb.berlin-brandenburg.de

Stiftung wannseeFORUM
Dr. Roman Fröhlich

Hohenzollernstr. 14, 14109 Berlin
Telefon: 030-80680-0, Fax: 030-80680-88

wsf@wannseeforum.de
www.wannseeforum.de

Brandenburg

HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg
Birgit Weidemann

Büroadresse: Schulstr. 9, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-5813-222

info@hochdrei.org
www.hochdrei.org

Seminar- und Gästehaus Hochlland
Holzmarktstr. 12, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-5813-222

info@hochdrei.org
www.hochlland.de

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.
Christine Reich

Freienwalder Allee 8–10,
16356 Werneuchen
Telefon: 033398-8999-11

info@kurt-loewenstein.de
www.kurt-loewenstein.de

Jugendbildungszentrum Blossin e. V.*)
Michael Lehmann

Waldweg 10, 15754 Heidesee OT Blossin
Telefon: 033767-75-0

info@blossin.de
www.blossin.de

Mostar Friedensprojekt e. V.
Eggert Hardten

Charlottenstr. 14, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-201046-0

mostarfp@yahoo.de
www.mostar-friedensprojekt.de

Schloß Trebnitz Bildungs- und Begegnungszentrum e. V.
Darius Müller

Platz der Jugend 6, 15374 Müncheberg
OT Trebnitz
Telefon: 033477-519-0

empfang@schloss-trebnitz.de
www.schloss-trebnitz.de

Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz
Dr. Niels Haberlandt

Schlossallee 101, 14776 Brandenburg
OT Gollwitz
Telefon: 03381-21386-0

info@stiftunggollwitz.de
www.stiftunggollwitz.de

Villa Fohrde e. V.
Daniel Wunderer

August-Bebel-Str. 42, 14798 Havelsee
OT Fohrde
Telefon: 033834-50282

info@villa-fohrde.de
www.villa-fohrde.de

Bremen

Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH
Anne Dwertmann

Weg zum Krähenberg 33 A, 28201 Bremen
Telefon: 0421-69272-0

lidice@lidicehaus.de
www.lidicehaus.de

Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH
Geschäftsstelle:
Bertha-von-Suttner-Str. 17, 28207 Bremen
Telefon: 0421-4499-5

info@wisoak.de
www.wisoak.de

Bildungsstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH
Gudrun Afken

Zum Rosenteich 26,
26160 Bad Zwischenahn
Telefon: 04403-924-0

bildungsstaette@wisoak.de
www.bildungsstaette-badzwischenahn.de

Hamburg

dock europe e. V.
Petra Barz

Bodenstedtstr. 16 (Hinterhof Aufgang West), 22765 Hamburg
Telefon: 040-806092-22

office@dock-europe.net
www.dock-europe.net

HAUS RISSEN
Institut für internationale Politik und Wirtschaft
Gesellschaft für Politik und Wirtschaft e. V.
Dr. Philipp-Christian Wachs

Rissener Landstr. 193, 22559 Hamburg
Telefon: 040-81907-0

mail@hausrissen.org
www.hausrissen.org

Hessen

basa e. V. - Bildungsstätte Alte Schule Anspach
Bärbel Bimschas

Schulstr. 3, 61267 Neu-Anspach
Telefon: 06081-91273-0

info@basa.de
www.basa.de

Bildungsstätte Anne Frank e. V.
Dr. Meron Mendel

Hansaallee 150, 60320 Frankfurt am Main
Telefon: 069-560002-0

info@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

BURG FÜRSTENECK
Akademie für berufliche und musisch-kulturelle Weiterbildung
Hartmut Piekatz

Am Schloßgarten 3, 36132 Eiterfeld
Telefon: 06672-9202-0

bildung@burg-fuersteneck.de
www.burg-fuersteneck.de

Die Kopiloten e. V. – Politische Bildung im kommunalen Raum
Maria Grüning

Nora-Platiel-Str. 1, 34127 Kassel
Telefon: 0151-62406425

info@diekopiloten.de
www.diekopiloten.de

Mecklenburg-Vorpommern

Akademie Schwerin e. V.
Haus für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern
Joachim Bussiek

Mecklenburgstr. 59, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-555709-0

sekretariat@akademie-schwerin.de
www.akademie-schwerin.de

Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Golm im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.
Kinga Sikora

Dorfstr. 33, 17419 Kamminke
Telefon: 038376-290-0

info@jbs-golm.de
www.jbs-golm.de

Politische Memoriale e. V.
Prof. Dr. Matthias Pfüller

Severinstr. 6, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-758731-1

info@polmem-mv.de
www.polmem-mv.de

Soziale Bildung e. V.
Stefan Nadolny

Doberaner Str. 21, 18057 Rostock
Telefon: 0381-1273363

bildung@soziale-bildung.org
www.soziale-bildung.org

Niedersachsen

ABC Bildungs-und Tagungszentrum e. V.
Ina Meier

Bauernreihe 1, 21706 Drochtersen-Hüll
Telefon: 04775-529

abc@abc-huell.de
www.abc-huell.de

Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e. V.
Hermann Kinzel

Adenauerring 23, 37115 Duderstadt
Telefon: 05527-9847-22

asg-nord@asgpolbi.de
www.asgpolbi.de

Bewegungsakademie e. V.
Rasmus Grobe

Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Telefon: 04231-957-516

info@bewegungsakademie.de
www.bewegungsakademie.de

Bildungshaus Zeppelin & Steinberg e. V.
Heiko Eifling

Zeppelinstr. 7, 38640 Goslar
Telefon: 05321-3411-0

info@bhz-steinberg.de
www.bhz-steinberg.de

Bildungsstätte Bredbeck
Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz
Kirsten Dallmann

An der Wassermühle 30, 27711 Osterholz-Scharmbeck
Telefon: 04791-9618-3700

info@bredbeck.de
www.bredbeck.de

Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde e. V.
Wolfgang Pauls

Breese 11, 21369 Nahrendorf
Telefon: 05855-545

info@bahnhof-goehrde.de
www.bahnhof-goehrde.de

Die Freudenburg – Europäisches Seminar- und Tagungshaus*)
Thomas Hermenau

Amtsfreiheit 1 a, 27211 Bassum
Telefon: 04241-9311-0

freudenburg@vhs-diepholz.de
www.freudenburg-bassum.de

Volkshochschule des Landkreises Diepholz
Nienburger Str. 5, 28857 Syke
Telefon: 04242-976-4075

vhs@vhs-diepholz.de
www.vhs-diepholz.de

Europahaus Aurich
Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V.
Heike-Maria Pilk

von-Jhering-Str. 33, 26603 Aurich
Telefon: 04941-9527-0

info@europahaus-aurich.de
www.europahaus-aurich.de

Evangelischer Verband Kirche – Wirtschaft – Arbeitswelt e. V.
Gila Zirfas-Krauel

Arnswaldstr. 6, 30159 Hannover
Telefon: 0511-473877-0

info@kwa-ekd.de
www.kda-ekd.de

Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V.
Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
Martin Kaiser

Klosterweg 4, 29549 Bad Bevensen
Telefon: 05821-955-0

info@gsi-bevensen.de
www.gsi-bevensen.org

Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.
Dr. Thomas Südbeck

Spillmannsweg 30, 26871 Papenburg
Telefon: 04961-9788-0

info@hoeb.de
www.hoeb.de

Internationales Haus Sonnenberg Sonnenberg-Kreis e. V.
Annett Radeck

Clausthaler Str. 11, 37444 St. Andreasberg
Telefon: 05582-944-0

info@sonnenberg-international.de
www.sonnenberg-international.de

Jugendkulturarbeit e. V.
Jörg Kowollik

Weiße Rose 1, 26123 Oldenburg
Telefon: 0441-3901075-0

info@jugendkulturarbeit.eu
www.jugendkulturarbeit.eu

Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V.
Boris Brokmeier

Rauschenwasser 78, 37120 Bovenden-Eddigehausen
Telefon: 05594-9506-0

info@mariaspring.de
www.mariaspring.de

Politische Bildungsstätte Helmstedt e. V.
André Lindner

Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt
Telefon: 05351-5851-0

info@pbh-hvhs.de
www.pbh-hvhs.de

Stiftung Akademie Waldschlösschen
Dr. Rainer Marbach

37130 Reinhausen bei Göttingen
Telefon: 05592-9277-0

info@waldschloesschen.org
www.waldschloesschen.org

Nordrhein-Westfalen

Akademie Biggesee gGmbH
Udo Dittmann

Ewiger Str. 7–9, 57439 Attendorn
Telefon: 02722-709-0

info@akademie-biggesee.de
www.akademie-biggesee.de

---

aktuelles forum e. V.
Markus Schröder

Hohenstaufenallee 1, 45888 Gelsenkirchen
Telefon: 0209-15510-0
info@aktuelles-forum.de

www.aktuelles-forum.de

Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen e. V.
Jörn Janssen

Steinstr. 48, 44147 Dortmund
Postfach 103334, 44033 Dortmund
Telefon: 0231-83800-15

info@agnrw.de
www.auslandsgesellschaft.de

Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V.
Dr. Paul Ciupke

Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen
Telefon: 0201-227982

buero@hu-bildungswerk.de
www.hu-bildungswerk.de

Bildungswerk Stenden Neue Gesellschaft Niederrhein e. V.
Sonja Schweizer

Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211-862826-10

info@bildungswerk-stenden.de
www.bildungswerk-stenden.de

---

dbb akademie e. V.
Oliver Welte

Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn
Telefon: 0228-8193-0

info@dbbakademie.de
www.dbbakademie.de

dbb akademie Berlin –
Büro im dbb forum berlin
Friedrichstraße 169–170, 10117 Berlin
Telefon: 030-4081-6544

dbb akademie Königswinter –
Büro im dbb forum siebengebirge
An der Herrenwiese 14, 53639 Königswinter
Telefon: 0228-8193-135

Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen e. V.
Hanns Christhard Eichhorst

Weberstr. 118, 53113 Bonn
Telefon: 0228-949301-0

info@eanrw.eu
www.eanrw.eu

Gesamteuropäisches Studienwerk e. V.
Zbigniew Wilkiewicz

Südfeldstr. 2–4, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-9138-0

info@gesw.de
www.gesw.de

Gustav-Stresemann-Institut e. V.
Ansgar Burghof

Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn
Telefon: 0228-8107-0

info@gsi-bonn.de
www.gsi-bonn.de

Haus Neuland e. V.
Ina Nottebohm

Senner Hellweg 493, 33689 Bielefeld
Telefon: 05205-9126-0

info@haus-neuland.de
www.haus-neuland.de

IKAB-Bildungswerk e. V./IKAB e. V.
Institut für angewandte Kommunikationsforschung in der Außerschulischen Bildung
Annette Mütter

Poppelsdorfer Allee 92, 53115 Bonn
Telefon: 0228-636460

info@ikab.de
www.ikab.de

Informations- und Bildungszentrum (IBZ) Schloss Gimborn e. V.
René Kauffmann

Schloßstr. 10, 51709 Marienheide
Telefon: 02264-40433-0

info@ibz-gimborn.de
www.ibz-gimborn.de

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e. V.
Elke Wegener

Bornstr. 66, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-952096-0

info@ibb-d.de
www.ibb-d.de

Jakob-Kaiser-Stiftung e. V.
Nina Pauseback

Godesberger Str. 8, 53639 Königswinter
Telefon: 02223-706-10

mail@jakob-kaiser-stiftung.de
www.jakobkaiser.de

Jugendbildungsstätte Welper im Freizeitwerk Welper e. V.
Brigitte Christiansen

Rathenaustr. 59 a, 45527 Hattingen
Telefon: 02324-9464-0

info@freizeitwerk-welper.de
www.freizeitwerk-welper.de

Karl-Arnold-Stiftung e. V.
Ulrike Steimann

Eupener Str. 70, 50933 Köln
Telefon: 0221-669975-0

info@karl-arnold-stiftung.de
www.karl-arnold-stiftung.de

LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Heidrun Kaiser

Oeynhausener Str. 1, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-923-0

info@lwl-bildungszentrum-jugendhof-vlotho.de
www.lwl-bildungszentrum-jugendhof-vlotho.de

Salvador-Allende-Haus
Sozialistisches Bildungszentrum Haard e. V.
Thomas Wette

Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkenschwick
Telefon: 02368-6906-0

info@allende-haus.de
www.allende-haus.de

Stätte der Begegnung e. V.
Harald Meves

Oeynhausener Str. 5, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-9129-0

info@staette.de
www.staette.de

Akademie Vogelsang IP
Vogelsang IP gGmbH
Stefan Wunsch

Vogelsang 70, 53937 Schleiden
Telefon: 02444-91579-0

info@vogelsang-ip.de
www.vogelsang-ip.de

Waldritter e. V.
Daniel Steinbach

Ewaldstr.20, 45699 Herten
Telefon: 02366-5080338

info@waldritter.de
www.waldritter.de

Willi-Eichler-Bildungswerk
Willi-Eichler-Akademie e. V.
Martin Schilling

Rubensstr. 7–13, 50676 Köln
Telefon: 0221-20407-44

kontakt@web-koeln.de
www.web-koeln.de

Rheinland-Pfalz

Europahaus Marienberg
Karsten Lucke

Europastr. 1, 56470 Bad Marienberg
Telefon: 02661-640-0

ehm@europa-haus-marienberg.eu
www.europa-haus-marienberg.eu

Saarland

Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH
Marco Wölflinger

Europahausstraße 35, 66620 Nonnweiler
Telefon: 068973-662-0

info@eao-otzenhausen.de
www.eao-otzenhausen.de

Sachsen

Brücke/Most-Stiftung
Prof. Dr. Helmut Köser

Reinhold-Becker-Str. 5, 01277 Dresden
Telefon: 0351-43314-0

info@bmst.eu
www.bmst.eu

Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V.
Karin Pritzel

Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
Telefon: 0351-804022-0

info@wehnerwerk.de
www.wehnerwerk.de

HILLERSCHE VILLA gGmbH
Soziokultur im Dreiländereck
Frank Rischer

Klienebergerplatz 1, 02763 Zittau
Tagungshaus im Dreieck
Zittauer Str. 17, 02747 Großhennersdorf
Telefon: 035873-413-0

info@hillerschevilla.de
www.hillerschevilla.de

Schleswig-Holstein

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte
Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e. V.
Dr. Kilian Lembke

Schweizer Str. 58, 23714 Bad Malente
Telefon: 04523-88097-0

info@heinemann-bildungsstaette.de
www.heinemann-bildungsstaette.de

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg
Karsten Biermann

Scheersberg 2
24972 Steinbergkirche
Telefon: 04632-8480-0

info@scheersberg.de.
www.scheersberg.de

JugendAkademie Segeberg
Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e. V. (VJKA)
Martin Karolczak

Marienstr. 31, 23795 Bad Segeberg
Telefon: 04551-9591-0

info@vjka.de
www.vjka.de

Thüringen

Bildungswerk BLITZ e. V.
Jugendbildungsstätte Hütten
Cornelia Möbius

Herschdorfer Str. 19, 07387 Krölpa OT Hütten
Telefon: 03647-414771

huetten@bildungswerk-blitz.de
www.bildungswerk-blitz.de

Sitz des BLITZ e. V.: Zeitzgrund 6, 07646 Stadtroda
Telefon: 036428-517-0

Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar"
Ina Roßmeisl
Jenaer Str. 2/4, 99425 Weimar
Telefon: 03643-827-0
kontakt@ejbweimar.de
www.ejbweimar.de

Weimar-Jena-Akademie
Verein für Bildung e. V.
Ulrich Ballhausen

Jakobstr. 10, 99423 Weimar
Telefon: 03643-495574

info@weimar-jena-akademie.de
www.weimar-jena-akademie.de

Bildungsstätte im Wielandgut Oßmannstedt
Wielandstr. 16, 99510 Oßmannstedt
Telefon: 036462-92091-0-2

bildungsstaette-wielandgut@gmx.de

Mitgliedsorganisationen mit Bildungsstätten oder Bildungswerken in mehreren Bundesländern

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.

AWO Bundesakademie
Karin Kunert

Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin
Telefon: 030-26309-139

akademie@awo.org
www.awo-bundesakademie.org
mit der Einrichtung

Tagungszentrum Haus Humboldtstein
53424 Remagen-Rolandseck
Telefon: 02228-932-0

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Politische Akademie Bonn
Dr. Sabine Fandrych

Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Postanschrift: 53170 Bonn
Telefon: 0228-883-0, -7102,

ingrid.nordemann@fes.de
www.fes.de/politischeakademie

Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung in NRW
Jochen Reeh-Schall

Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Postanschrift: 53170 Bonn
Telefon: 0228-883-7115

arbeitnehmerweiterbildung@fes.de
www.fes.de/akadmeie-fuer-arbeitnehmer-weiterbildung

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Regionalbüro Berlin-Brandenburg/ Truman-Haus
Bereich Politische Bildung und Begabtenförderung

Karl-Marx-Str. 2, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-7019-197

www.freiheit.org

Theodor-Heuss-Akademie
Klaus Füßmann

Theodor-Heuss-Str. 26, 51645 Gummersbach
Telefon: 02261-3002-0

tha@freiheit.org
www.freiheit.org

Regionalbüro Berlin-Brandenburg/Hauptstadtbüro
Reinhardtstr. 14, 10117 Berlin
Telefon: 030-288778-40

berlin-brandenburg@freiheit.org
www.freiheit.org

Heinrich-Böll-Stiftung e. V.
Eike Botta-Venhorst

Schumannstr. 8, 10117 Berlin
Telefon: 030-28534-0, -235

info@boell.de
www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Werkstatt für politische Bildung e. V.
Inka Thunecke

Dortustr. 52, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-200578-0

organisation@boell-brandenburg.de
www.boell-brandenburg.de

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste

ijgd-Bundesverein e. V.
Jürgen Wittmer

Adressen der ijgd-Vereine und -Geschäftsstellen:

ijgd-Bundesgeschäftsstelle
Zuständig für ijgd-Bundesverein e. V.
Kasernenstr. 48, 53111 Bonn
Telefon: 0228-22800-15

ijgd@ijgd.de
www.ijgd.de

---

ijgd-Landesgeschäftsstelle Berlin
Zuständig für ijgd-Landesvereine Berlin e. V., Sachsen e. V.

Glogauerstr. 21, 10999 Berlin
Telefon: 030-6120313-0

ijgd.berlin@ijgd.de

---

ijgd-Landesgeschäftsstelle Bonn
Zuständig fürijgd-Landesvereine Nordrhein-Westfalen e. V., Rheinland-Pfalz/Saarland e. V., Baden-Württemberg e. V.; Hessen e. V,; Süddeutschland e. V.

Kasernenstr. 48, 53111 Bonn
Telefon: 0228-22800-0

ijgd.bonn@ijgd.de

---

ijgd-Landesgeschäftsstelle Halberstadt
Zuständig für ijgd-Landesverein Sachsen-Anhalt und Thüringen e. V.

Westendorf 26, 38820 Halberstadt
Telefon: 03941-5652-0

Hijgd.halberstadt@ijgd.deH

---

ijgd-Landesgeschäftstelle Hildesheim
Zuständig für ijgd-Landesvereine Niedersachsen e. V., Hamburg e. V.

Zingel 15, 31134 Hildesheim
Telefon: 05121-20661-20

ijgd.hildesheim@ijgd.de

---

ijgd-Geschäftsstelle Potsdam
Zuständig für ijgd-Landesverein Brandenburg e. V.

Schulstr. 9, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-58132-12

ijgd.potsdam@ijgd.de

ijgd-Landesgeschäftsstelle Wismar
Zuständig für ijgd-Landesverein Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein e. V.

Hinter dem Chor 13-15, 23966 Wismar
Telefon: 03841-226-773

ijgd.wismar@ijgd.de

Internationaler Bund (IB) – Freier Trägerder Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.

Zentrale Geschäftsführung:
Ressort Produkte & Programme
Petra Tabakovic

Valentin-Senger-Str. 5, 60389 Frankfurt am Main
Telefon: 069-94545-0, -184

info@internationaler-bund.de
www.internationaler-bund.de

Internationaler Bund – Hauptstadtbüro

Hannoversche Str. 19 A, 10115 Berlin
Telefon: 030-214096-0

rzgf@internationaler-bund.de

IB-Internationale Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Hadamar (Hessen)

Mönchberg 8, 65589 Hadamar
Telefon: 06433-93017-6

Internationaler Bund West gGmbH/Familienbildungswerk

Pfälzischer Ring 100–102, 51063 Köln
Telefon: 0221-98095-13

ib-west-ggmbh@internationaler-bund.de

IB-Jugendwerkstatt Schwarzenbek
(Schleswig-Holstein)

Schefestr. 1 b, 21493 Schwarzenbek
Telefon: 04151-81418

IB-Internationales Jugendgästehaus
(Thüringen)
Am Herrenberge 3, 07745 Jena

Telefon: 03641-6872-30
jgh-jena@internationaler-bund.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. – Bereich Politische Bildung

Hauptabteilung Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Dr. Melanie Piepenschneider

Postanschrift:
Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin
Besucheranschrift:
Landgrafenstr. 14, 10787 Berlin
Telefon: 030-26996-0

zentrale-berlin@kas.de
www.kas.de

Bildungswerk Sachsen-Anhalt
Alexandra Mehnert

Franckestr. 1, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391-520887101

kas-sachsen-anhalt@kas.de

Paritätisches Bildungswerk – Bundesverband e. V.

Uwe Weppler

Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main
Telefon: 069-6706-271

bildungswerk@pb-paritaet.de
www.pb-paritaet.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.
Akademie für politische Bildung
Silke Veth

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: 030-44310-163

info@rosalux.de
www.rosalux.de

---

*) Assoziierte Mitgliedseinrichtungen, Stand: 23. April 2018

Quellenverzeichnis

Adomako, Tina (2017): Hä? Was heißt denn People of Color? In: Missy Magazin vom 03.04.2017; https://missy-magazine.de/blog/2017/04/03/hae-was-heisst-denn-people-of-color

Adorno, Theodor W. (1975): Schuld und Abwehr. In: Ders.: Gesammelte Schriften Band 9/2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Balzter, Nadine/Ristau, Yan/Schröder, Achim (2014): Wie politische Bildung wirkt. Wirkungsstudie zur biografischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Bauer, Rudolph/Buck, Inge/Weisser, Michael (Hrsg.) (2010): Der Elefant! Bilder, Gedichte, Dokumente. Bremen: Sujet

Bönkost, Jule/Apraku, Josephine (2016): Kolonialismus und Kolonialrassismus in der Bildungsarbeit. Düsseldorf; www.vielfalt-mediathek.de/data/expertise_kolonialismus_und_kolonialrassismus_in_der_bildungsarbeit.pdf

Bundesjugendkuratorium (BJK) (Hrsg.) (2002): Bildung ist mehr als Schule. Leipziger Thesen zur aktuellen bildungspolitischen Debatte. Bonn/Berlin/Leipzig: BJK; www.dji.de/bjk/Gemeinsame_Erklaerung.pdf

Dahlberg, Kerstin/Hilliges, Gunther/Gramatzki, Rolf/Hinz, Manfred O./Noisser, Norbert/Müller, Hartmut (1992): Vom Kolonial-Ehrenmal zum Anti-Kolonial-Denk-mal. Bremen: Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit (2. Auflage)

De La Rosa, Sybille (2017): Wege zur politischen Mündigkeit. Demokratie und die Konstruktion der Anderen und des Selbst. In: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.): Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Ausgabe 2/2017, S. 4–9

Dietrich, Anette/Strohschein, Juliane (2011): Kolonialismus. In: Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hrsg.) (2011): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster: Unrast-Verlag, S. 114–121

El-Mafaalani, Aladin (2018): Demokratische Einwanderungsländer sind Konfliktgesellschaften. Was bedeutet die Herausforderung Integration für die politische Bildung? In: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.): Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Ausgabe 1/2018, S. 11–15

Franzki, Hannah/Aikins, Joshua K. (2010): Postkoloniale Studien und kritische Sozialwissenschaft. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 40 (158), S. 9–28

Gatter, Thomas (2007): „Buten un binnen, wagen un winnen!" Bremen und der Kolonialismus. In: Heyden, Ulrich van der/Zeller, Joachim (Hrsg.): Kolonialismus hierzulande. Eine Spurensuche in Deutschland. Erfurt: Sutton, S. 19–26

Gustafsson, Heinz (2003): Namibia, Bremen und Deutschland. Ein steiniger Weg zur Freundschaft. Delmenhorst/Berlin: Aschenbeck & Holstein

Kuhnle, Jana (2018): Lebensthemen von Jugendlichen mit Fluchterfahrung. Biografische Erzählungen von Jugendlichen, die ohne Eltern nach Deutschland geflüchtet sind; www.socialnet.de/materialien/28120.php

Kundrus, Birthe (2011): German Colonialism: Some Reflections on Reassessments, Specificities, and Constellations. In: Langbehn, Volker Max/Salama, Mohammad (Hrsg.): German Colonialism. Race, the Holocaust, and Postwar Germany. New York: Columbia Univ. Press, pp. 29–47

Lindner, Ulrike (2011): Neuere Kolonialgeschichte und Postcolonial Studies. In: Docupedia-Zeitgeschichte. Begriffe, Methoden und Debatten der zeithistorischen Forschung; http://docupedia.de/zg/Neuere_Kolonialgeschichte_und_Postcolonial_Studies

Martens, Gitta (2012): Kulturelle Bildung, im besonderen Theaterpädagogik, und ihr Verhältnis zur politischen Bildung. In: Politische Bildung durch Theaterpädagogik Heute und in Zukunft; http://kulturellebildung.de/fa/user/Fachbereiche/Theater/Publikationen/Martens_2012_Kulturelle_Bilung__im_besonderen_Theaterpaedagogik__und_ihr_verhaeltnis_zur_poltitischen_Bildung.pdf

Meier-Braun, Karl-Heinz (2015): Einwanderung und Asyl. Die 101 wichtigsten Fragen. München: C.H.Beck (2. aktual. Auflage)

Messerschmidt, Astrid (2004): Postkoloniale Bildungsprozesse. Transformationen Globalen Lernens; www.globaleslernen.de/sites/default/files/files/link-elements/messerschmidt_bildungsprozesse.pdf

Messerschmidt, Astrid (2007): Wessen Wissen? Postkoloniale Perspektiven auf Bildungsprozesse in globalisierten Zonen. In: Pongratz, Ludwig/Reichenbach, Roland/Wimmer, Michael (Hrsg.): Bildung – Wissen –Kompetenz. Bielefeld: Janus, S. 155–168; www2.ibw.uni-heidelberg.de/~gerstner/V-Messerschmidt-Perspektiven.pdf

Mitscherlich, Alexander (1963/1973): Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie, München; zitiert nach Schröder, Achim (2017): Emotionalisierung der Politik und Autoritarismus. Herausforderungen für die gegenwärtige politische Bildung: https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Fotos/Schwerpunkte/Schroeder_Achim-Emotionalisierung_der_Politik_Vortrag_22-06-17_Weimar.pdf

Oberndörfer, Dieter (2018): Zuwanderung und politische Integration in der Staatsbürgernation. Herausforderungen für Einwanderungsgesellschaft. In: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.): Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Ausgabe 1/2018, S. 4–10

Richter, Regina (2015): Rassismuskritisches Geschichtslernen oder: Wie historisch-politische Bildung dekolonialisieren? In: Marmer, Elina/Sow, Papa (Hrsg.): Wie Rassismus aus Schulbüchern spricht. Kritische Auseinandersetzung mit „Afrika"-Bildern und Schwarz-Weiß-Konstruktionen in der Schule – Ursachen, Auswirkungen und Handlungsansätze für die pädagogische Praxis. Weinheim: Beltz Juventa, S. 225–240

Riegel, Christine (2017): Othering in der Bildungsarbeit. Zu pädagogischem Handeln in widersprüchlichen Verhältnissen. In: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.): Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Ausgabe 2/2017, S. 16–22

Ronacher, Kim Annakathrin (2013): Koloniale Spuren im Bremer Stadtraum. In: Dulko, Elisabeth/Jansen, Lothar/Kaufmann, Margrit E./Weule, Manfred (Hrsg.): Afrikabilder. Dokumentation einer Tagungsreihe zum Afrikadiskurs in den Medien und zum AlltagsRassismus in Deutschland, S. 55–58; www.aulbremen.de/downloads/AfrikaBilder%20Internet.pdf

Scherr, Albert (2017): Wir und die „Anderen". Identitätskonstruktionen in den Spannungsfeldern von Zugehörigkeit und Abgrenzung, Selbstbestimmung und Unterwerfung. In: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.): Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Ausgabe 2/2017, S. 10–15

Sylla, Nadine/Genenger-Stricker, Marianne/Frieters-Reermann, Norbert (2018): Bildungsteilhabe versus Integrationsdruck. Sichtweisen von geflüchteten Jugendlichen auf Integration. In: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.): Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Ausgabe 1/2018. S. 16–22

Thimm, Caja/Bürger, Tobias (2013): Digitale Citoyens – politische Partizipation in Zeiten von Social Media. Schriftenreihe der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik. Bonn

Ullrich, Annette (2017): Digitalisierung als Thema der politischen Bildung. In: FORUM Jugendhilfe 4/2017, Fachzeitschrift der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, S. 27–32

Zeller, Joachim (2003): Symbolische Politik. Anmerkungen zur kolonialdeutschen Erinnerungskultur. In: Zimmerer, Jürgen/ Zeller, Joachim (Hrsg.): Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 192–208

Zimmerer, Jürgen (2012): Expansion und Herrschaft: Geschichte des europäischen und deutschen Kolonialismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Kolonialismus. 44–45/12. Bonn: Societäts-Verlag, S. 10–16

Zimmerer, Jürgen (2013): Kolonialismus und kollektive Identität: Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte. In: Ders. (Hrsg.): Kein Platz an der Sonne. Frankfurt am Main: Campus, S. 9–37

Impressum

Herausgeber:
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Tel.: (030) 400 401 00
Fax: (030) 400 401 22
info@adb.de
www.adb.de

Verantwortlich:
Ina Bielenberg

Redaktion:
Dr. Friedrun Erben

Layout, Satz und Druck:
Willius Design, Berlin

Bildnachweis:

Archiv des AdB:

Titel, S. 2, S. 4–6, S. 9, S. 10, S. 12, S. 13, S. 56–58, S. 64, S. 66–69, S. 73–82, S. 84, S. 85, S. 87, S. 89, S. 91

Von beteiligten Mitgliedseinrichtungen:

ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.:
Titel, S. 4, S. 5, S. 21–23

Alte Feuerwache e. V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße:
S. 55

basa e. V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach:
S. 19, S. 24, S. 25

Begegnungsstätte Schloss Gollwitz:
S. 20

Bildungsstätte Bredbeck – Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz:
Titel, S. 4, S. 51, S. 52

Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V.:

S. 44, S. 45

Europahaus Aurich – Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V.:
Titel, S. 4, S. 11, S. 46, S. 49, S. 50

HochDrei e.V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg:
Titel

Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH:
Titel, S. 5, S. 36–39; Annette Klasing: S. 5, S. 72

Jugendkulturarbeit e. V.:
Titel, S. 40

Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V.:
S. 72 (Melanie Haase)

Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“:
Titel, S. 4, S. 5, S. 28–30, S. 60

Stiftung wannseeFORUM:
Titel, S. 18; Vinzenz Fenger: Titel, S. 4, S. 61; Andy Weiland: Titel, S. 4, S. 16

Aus Bilddatenbanken und weiteren externen Quellen:

fbergmann/photocase:
Titel, S. 63

Jörg Briese:
Titel, S. 4, S. 41

Jörg Carstensen:
S. 59

Julius Erdmann/Berliner jugendFORUM:
S. 82

Mei Key To:
S. 4, S. 5, S. 31–33

suze/photocase.de:
S. 94

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)

Mühlendamm 3
10178 Berlin

Tel.: (030) 400 401 00
Fax: (030) 400 401 22

info@adb.de
www.adb.de